Hammer, Wolfgang Wilhelm

Die forster wollindustrie während des weltkrieges

Forst

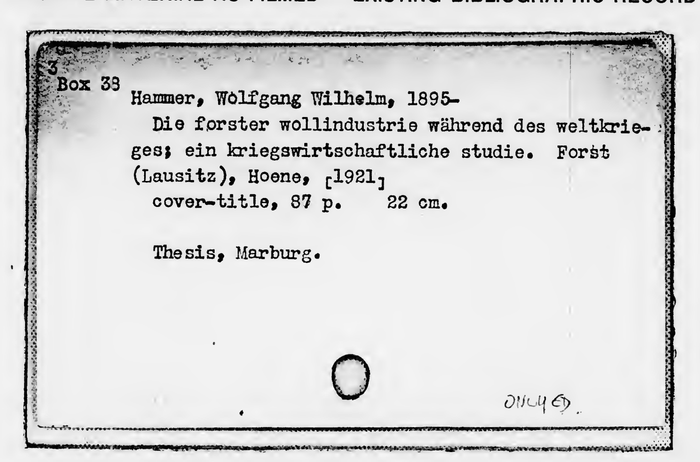
[1921]

97-84205-7
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



Box 38

Hammer, Wolfgang Wilhelm, 1895-
Die forster wollindustrie während des weltkrieges; ein kriegswirtschaftliche studie. Forst (Lausitz), Hoene, [1921]
cover-title, 87 p. 22 cm.

Thesis, Marburg.

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 10:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 10-1-97 INITIALS: PB

TRACKING # : 27810

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

BIBLIOGRAPHIC IRREGULARITIES

MAIN ENTRY: Hammer, Wolfgang Wilhelm

Die forster wollindustrie während des weltkrieges

Bibliographic Irregularities in the Original Document:

List all volumes and pages affected; include name of institution if filming borrowed text.

____ Page(s) missing/not available: ____

____ Volume(s) missing/not available: ____

X Illegible and/or damaged page(s): pages: 9-10 (small hole)

____ Page(s) or volume(s) misnumbered: ____

____ Bound out of sequence: ____

____ Page(s) or volume(s) filmed from copy borrowed from: ____

____ Other: ____

____ Inserted material: ____

TRACKING#: MSH27810

Die Forster Wollindustrie während des Weltkrieges

Eine kriegswirtschaftliche Studie

von

Dr. Wilhelm Hammer



Druck von E. HOENE, Forst (Lausitz)

Die Forster Wollindustrie während des Weltkrieges

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften

Der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg

vorgelegt

von

Wolfgang Wilhelm Hammer

aus Forst (Lausitz)

Marburg 1921

Berichterstatter: Geheimrat Prof. Dr. W. Troeltsch

Von der Fakultät angenommen am 3. August 1920

Meinen lieben Eltern.

Vorwort.

Es war mir, dem Sohn einer alten Forster Tuchmacherfamilie schon lange ein lieber Gedanke, die Buckskinfabrikation in meiner Vaterstadt einer wissenschaftlichen Untersuchung zu unterziehen, da bisher noch keine zusammenhängende Arbeit darüber vorlag. Gern griff ich daher den Vorschlag meines hochverehrten Lehrers, des Herrn Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Troeltsch in Marburg auf, diesen Plan unter besonderer Berücksichtigung der Einflüsse der Kriegs- und Übergangswirtschaft auszuführen.

Heute, wo die Arbeit fertig vorliegt, fühle ich vor allem die Verpflichtung, ihm für seine dauernde innere Anteilnahme und für die vielfältige Förderung meiner Studien herzlich zu danken.

Ferner möchte ich des inzwischen verstorbenen Herrn Kommerzienrats Franz Avellis aus Forst in Verehrung gedenken, der mir durch seine Empfehlung Eingang zu den wichtigsten, für die Forster Industrie in Frage kommenden kriegswirtschaftlichen Verbänden verschaffte. Im besonderen danke ich hier den Herren Dr. C. Claren, Dr. Behnsen, Franz Pariser, Dr. Hoff, Assesor Scheller und Dr. v. Rauter in Berlin für die mir erwiesene Hilfe.

In Bezug auf die lokalen Verhältnisse hatte ich mich der freundlichen, immer bereiten Unterstützung durch das „Zentralbüro der Industrieverbände", der Fachleute aus der Textilindustrie, der Textilarbeiterorganisationen, sowie der dortigen amtlichen Stellen zu erfreuen.

Marburg, im November 1920.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

I. Einleitung:

II. Hauptteil:

Die Forster Wollindustrie während des Weltkrieges:

III. Schluß:

Blick in die Probleme der Übergangswirtschaft.

Druckfehler-Berichtigung.

Seite 4, 2. Absatz, 1. Zeile lies statt 1826: 1626.
„ 5, 2. Zeite von oben lies in den gewerblichen Verhältnissen.
„ 9, 6. Zeile von oben lies Mill. kg.

I. Einleitung.

1. Die Entwicklung der deutschen Wollindustrie bis zum Ausbruch des Weltkrieges.

Unter den verschiedenen Gebieten der Textilindustrie nahm die Wollindustrie in Deutschland vor dem Kriege eine hervorragende Stellung ein. Die Abgrenzung dieses Industriezweiges oder seine zahlenmäßige Erfassung ist jedoch aus dem Grunde sehr schwierig, weil die Wollindustrie nicht nur die Verarbeitung von Wolle umfaßt, sondern auch diejenige der Kunstwolle und Halbwolle. Sie greift in die Strickerei und Wirkerei über, obwohl hierbei der Anteil an Baumwolle vorwiegend ist. Die Grenzen dieser einzelnen Rohstoffe verwischen sich derartig in der Fabrikation, daß sie nicht voneinander getrennt werden können. Daher gibt es eine reine Schafwollindustrie, wie sie bis zu den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts vorherrschend war, heute nicht mehr.

Hinsichtlich der organisatorischen Gestaltung der wolltextilen Unternehmungen findet sich Differenzierung und Integration nebeneinander: Einerseits gibt es Unternehmungen, die aus der Rohwolle in fortlaufender Bearbeitung das verbrauchsfertige Erzeugnis herstellen, wie dies besonders bei der Streichgarnindustrie[1 a)] der Fall ist, und andererseits solche, die nur eine einzelne Produktionsstufe, wie z. B. das Sortieren und Waschen der Rohstoffe, das Kämmen oder das Spinnen, das Weben oder das Färben und Appretieren betreiben, wie das bei der Kammgarnindustrie[1 b)] in besonderem Maße hervortritt. Endlich findet man auch solche Unternehmungen, in denen Arbeitsvorgänge auf zwei oder drei Produktionsstufen miteinander verbunden sind, wie Spinnerei und Weberei, oder Weberei

1) In der Spinnerei unterscheidet man:
a) Streichgarn, d. h. ein rauhes, weiches Garn, das sich leicht verfilzen läßt und zu wolligen Tuchen Verwendung findet;
b) Kammgarn, d. h. ein Garn mit glatter Oberfläche zur Herstellung der sehr haltbaren glatten Kammgarnstoffe (Cheviot).

und Appretur u. a. Diese Betriebe sind ganz besonders in der Wollindustrie vorherrschend. Als Vollbetriebe bezeichnet man diejenigen, die in ihrem Unternehmen sämtliche Hauptstufen der Verarbeitung in sich schließen.

Der Entwicklungsgang der deutschen Wollindustrie sei in kurzen Worten folgendermaßen dargelegt: Bis zur Gründung des Zollvereins arbeiteten die Wollengewerbe meistens in mittelalterlicher Betriebsform, dem Handwerk[1]. In das zweite Drittel des 19. Jahrhunderts fiel die Krisis ihrer technischen bezw. organisatorischen Umgestaltung nach englischem Muster, — der Übergang vom Tuchhandwerk zur maschinellen Tuchindustrie, begleitet von der folgenreichen Verschiebung der Wollerzeugungsgebiete und Wollmärkte.

Wie sehr der Bedarf an Wolle und damit das Ansehen der deutschen Wollindustrie im Laufe der folgenden Zeit stieg, zeigen folgende Zahlen: Während im Jahre 1870 Deutschland nur rund ½ kg Wolle pro Kopf der Bevölkerung brauchte, stieg der Bedarf im Jahre 1912 auf 3,04 kg pro Kopf der Bevölkerung[2]. Da aber Deutschlands Schafzucht bei dem gesteigerten Mehrbedarf unaufhaltsam zurückging, wurde die deutsche Wollindustrie in stetig wachsendem Maße auf das Ausland angewiesen. Die deutsche Wollproduktion ging von Mitte der 60er Jahre von etwa 350000 dz bis zum Jahre 1913 auf knapp 100 000 dz zurück[3] (78 % Rückgang). Diese rapide Abnahme erklärt sich aus folgender Tatsache: Die deutsche Schafhaltung wurde durch die intensive Bearbeitung des Bodens immer mehr zurückgedrängt und unrentabel gemacht. Wo die Schafzucht in größerem Umfange hätte bestehen können, wurde sie durch die zum Teil billigere, wenn auch nicht so erstklassige, aber dafür in großen Massen auf dem Markte erscheinenden ausländischen Wollen beeinträchtigt. Trotz der großen Mengen der eingeführten Wollen nahm

1) Für diese Zeit ist charakteristisch, daß im Jahre 1846 noch 12,6% aller Wollwebstühle im Besitze von Handwerkern waren, die die Weberei nur als Nebenbeschäftigung betrieben. (Vergl. Sombart, die deutsche Volkswirtschaft des 19. Jahrhunderts, 1. Aufl., S. 34)

2) Diese Zahlen sind einem Artikel der deutschen Bergwerkszeitung (14. 1. 1914) entnommen.

3) Die Zahl der Schafe Deutschlands betrug:

Anfang der 60er Jahre	28	Millionen Stück
im Jahre 1883	19,1	,, ,,
,, ,, 1900	9,6	,, ,,
,, ,, 1907	7,7	,, ,,
,, ,, 1912	5,8	,, ,,
,, ,, 1919	6,4	,, ,,

die Wollindustrie Deutschlands während der Zeit von 1900 bis 1910 einen gewaltigen Aufschwung[1]. Während die Einfuhr an Rohstoffen immer mehr wuchs, steigerte sich statt dessen die Ausfuhr an Fertigwaren.

In den letzten drei Jahren vor dem Kriege machte sich jedoch eine Stagnation in der Wollindustrie bemerkbar: die Wollproduktion der Welt wurde für die gesteigerten Ansprüche der Abnehmer immer knapper. Auf der Seite des Angebots kam die Aufhebung des Wollzolls in Nordamerika in Betracht, die einen Rückgang der dortigen Schafzucht zur Folge hatte. Die schlechten Absatzverhältnisse der Fertigwaren verursachten eine Überproduktion, so daß die Ausfuhr an wollenen und halbwollenen Geweben vom Jahre 1910 bis 1913 um rund 10 Millionen Mark zurückging[2]. Diese Tatsache ist auf die Hochschutzzollpolitik Nordamerikas und die immer größer werdende Eigenindustrie Amerikas und anderer Länder zurückzuführen, die immer unabhängiger von unserer Zufuhr wurden.

Die letzten Jahrzehnte vor dem Kriege brachten auch der deutschen Wollindustrie einen vollständigen Umsturz der Betriebsgrößen; eine Reihe mittlerer und kleinerer Betriebe gingen zugrunde, während sich der Großbetrieb immer mehr herausbildete[3]. Daß aber neben diesen auch die Kleinbetriebe ihre Bedeutung vor dem Kriege nicht eingebüßt hatten, zeigt die Wollindustrie der Stadt Forst, die, inmitten des Lausitzer Industriebezirks gelegen, sich vor allen anderen Tuchfabrikationsstädten durch eine weitgehende Spezialisation auszeichnet. Es soll im folgenden unsere Aufgabe sein, an diesem markanten Beispiele die moderne Entwicklung der deutschen Wollindustrie zu kennzeichnen.

---

1) Vergl. A. Kertesz, die Textilindustrie sämtlicher Staaten (Braunschweig, 1917, S. 61).

2) Vergl. Dr. Claren, die Zusammenlegung in d. deutschen Tuchindustrie (Berlin 1919, S. 8). Für die Lage der Wollindustrie vor dem Kriege sind folgende Notizen bezeichnend (Börsenzeitung 13. 3. 1914, Frankfurter Ztg. 10 5. 1914): Ruhiger Geschäftsgang in der Wollweberei, bei den Verbrauchern besteht Zurückhaltung im Einkauf. Dies ist begründet durch die hohen Rohstoffpreise und durch die Stockung des Exportverkehrs, wie überhaupt eine mißliche Lage des Textilgewerbes auf dem Markte für wollene Lumpen bestand. Die Spinnereien für Mungo (Kunstwolle) und billigere Streichgarne hatten unter der schwachen Beschäftigung der einschlägigen Webereien sehr zu leiden. Dagegen war die Lage für Qualitätswaren, wie Kammgarn und Cheviot, sowie für die Streichgarnspinnereien bei gutem Material günstiger.

3) In der Textilindustrie Deutschlands waren folgende Veränderungen der Betriebsformen bemerkbar:

	Kleinbetriebe (1–5 Pers.)	Mittelbetriebe (6—50 Pers.)	Großbetriebe (51 u. mehr Pers.)
1882	334 042	8 306	2 134
1895	193 358	8674	3 260
1907	122 039	10 108	4 217

Demnach hat sich die Zahl der Großbetriebe in neuerer Zeit auf Kosten der übrigen Betriebsformen verdoppelt. Vergl. P. Arndt, alte und neue Faserstoffe (Berlin 1918).

2. Die Forster Wollindustrie vor dem Kriege

a) Die Geschichte der Forster Industrie.

Die Niederlausitz gehört zu dem ärmsten und südlichsten Teile der von der Natur benachteiligten Mark Brandenburg. Daher waren die Bewohner schon in frühen Zeiten genötigt, Gewerbe zu treiben, so daß der Ursprung der in der Lausitz sehr verbreiteten Tuch- und Leinenweberei auf das 12. Jahrhundert zurückzuführen ist[1]. Die Mark Brandenburg besaß im Vergleiche zu anderen Provinzen sehr viel Weideland für Schafe, und es entwickelten sich daher, durch landesherrlichen Schutz begünstigt, die Handwerke der Tuchmacher, Wollenweber und Tuchhändler zu großer Blüte. Unter den Städten der Niederlausitz waren es besonders Cottbus (Privilegium der Tuchmacher vom Jahre 1419), Guben, Finsterwalde, Spremberg, Sorau und als die jüngste die Stadt Forst an der Lausitzer Neiße[2], deren Tuchmacherei seit dem 17. Jahrhundert zur Entwicklung gelangte.

Im Jahre 1826, also mitten in den Stürmen des 30jährigen Krieges, als die gewerblichen Grenzmauern zwischen Stadt und Land fielen und die mittelalterliche Zunftverfassung sich langsam aufzulösen begann, erhielten die wenigen, damals in Forst ansässigen Tuchmacher Zuwanderung durch vertriebene Protestanten aus Grünberg, denen im Jahre 1656 weitere Zuzüge aus Posen folgten (Meseritz, Lissa, Fraustadt). Das Gewerbe der Tuchmacher war zurzeit der Innungen und Gilden eines der vornehmsten Gewerbe, und deshalb nahm die Forster Tuchmacherinnung, die im Jahre 1647 gegründet wurde, durch diesen Zuzug äußerst tüchtiger Tuchmacher bald eine führende Stellung in der Stadt ein. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts[3] bestanden in Forst zehn Zünfte, jedoch war infolge der patrimonialen Abhängigkeit der Stadt von den Forster Standesherren, die die mittelalterliche Zunft- und Wirtschaftsverfassung möglichst streng

1) Vergl. Dr. Quandt, die Niederlausitzer Schafwollindustrie, Berlin 1895.

2) Über die Entstehung der Stadt Forst vergl. Chronik der Stadt und Standesherrschaft Forst von Joh. Chr. Schneider (Guben 1846).

3) Die meisten der überlieferten Dokumente über die Forster Industrie entstammen der Zeit nach dem großen Brande der Stadt Forst im Jahre 1740, der fast sämtliches auf die Innungsgeschichte bezügliche Aktenmaterial vernichtete.

durchzuführen versuchten, keine Entwicklung und Ausbreitung der Tuchmacherei möglich. Ein freiheitlicher Zug vollzog sich in gewerblichen Verhältnissen von Forst erst durch die Stein-Hardenberg'schen Reformen, beeinflußt durch die französische Revolution und den gewaltigen Industriestaat England. Während es 1690 erst 50 Tuchmacher gab, war ihre Zahl, bei nur 1900 Einwohnern im Jahre 1818, auf 130 angewachsen.

Den Übergang des Gewerbes zur maschinellen Industrie bedeutete die Aufnahme der in England erfundenen Spinnereimaschinen, die zunächst lange Zeit mit der Wasserkraft der die Stadt durchfließenden Neiße betrieben wurden. Seit dieser Zeit nahm die Tuchfabrikation einen ständigen, wenn auch zunächst nur langsamen Aufstieg. Im Jahre 1844 wurde die erste Dampfmaschine zum Betriebe der mechanischen Tuchweberei aufgestellt. Die Dampfkraft kam aber erst zu entscheidender Geltung, als im Jahre 1861 die benachbarten umfangreichen Braunkohlenflöze erschlossen wurden. Diese konnten aber mit geringerem Kostenaufwande erst nutzbar gemacht werden, als sich der Transport durch die im Jahre 1872 eröffnete Privateisenbahn Halle - Forst - Sorau günstiger gestaltete. Durch diese Bahnverbindung wurde Forst von der Benutzung der Landstraßen unabhängig, und die Braunkohle bildete die Grundlage für den ferneren, schnellen Aufstieg der Forster Tuchfabrikation[1]. Zur Verbilligung der Transportkosten für die Braunkohlen diente eine im Jahre 1893 in Forst erbaute Schmalspurbahn, die die meisten der am Güterbahnhof ankommenden Kohlen sowie auch andere Rohstoffe ohne Umladung bis in die Fabrikhöfe der einzelnen Betriebe beförderte. Die wachsende Bedeutung dieser Einrichtung geht daraus hervor, daß im Jahre 1906 etwa 85% sämtlicher nach Forst gelangenden Kohlen auf diesem Wege den Verbrauchsstätten zugeführt wurden. Je mehr sich die Forster Tuchindustrie im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entwickelte, desto schwerer machte sich der übermächtige Wettbewerb der Jahrhunderte alten und reichen englischen

1) Die erste Kartellbildung im Lausitzer Braunkohlenreviere war das „Lausitzer Braunkohlensyndikat“ mit seinem Sitz in Forst (Gründung am 19. 11. 1904) und mit einem jährlichen Absatz von 703 693 t (1905). Es umfaßt 17 Gruben des Reviers Forst-Sorau-Weißwasser. Die 16 außerhalb des Syndikats stehenden Werke der Lausitzer Braunkohlenindustrie lieferten etwa 560 000 t. Um den Preistreibereien dieses Syndikats wirksam entgegenzutreten, wurde vom Forster Fabrikanten - Verein im Jahre 1905 der „Forster Kohleneinkaufsverein“ mit 90 Mitgliedern ins Leben gerufen. Der Verein bezweckt (laut Statut) die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen der Mitglieder hinsichtlich ihrer Kohlenbezüge und Abschlüsse von Kohlen und verwandten Stoffen zwischen den Mitgliedern und den Lieferanten. Im Jahre 1908 ging von einer Anzahl Forster Tuchfabrikanten die Gründung der „Forst-Triebeler Kohlenwerke G. m. b. H.“ aus.

Tuchindustrie geltend. Es war daher das unvergeßliche Verdienst Bismarcks, durch Einführung des Schutzzollsystems im Jahre 1879 der gesamten deutschen Industrie und damit auch der Forster Wollindustrie den weiteren glänzenden Aufstieg gesichert zu haben. Die vorwärtsdrängende Entwicklung der Forster Fabrikation zeigte sich darin, daß schon im Jahre 1885 56 Tuchfabriken mit 6909 Arbeitern vorhanden waren, deren Zahl von nun an ständig zunahm.

Die ungewöhnlich rasche Entwicklung der Forster Industrie während der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege geht deutlich aus dem Wachstum der Bevölkerung hervor[1]:

Es gab im Jahre 1814 . . . 1 817 Einwohner,
1871 . . . 7 956 „
1875 . . . 14 148 „
(nach der Vereinigung mit Alt-Forst)
1885 . . . 18 350 Einwohner,
1895 . . . 25 678 „
1900 . . . 31 978 „
(nach der Eingemeindung des Dorfes Berge b. Forst)
1907 . . . 34 121 „
1914 etwa . 36 000 „

Während vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1870 der Bevölkerungszuwachs etwa 6000 Einwohner betrug, trat seit dieser Zeit bis zum Weltkriege nahezu alle 10 Jahre eine derartige Steigerung ein. Die Tuchindustrie wurde mehr und mehr der Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens der Stadt, so daß viele Tuchfabrikanten aus anderen Gewerben und Berufständen hervorgingen, die sich die Hochkonjunktur der Forster Tuchfabrikation zunutze machten. Die technischen Vorkenntnisse fanden die jungen Tuchmacher in der im Jahre 1892 vom Fabrikanten-Verein gegründeten späteren „Preußischen Fachschule für Textilindustrie, Forst (Lausitz)“[2], die in staatliche Regie überging. Die plötzliche Zunahme an Fabriken findet sich in der Tatsache ausgedrückt, daß die Betriebe nicht wie in traditionellen Industriestädten zu Fabrikvierteln zusammengefaßt sind,

1) Die geschichtlichen Daten dieses Abschnittes sind teilweise dem zweiten Bande der „Landeskunde der Provinz Brandenburg“ (Abschnitt: Das Textilgewerbe, von Aug. Förster) entnommen, weiterhin dem „Handbuch der Wirtschaftskunde Deutschlands“ Bd. 3 Nr. 31, S. 579 ff. Endlich aus dem Buche „Forst und seine Industrie“ von Polizeisekretär Ludwig, Forst (Jülich, Chemnitz 1907).

2) Diese Fachschule steht unter Aufsicht der Preuß. Regierung und unter der Verwaltung des Schulvorstandes. Sie umfaßt drei Abteilungen: Weberei, Färberei und Dessinateurkursus und stellt eine Spezialschule für die Wollen- und Halbwollenindustie dar. Im Jahre 1912 wurde der Anstalt ein Warenprüfungsamt angegliedert.

sondern daß jeder aufstrebende Fabrikant seine Fabrik dicht an seinem Wohnhause errichtete, so daß die Stadt völlig von rauchenden Fabrikschloten durchsetzt ist. Die Ausdehnung der Forster Industrie bis zum Weltkriege ist ferner aus dem Bahnversand an Tuchen aus der Station Forst zu ersehen, der im Jahre 1904 einen Wert von etwa 45 Millionen Mark darstellte. Der Bahnversand an Tuchen betrug in den Jahren:

1875 . . . 3,3 Millionen kg
1895 . . . 10,83 „ „
1911 . . . 12,53 „ „
1914 . . . 10,49 „ „

Diese beiden angeführten Zahlenreihen charakterisieren den schnellen Aufstieg der Forster Industrie um die Wende des 20. Jahrhunderts: Während im Jahre 1885 noch rund 800 Handwebstühle gezählt wurden, waren die Forster Betriebe zu Anfang des 20. Jahrhunderts vollkommen auf mechanischen Betrieb eingestellt und bewirkten dadurch die gewaltige Erhöhung der Produktion.

b) Die Größe der Forster Industrie vor dem Kriege.

Von den im Ganzen in Forst vorhandenen 460 Fabrikbetrieben waren nach der letzten Zählung vor dem Kriege allein 361 Betriebe dem Textilgewerbe gewidmet, die zusammen etwa 400 Sortimente Spinnmaschinen mit etwa 300 000 Spindeln, 4000 mechanischen Webstühlen und 1000 Walk-, Wasch- und Färbereimaschinen enthielten. Von diesen 361 Textilbetrieben gibt es nur etwa 34 Betriebe mittlerer Größe, die als die größten Forster Werke sämtliche Stufen der Tuchherstellung vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt in sich vereinigen. Die übrigen Betriebe betätigen sich zumeist als selbstständige Unternehmungen lediglich auf einer oder mehreren Stufen der Produktion, wie z. B. der Reißerei[1], Walkerei, Färberei, Spinnerei, Zwirnerei, Weberei oder Appretur. Von den übrigbleibenden 330 Betrieben fabrizieren nur ungefähr 46 in größerem Maßstabe, d. h. daß diese mehr als 40 Stühle und eigene Fabrikgebäude besaßen, während

1) Die Reißereien dienen zum Auseinanderreißen der Lumpenmaterialien, die in fein zerrissenem Zustande den Namen „Kunstwolle“ haben. Als Lumpen kommen je nach Qualität der Bestandteile neue Gewebeabschnitte oder getragene Tuch-, Strumpf-, Stricklumpen in Betracht. Für Forst haben die Lumpen zur Spinnstoffherstellung besondere Bedeutung, und daher ist die Zahl der Reißereien sehr erheblich.

die weitaus größte Zahl der übrigen Fabrikanten in ganz kleinem Umfange, d. h. in der Weberei gewöhnlich mit 5—10 Webstühlen arbeiten [1]. Aus diesen Angaben geht die starke Ausprägung des kleingewerblichen und differenzierten Charakters der Forster Industrie gegenüber anderen Tuchindustriestädten [2] hervor. Die zahlenmäßige Erfassung der vielen kleinen Betriebe ist aus dem Grunde schwer durchzuführen, weil ihre Zahl je nach Art der jeweiligen Konjunktur ständigen Schwankungen unterworfen ist. Die Anzahl der in Forst beschäftigten Textilarbeiter betrug im Jahre 1906: 10 696 und ging bis zum Jahre 1913 auf 10 229 zurück. Die Bedeutung der Forster Industrie geht weiterhin aus der Höhe der jährlich gezahlten Löhne hervor, die für das Jahr 1906 auf 9½ Millionen Mark geschätzt wurden. Ferner bieten die Zahlen über die Wolleinfuhren [3] Aufschluß über die Größe der Tuchproduktion. Beispielsweise betrug die Wolleinfuhr im Jahre 1913 7856350 kg bei einer Tuchherstellung von 10895610 kg im Werte von etwa 70 Millionen Mark. Diese Angaben stellen die durchschnittliche Produktion der Forster Tuchindustrie vor dem Kriege dar und lassen auf deren große Bedeutung in der deutschen Volkswirtschaft schließen. Die Hauptaufkäufer der „Forster Tuche" waren die Konfektionsstädte Stettin, Breslau, Berlin, Aschaffenburg usw., daneben auch das Ausland; dieses aber in so beschränktem Maße, daß von etwa 500 000 Stück Tuchen nur ca. 30 000 Stück direkt ins Ausland gingen [4]. Für die Größe der Forster Tuchindustrie

1) Es gibt in Forst etwa 142 Webereien mit weniger als 40 Webstühlen,
46 „ „ über 40 „
5 „ „ „ 100 „

2) Die Verteilung der Betriebsgrößen der Forster Industrie im Verhältnis zur Niederlausitz geht aus folgender Enquete hervor, die der Deutsche Textilarbeiterverband im Jahre 1908 vornahm (vergl. Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Lausitzer Tuchindustrie 1908—1909, Verl. Kotzke, Berlin). Die Größe der Betriebe ergibt sich aus der Zahl der beschäftigten Arbeiter:

	Im Durchschnitt entfallen pro Betrieb Personen	Prozentsatz aller Betriebe (Zahl der Beschäftigten)				
		4—50	51—100	101—150	151—200	200 u. mehr
		%	%	%	%	%
Cottbus . . .	120,3	38	30	10,2	4	18
Forst . . .	**64,2**	**58,2**	20,7	13,8	3,9	3,4
Spremberg . .	77,2	54,2	22,8	8,3	4,2	12,4
Finsterwalde .	146,4	33,4	33,3	16,7	—	16,6

3) Vergl. die Tabelle auf S. 12.

4) Während Forst noch in den 90er Jahren einen umfangreichen Export von Tuchen nach Skandinavien, Finnland und der Schweiz hatte, der sich wegen der günstigen Zahlungsbedingungen sehr lohnte, hörte dieser Export zu Anfang des 20. Jahrhunderts größtenteils auf, da die Tuche dort ebenso billig hergestellt wurden wie in Deutschland.

im Rahmen des Lausitzer Industriegebietes ist eine Tabelle der Handelskammer der östlichen Niederlausitz in Sorau (Lausitz) [1] bemerkenswert. Danach betrug die Produktion der Tuchindustrie der Niederlausitz im Jahre 1911:

	Zahl der Stücke	Gewicht in kg	Wert in Mark
Westliche Niederlausitz: Cottbus, Finsterwalde, Spremberg			
	448 000	—	74½ Mill.
Stadtkreis Forst:			
	480 000	12,5	70 „
Östliche Niederlausitz: Guben, Sorau, Sommerfeld			
	665 000	17	94 „

Diese Zahlen bezeichnen die überragende Höhe der Forster Produktion gegenüber den anderen bedeutenden Lausitzer Tuchindustriestädten, aus deren Reihen die viel jüngere Industriestadt Forst im Laufe weniger Jahrzehnte emporstieg. Neben Aachen und München-Gladbach gilt Forst als die größte deutsche Buckskinfabrikationsstadt. Die Einzelheiten dieser Forster Spezialität sollen uns im folgenden beschäftigen.

c) Die Eigenart der Forster Fabrikation.

Um das Wesen der Forster Fabrikation klarzulegen, ist noch mal kurz ein Blick auf den Verlauf des vorigen Jahrhunderts nötig. Seit Anfang des vorigen Jahrhunderts hatte sich die Forster Tuchfabrikation, wie bereits ersichtlich, der Leinenweberei gegenüber zum maßgebenden Gewerbe des Ortes entwickelt, von dessen Blühen und Gedeihen die Stadt in Abhängigkeit geriet. Der Aufstieg der Tuchmacherei wurde einerseits durch die bereits erwähnten ergiebigen Braunkohlenflöze, andererseits durch die Ergebnisse der damals in großer Blüte stehenden Niederlausitzer Wollproduktion und die günstige Lage an einem Flusse begünstigt. Ferner kam hinzu, daß eine territoriale Ausdehnung des Ortes aus dem Grunde erschwert war, weil die Stadt Forst vollständig von Majoratsländereien und Wäldern der Standesherrschaft Pförten eingeschlossen war. Die Forster Tuchmacher fabrizierten damals eine einfache, derbe Ware aus reiner Schafwolle, von der sie aber seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer geschmackvoll gemusterten, leichteren Ware, den

1) Zum Unterschiede von der Handelskammer der Westlichen Niederlausitz zu Cottbus.

sogenannten „Buckskins“[1] übergingen, die seit dem Jahre 1852 einen umfangreichen Absatz nach Amerika fand. Der Übergang zu dieser neuen Spezialität stieß zunächst auf energischen Widerstand der Forster Tuchmacherinnung, die die bunte, verschieden bemusterte Ware nicht zum zünftigen Tuchmacherhandwerk rechnen wollte[2].

Jedenfalls feierte diese neue Geschmacksrichtung in kurzer Zeit die größten Triumphe und bildete den eigentlichen Grund für das fernere Wachstum der Forster Industrie. Die ansprechendsten Farbenkombinationen für die „Buckskins“ gingen von England aus und erwarben derartige Berühmtheit, daß England und besonders die „Regentstreet“ in London der Ausgangspunkt für die Herrenmode wurde, von der die deutsche Buckskinfabrikation stark in Abhängigkeit geriet. Demgegenüber bildete sich allmählich in Wien und Paris ein Mittelpunkt für die Damenmode heraus. Die Forster Tuchherstellung blieb im wesentlichen auf die Fabrikation von billigen Herrenstoffen aus Streichgarnen zu sogenannten „geköperten Waren“ beschränkt, und daher nahmen die Forster Fabrikanten aus einer Kombination englischer Tuchmuster und dem eigenen Geschmacke Richtlinien für ihre Musterherstellung. Vielfach ahmten die Tuchfabrikanten die englischen geköperten Buckskins so treffend nach, daß diese wegen ihrer Billigkeit in England Aufnahme fanden, um unter enormem Preisaufschlag als „echt englische Ware“ wieder nach Deutschland zurückzukehren[3]. Die Kalkulation der „Forster Waren“, d. h. der in Forst hergestellten billigen Buckskins, die wegen ihrer Farbenprächtigkeit bei der Konfektion sehr gesucht waren, mußte sehr sorgfältig durchgeführt werden, damit der Fabrikant bei dem verhältnismäßig geringen Verkaufpreis und den sich gleichbleibenden Gestehungskosten nicht mit Verlust arbeitete[4].

Die niedrigen Preise für die Forster Tuche gegenüber anderen Tuchstädten erklären sich aus der Zusammensetzung der dazu ver-

1) „Buckskin, zu deutsch eigentlich Bockshaut,“ ist ein willkürlich angenommener Name für Modestoffe, von denen viele unzweifelhaft Tuche sind, viele aber nicht unter den Begriff von Tuch fallen. Solche Tuche, die mit zwei Schäften gewebt sind, bei denen die Kette mehrfarbig geschoren wird, sodaß die Tuche dadurch gestreift erscheinen, tragen im allgemeinen die Bezeichnung „Buckskin“ (vergl. 1. Beilage zur Kgl. priv. berlinschen Ztg., Sonnabend, den 19. 2. 1853).

2) Vergl. die Klageschrift der Forster Tuchmacherinnung gegen den Tuchmacher Groeschke, der auf einem in seinem Dienste stehenden Webstuhl Buckskins herstellen ließ (Aktum Forsta am 24. Aug. 1841, gerichtet an das standesamtliche Polizeiamt Pförten b. Forst).

3) Eine ausführliche Schilderung der Einzelheiten einer typisch Niederlausitzer Tuchfabrik bietet die Schrift des Fachmanns Dr. Ephraim, Cottbus, über „Organisation und Betrieb einer Tuchfabrik“ (Tübingen 1906).

4) Aus diesen Aufgaben geht die unermüdliche Tätigkeit des Unternehmers hervor, von dessen Initiative und zweckmäßigen Kombinationsgabe die Rentabilität des Betriebes abhängt. (Vergl. W. Troeltsch, Volkswirtschaftliche Betrachtungen über die Mode, Marburg 1912, S. 12, 20, 58.)

wandten Rohstoffe. Die Forster Industrie hatte der drückenden Konkurrenz in der Tuchherstellung während der letzten Jahrzehnte nur durch die Verwendung billiger Rohstoffe widerstehen können, die durch geschickte Verwendung sich für das Auge des Laien äußerlich kaum von den reinwollenen Tuchen unterschieden. Als billig Bestandteile kamen besonders Lumpen, Surrogate und sonstige Abfallmaterialien in Betracht, deren Einzelheiten später bei den Abfallauktionen besprochen werden. Der Vorteil der billigen Kleidungsstoffe bestand vor allem für den Konsumenten aus den unteren Schichten der Bevölkerung[1] darin, daß er sich viel öfter einen neuen modischen Anzugstoff kaufen konnte, der zwar einer schnelleren Abnutzung unterworfen war als ein Kammgarnstoff, jedoch dem Käufer eine dementsprechend geringere Ausgabe verursachte.

Die Verwendung des Abfallmaterials, das in England schon seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts bei der Fabrikation von Tuchen eine große Rolle spielte[2], ist in Deutschland erst durch die Forster und Aachener Tuchindustrie in umfangreichem Maße in Angriff genommen worden. Der Intelligenz der Forster Fabrikanten ist das richtige Abschätzen des zur Verarbeitung gelangenden Abfallmaterials zur Güte des fertigzustellenden Modefabrikates zu verdanken und die Herstellung eines gut aussehenden und leidlich haltbaren Stoffes mit möglichst geringem Kapital- und Materialaufwand. Die Zusammensetzung der Forster Tuche findet sich zahlenmäßig in folgender Tabelle ausgedrückt, die als Bestätigung des vorher Gesagten dienen möge. Der Einfachheit halber sind die Zahlen für die Kriegszeit gleich vorweggenommen.

1) Daher auch die vielgenannte Spezialität der Forster Industrie „Der Ulster des kleinen Mannes“.

2) Vergl. Karl Marx „Kapital“ III. Teil, S. 78. Berichte der Fabrikinspektoren vom Jahre 1862 über die englische Kunstwollindustrie.

In der Forster Industrie kamen im Laufe der einzelnen Jahre folgende Rohstoffmengen zur Verarbeitung[1] (in Kilogramm):

	Wolle	Baumwolle	Lumpen	Surrogate
1908	4 400 620	2 234 800	8 447 680	2 510 820
1910	4 805 580	3 053 870	8 631 100	4 874 500
1912	8 100 220	2 957 150	11 277 510	5 475 210
1913	7 856 250	3 910 621	10 228 990	5 421 270
1914	8 922 710	4 058 040	11 865 740	4 477 920
1915	5 922 780	2 025 660	12 012 950	2 273 020
1916	3 549 180	1 490 850	9 494 930	5 138 120
1917	1 970 940	337 450	4 297 570	6 469 720
1918	1 014 820	589 590	6 326 340	5 117 700
1919	2 425 160	1 119 530	10 932 520	3 406 680

Die Verschiedenheit in der stofflichen Zusammensetzung der Forster Tuche hatte durch das Hinzutreten der Lumpenmaterialien usw. eine weitgehende Differenzierung der einzelnen Betriebe zur Folge. Großbetriebe sind bei dem Zwange zu dauernder Umstellung der technischen Vorrichtungen nicht elastisch genug, um den bei der Buckskinherstellung typischen Schwankungen quantitativer und qualitativer Art gerecht zu werden[2]. Der Forster Fabrikant muß ständig darauf bedacht sein, Tastversuche mit neuen Mustern anzustellen und darf nicht vom Beginne einer neuen Moderichtung an seinen gesamten technischen Apparat auf ein bestimmtes Muster einstellen. Für diese Anpassungsfähigkeit ist der Klein- und Mittelbetrieb[3] ungleich geeigneter, wie auch aus der Zusammensetzung der Forster Industrie deutlich hervorgeht[4]. Der hier hervorgehobene Unterschied zwischen Groß- und Kleinbetrieb darf jedoch nicht mit Maschinen- und Handarbeit identifiziert werden, denn die Forster

1) Die Zusammenstellung der Zahlen stammt aus unveröffentlichten Tabellen des Forster Fabrikanten-Vereins.

2) Das ist schon daraus zu ersehen, daß in Forst nur eine Aktiengesellschaft, und zwar die „Elsaß-Badischen Wollfabriken A.-G.“, besteht, die als der größe Forster Betrieb in drei Fabrikabteilungen etwa 500—600 Arbeiter mit etwa 200 Webstühlen beschäftigt. In neuester Zeit entstand daneben noch die „A.-G. Lichtenberger Wollfabrik, Abteilung Forst“.

3) Weyermann (Soz. Oekonomik, Bd. VI, S. 167) hebt diese hier geltenden Unterschiede zwischen Groß- und Kleinbetrieb in folgender Weise hervor: „In Fällen, in denen sich die Beschränkung auf Standard-Typen mit Massenherstellung trotz dahin gerichteter Anstrengungen nicht erzielen läßt, etwa weil Verschiedenheit und Wechsel Elemente des betr. Konsums sind, da weicht regelmäßig dadurch allmählich überhaupt der an sich mögliche kapitalintensive Betrieb einer vorwiegenderen Handarbeitstechnik und der Großbetrieb dementsprechend oft dem Mittel- und Kleinbetrieb.“

4) Vergl. Tabelle S. 8, Anmerkung 2.

Kleinbetriebe arbeiten mit denselben technischen Mitteln wie der Großbetrieb, abgesehen von der geringeren Kapitalintensität. Der Anlaß des häufigen Modewechsels ist die Konkurrenz mit der Kammgarnindustrie, denn der Streichgarnindustrie ist eine rationell zu bewirkende Umstellung der Betriebe auf Kammgarnwaren wirtschaftlich unmöglich[1], weil es sich dabei um einen „Verfahrenswechsel“[2] handelt, der eine wirtschaftliche Ausnützung beider Möglichkeiten ausschließt. Die Spezialisation der Stoffarten greift so stark in die Betriebsführung der einzelnen Fabriken ein, daß die Modeentscheidungen erst abgewartet werden müssen. Das ist besonders bei den Kleinbetrieben der Fall, deren Existenz wegen ihrer schwachen finanziellen Grundlage in höherem Maße von der Gunst der jeweiligen Moderichtung abhängt, als die größeren Fabriken, die im allgemeinen „Standardartikel“, wie z. B. ganz bestimmte „Hosenstreifen“ oder „geköperte Karos“ herstellen, die in Handelskreisen bekannt sind und einen gleichmäßigen Absatz auch in schlechten Geschäftszeiten zulassen.

Manche Betriebe, die von der Konjunktur besonders begünstigt sind, bedienen sich zur Befriedigung eines plötzlich anströmenden Bedarfs fremder Hilfe, da ihr eigener Betrieb zur Herstellung der erforderlichen Garne und Tuche nicht mehr ausreicht. Aus diesem Grunde entstand eine große Zahl sogenannter Lohnbetriebe (teils Spinnerei, teils Walkerei, Färberei, Appretur usw.), die im Auftrage und unter Anweisung der Fabrikanten die betreffenden Arbeiten „im Lohnwerk“ vornehmen. Es handelt sich dabei besonders um möglichst schnelle Herstellung von Streichgarnen, die die Vollbetriebe aus Mangel an eigener Spinnerei an die Lohnspinnereien abgeben. Die Lohnfabrikanten sind als selbständige Unternehmer anzusehen, die in keinem eigentlichen Dienstverhältnis zum Fabrikanten der Tuche stehen, — es liegt also nur ein Akt der Arbeitsteilung zwischen dem technischen und kommerziellen Teile der Fabrikation vor. Beispielsweise gehört zur Gründung einer Lohnspinnerei als Anlagekapital die Anschaffung eines Sortiments Spinnerei, bestehend aus drei Krempelmaschinen und zwei Selfaktoren (in Friedenszeiten im Preise von etwa 26 000 Mark). Dadurch ist tüchtigen Spinnmeistern jederzeit die Möglichkeit gegeben, mittels der Lohnspinnerei zum

1) Vergl. Weyermann (Soz. Oek. Bd. VI, S. 167). „Man denke an die große Mühe der Herrichtung einer neuen Musterpatrone, an das neue Einstellen einer Spinnmaschine für eine andere Garnnummer . . .“

2) Vergl. Troeltsch a. a. O. S. 33 ff.

selbständigen Fabrikanten von Tuchen aufzusteigen. Die Lohnbetriebe sowie auch die sogenannten „kleinen Anfänger“ der Tuchfabrikation brauchen zur Gründung keine eigenen Fabrikräumlichkeiten, da ihnen Gelegenheit geboten ist, „in Pacht“ zu gehen, d. h. die Fabrikräume eines Fabrikbesitzers zu mieten, der zur Zeit eine genügende Arbeitsmöglichkeit hat, aber die überflüssigen Räumlichkeiten und den Kraftantrieb ausnützen will.

Dieses sogenannte „Pachtwesen“ ist außerhalb der großstädtischen Verhältnisse in Deutschland außer in München-Gladbach selten so ausgeprägt wie in Forst. In den Gründerjahren und nach Einführung des autonomen Zolltarifs hatten viele Forster Fabrikanten auf Grund guten Geschäftsganges ihre Fabrikgebäude erweitert, jedoch teilweise in solchen Dimensionen, daß sie bei Geschäftsstockungen zur Stillegung mancher Teile ihrer Werke genötigt waren. Aus diesem Grunde verpachteten sie diese Räumlichkeiten, teils mit teils ohne Kraftantrieb[1] an andere Fabrikanten, denen keine eigenen Fabriken zur Verfügung standen, die jedoch von der günstigen Konjunktur Nutzen zu ziehen hofften. Die Preisregulierung setzte sich folgendermaßen zusammen: Es wurde verpachtet:

die Spinnerei nach der Zahl der Spindeln,

die Weberei nach der Zahl der Webstühle,

die Färberei nach dem Gewicht der Materialien oder der Anzahl der Färbebottiche,

die Walkerei und Appretur nach der Stückzahl der Tuche.

Die Bedeutung des Forster „Pachtwesens“ findet sich in der Bildung eines sogenannten „Vermietervereins“[2], dessen Mitglieder zum größten Teil aus Tuchfabrikbesitzern bestehen (120), und eines „Mietervereins“ ausgedrückt. Die sogenannten Pachtfabriken enthalten aber nicht immer nur kleine Fabrikanten mit einer geringen Zahl von Produktionsstufen[1], sondern es gibt auch größere Vollbetriebe, die eine Pachtfabrik für sich allein einnehmen.

1) Z. B. in Cottbus wird die Raum- und Kraftmiete grundsätzlich getrennt behandelt durch 1. den Lieferungsvertrag, 2. den Mietsvertrag. Der Wert dieser Einrichtung liegt in der Vereinfachung der Abrechnung. Demgegenüber gelten die Preise für die Pacht in Forst für Raum und Kraft zusammen. Z. B. betrug die jährliche Pachtsumme für einen mechanischen Stuhl bis zu 60 Schuß vor dem Kriege 160 Mk., in der Spinnerei für Sätze bis 450 Spindeln pro Spindel 5.50 Mk.

2) Satzung des „Vermietervereins“ zu Forst. Zweck des Vereins: Wahrnehmung der Interessen der Vermieter von Raum und Kraft in der Stadt Forst und Umgegend unter Zugrundelegung von Normaltarifen und Mietsverträgen.

Ist ein Tuch in einer Lohnappretur ausgerüstet, so wird es von dort aus ohne besondere Vergütung in einem sogen. „Tuchlager“ auf- und ausgestellt, d. h. es wird mit einem Zettel versehen, der den Namen des betreffenden Tuchherstellers trägt, und in einem besonderen Raume aufgestapelt. Diese Art lokaler Marktbildung ist als eine Eigenart der Forster Industrie zu betrachten, die nirgends in solcher Ausprägung anzutreffen ist. Sie hat zur Folge, daß die Tuchaufkäufer in solchem Tuchlager auf die Fabrikate ganz kleiner Tuchhersteller aufmerksam werden, deren Stoffe besonderen Anklang und daraufhin großen Absatz finden. Der dadurch ermöglichte rasche Aufstieg eines kleineren Fabrikanten zur Wohlhabenheit ist für die Forster Industrie besonders typisch und kommt auch in der Zusammensetzung des Forster Unternehmertums zum Ausdruck.

Für die Lage des Forster Unternehmerstandes vor dem Kriege ist charakteristisch, daß von den größeren 120 Forster Fabriken die eine Hälfte im Laufe der letzten 20 Jahre ihren Besitzer gewechselt hat. Das lag oftmals an der persönlichen Untüchtigkeit der Nachfolgerschaft sowie an dem beginnenden Wohlleben. Jedenfalls ist ein Teil der alten Forster Industriefamilien schon nach 1 bis 2 Generationen aus den Reihen der Unternehmer verschwunden. Will man annehmen, daß die übrige Hälfte der angegebenen Zahl von Fabriken ein Menschenalter lang im Besitze derselben Familie verblieb, so war dies häufig nur dadurch möglich, daß der betreffende Fabrikbesitzer aus freien Stücken die selbständige Fabrikation aufgab und seine Räumlichkeiten und Antriebskraft, wie oben beschrieben, verpachtete. Diese Möglichkeit ersparte dem Fabrikbesitzer den bitteren Ausweg, den ererbten oder erworbenen Besitz in Konkurs zu bringen

1) In einer der größten Forster Pachtfabriken befand sich im Jahre 1913:

1	Lohnspinnerei	mit 14	Arbeitern,
1	„	„ 16	„
1	„	„ 14	„
1	„	„ 15	„
1	Spinnerei und Weberei . .	„ 22	„
1	Weberei	„ 5	„
1	Walke	„ 7	„
1	„	„ 5	„
1	Roßhaarzwirnerei	„ 27	„
1	Droussieranstalt	„ 8	„
1	Lohnspinnerei und Krempelei	„ 14	„
1	„ „ Weberei	„ 42	„
1	„	„ 31	„

Das Eigentümliche dieser 13 Abteilungen ist, daß jede einzelne einem anderen Besitzer gehörte, während der Eigentümer der Pachtfabrik nur 6 Personen beschäftigte.

und dadurch den eigenen Namen an den Pranger zu stellen, — andererseits war tüchtigen Meistern, Buchhaltern oder Werkführern jederzeit Gelegenheit zur Selbständigkeit gegeben. Das ungewöhnlich rasche Emporblühen der Industrie hatte zur Folge, daß neben den eingesessenen Unternehmerfamilien das sogen. „Parvenuetum" entstand, dessen alleiniges Bestreben darauf gerichtet war, in möglichst kurzer Zeit reich zu werden, wenn schon unter kurzsichtigster Konkurrenz[1]. Andererseits war der lebensfrische, fortschrittliche Zug, der die Forster Industrie ständig durchwehte, einer der wichtigsten Gründe dafür, daß Forst in so kurzer Zeit alle Nachbarstädte überflügelte. Was die Verdienstmöglichkeiten der Forster Unternehmer vor dem Kriege anbelangt, so wirkte die Konkurrenz der deutschen wie auch der ständig zunehmenden ausländischen Wollindustrie derart hemmend auf die Forster Verhältnisse ein, daß nur ganz wenige Forster Fabrikanten durch angespannteste Leistungen größere Gewinne erzielten, während die Mehrzahl der übrigen kaum mehr als einen Ausgleich für die entstandenen Unkosten zu schaffen vermochten. Das war im Allgemeinen die wirtschaftliche Lage der Forster Fabrikation zu Beginn des Weltkrieges.

Die Forster Wollindustrie fand im Frieden eine Stütze in den Wollauktionen für inländische Wolle[2], die in Forst seit 1897 alljährlich 3 bis 4 mal abgehalten wurden. Die Höhe der bei den einzelnen Auktionen zum Verkauf stehenden Mengen Wolle betrug durchschnittlich 20 000 Zentner. Den inländischen Wollen erwuchs wegen des umfangreichen Angebots an Überseewollen starke Konkurrenz, so daß die früher ziemlich hohen Preise für Inlandswollen herabgingen.

Daneben bestanden seit dem Jahre 1877 bis zum Einsetzen der Kriegswirtschaft die vom Forster Fabrikantenverein ins Leben gerufenen Wollabfall-Auktionen, die jährlich 6 mal stattfanden und die dem Wesen der Forster Fabrikation entsprachen. Gegenstand dieser Auktionen war der Verkauf der für die Forster Buckskins verwandten Abfälle oder Surrogate aus dem Spinnprozeß und dem sog. Ausputz, d. h. Abfälle, die beim Krempeln zurückbleiben. Außerdem kamen noch

1) In dieser Beziehung gelten auch hier die Worte Dr. Goelers in „Die wirtschaftliche Organisation der Pforzheimer Bijouterieindustrie" (Karlsruhe 1909), S. 81, 92, über die Schädigungen des jungen Unternehmertums.

2) Vergl. „Deutsche Wollproduktion und ihre Verwertung" von Greiner & Schmidt, Forst (1918), erschienen im Selbstverlage der Firma, die die Forster Auktionen leitet, die während des Krieges aufgehoben waren infolge der kriegswirtschaftlichen Zentralisation der Produktion an deutschen Wollen.

Scher-, Rauh- und Stuhlhaare, sowie sonstige Abfälle aus der Weberei in Betracht[1].

Eine weitere Möglichkeit des Ankaufs von Rohmaterial bietet sich den Forster Fabrikanten durch eine Reihe sog. „Platzagenten", die als Vertreter inländischer und ausländischer Handelsfirmen auf Grund vorgelegter Proben Rohmaterialien aller Art[2] anbieten. Die Handelsvertreter fanden in den Kreisen der Industriellen aus dem Grunde guten und schnellen Eingang, weil deren Firmen den Fabrikanten längere Kredite einräumten und dadurch die Verkaufsbedingungen wesentlich erleichterten. Die Konkurrenz der Vertreter untereinander bietet dem Fabrikanten Gelegenheit zu günstigen Abschlüssen, und es liegt daher im Interesse des Fabrikanten, eine Reihe tüchtiger Agenten zur Hand zu haben, die bei Bedarf mit einem besonders vorteilhaften Angebot hervortreten. Während aber die Wollauktionen nur den außerordentlichen Rohstoffbedarf des Fabrikanten befriedigen, sorgt der Agent für die Grundlage der Rohstoffbeschaffung. Wegen der Wichtigkeit dieses Vertrauenspostens bevorzugen die Wollhandelsfirmen Vertreter mit besonderer Lokalkenntnis.

---

1) Bis zum Kriege standen in den einzelnen Jahren folgende Mengen zum Verkauf:

1905 . . . 380 000 kg (6 Auktionen)
1910 . . . 480 000 kg (6 „)
1913 . . . 680 000 kg (7 „)

Aus diesen Zahlen geht die verhältnismäßig geringe Bedeutung der Forster Abfallauktionen für den Gesamtverbrauch der Forster Tuchindustrie hervor. (Vergl. Tabelle auf S. 12.)

2) Neben der Vermittlung von Textilrohstoffen besorgen die Vertreter auch die übrigen Hilfsstoffe für die Fabrikation, wie Kratzen, Oele, Spulen, Maschinen und sonstige technische Artikel. In den meisten Fällen werden von denjenigen Tuchfabriken, die hauptsächlich Lumpenmaterial verarbeiten, größere Jahresabschlüsse auf feste Sortierungen nach 5-kg-Mustern gemacht.

d) Die sozialen Verhältnisse, insbesondere die Arbeiterschaft.

Um das Bild über die wirtschaftliche Eigenart der Forster Industrie vor dem Kriege zu vollenden, sei noch kurz der Gestaltung der sozialen Verhältnisse gedacht. Während der Tuchmachergeselle in früheren Zeiten das zünftige Gewerbe im Hause des Meisters betrieb und auch gleichzeitig dort wohnte, änderte sich dieses nebengeordnete Verhältnis von Meister und Geselle durch die Einführung der Maschine und die Aufhäufung von Menschen in den Fabriken in ein übergeordnetes Verhältnis des Fabrikherrn zu seinem Lohnarbeiter. Die Verkehrsverbesserungen sowie die gewerbefreiheitlichen Bestimmungen machten dem traditionellen Forster Innungswesen ein Ende[1]: Der kaufmännisch durchgebildete Fabrikant war dem Tuchmachermeister an organisatorischer und technischer Leistungsfähigkeit weit überlegen, so daß er ihm die größten Tuchaufträge wegnahm. Die erdrückende Konkurrenz der Fabrikarbeit brachte den Tuchmachermeister schließlich soweit, seine Selbständigkeit aufzugeben und entweder durch Einrichtung eines Tuchausschnittgeschäftes sein Brot zu verdienen, oder als Agent oder Lohnarbeiter in den Dienst des Geschäftsherrn zu treten. In der Fabrik konnten auch ohne alle technische Vorkenntnisse ungelernte Frauen und Männer reichliche Beschäftigung und Bezahlung finden. Selbst der schulentlassene Knabe erhielt ohne weiteres eine gutbezahlte Stellung als sog. „Fadenanleger"[2] in der Selfaktorspinnerei.

Die Geschichte von Forst gibt ein typisches Beispiel von der Entwicklung der sozialen Bewegung, die sich im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts in ganz Deutschland bemerkbar machte. In Alt-Forst bildete sich im Anfang des Jahres 1869 ein genossenschaftlicher Verein nach den Grundsätzen der Erwerbs- und Wirt-

1) Eine Ausnahme machen die Innungen der Walker und Appreteure, bei denen sich noch bis heute der handwerksmäßige Charakter erhalten hat und der sich in der Stellung des Meisters zu seinen Gesellen ausdrückt. Der Meister arbeitet heute noch Schulter an Schulter mit seinen Gesellen und Arbeitern in der Betriebsstätte, da die Ausrüstungsarbeiten ein hohes Maß von individueller Behandlung beanspruchen und in Forst vielfach in Kleinbetriebsform vorhanden sind.

2) So ist es auch heute noch in Forst. Fast sämtliche erwachsenen Söhne der Forster Arbeiter beginnen ihre Fabriktätigkeit als Fadenanleger und suchen später eine qualifiziertere und daher besser bezahlte Tätigkeit auf, die sie gewöhnlich ihr Leben lang beibehalten. Die Arbeit des Fadenanlegens ist aus dem Grunde den jüngeren Jahresklassen vorbehalten, weil dazu eine große Elastizität und angestrengteste Aufmerksamkeit des Arbeiters bei der Beobachtung der einzelnen Spinnfäden, die so leicht zerreißen, gehört. Die Mehrzahl der jungen Leute geht mit etwa 20 Jahren zu einer anderen Fabriktätigkeit über, da eine Auffüllung durch jüngere Elemente erfolgt.

schaftsgenossenschaften von Schulze-Delitzsch. Die großen Fortschritte der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland veranlaßten in demselben Jahre Dr. Max Hirsch[1] anläßlich eines damals in Forst ausgebrochenen Streiks vor einer 2500köpfigen Arbeiterversammlung einen Vortrag über Gewerkvereine zu halten. Sein Einfluß brachte die Gründung von Gewerkvereinen nach Hirsch-Duncker'schem Muster zustande, die sowohl in Forst wie auch in den übrigen Lausitzer Industriestädten gegründet wurden. Die Lausitz blieb auch weiterhin die starke Stütze der Hirsch-Duncker'schen Organisation. Die Bedeutung der Gewerkvereine trat jedoch allmählich den Gewerkschaften gegenüber in den Hintergrund, so daß die Ortsgruppe Forst vor dem Kriege nur eine Mitgliederzahl von rd. 900 Arbeitern erreichte.

Die Unzufriedenheit über die bestehende wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft vor dem deutsch-französischen Kriege wurde durch den bereits genannten Streik zum Ausdruck gebracht, der im April und Mai 1870 in Forst ausbrach[2]. Die Streikbewegung hatte die Unzulänglichkeit der Bestimmungen der Gewerbeordnung von 1869 zur Ursache. Diese gewährte den Arbeitern zwar volle Koalitionsfreiheit und verbot ihnen nur, ihre Kollegen durch Drohung und Zwang zur Arbeitseinstellung zu veranlassen; sie gestattete dagegen keinen Einfluß auf eine günstigere Gestaltung der Arbeitslöhne, wie es die Arbeiter erwartet hatten. Nach dem Kriege 1870 wurde das wirtschaftliche Leben ruhiger, und die vorher teilweise begonnene sozialdemokratische Agitation verlor an Boden, bis infolge der aufsteigenden Wirtschaftsperiode des autonomen Zolltarifs sich auch die Sozialdemokratie wieder bemerkbar machte. Es folgte die Zeit der sozialen Gesetzgebung, die Aufhebung des Sozialistengesetzes, die der Lage und den Interessen der Arbeiter Rechnung trugen. Im Laufe dieser Zeit entstand in Forst ein Konsumverein, der den Arbeitern billige Lebensmittel verschaffte. Außerdem wurden Kinderbewahranstalten gegründet, die die Kinder der Arbeiterfamilien unter ständige Aufsicht

1) Dr. Hirsch, der im Sommer 1868 eine Studienreise nach England und Schottland unternommen und dort die „Trade Unions" näher kennen gelernt hatte, kehrte rasch wieder nach Deutschland zurück, als er die Nachricht von der Einberufung eines Arbeiterkongresses erhielt, der unter dem Lassalleanerführer v. Schweitzer und Fritzsche „zum Kampfe gegen das Kapital bis aufs Messer" aufforderte. Einem derartigen Versuche, der die Ziele der auf den sozialen Frieden gerichteten Gewerkvereinsbewegung beeinträchtigte, glaubte Hirsch durch eigene Agitation entgegentreten zu müssen. (Vergl. Dr. Hirsch, Arbeiterbewegung und Organisation in Deutschland, Berlin 1892, S. 12.)

2) Vergl. Festschrift des Fabrikanten-Vereins zu Forst i. L. E. V. anläßlich seines 50jährigen Jubiläums (1870—1920).

stellten. Der im Jahre 1881 vom Fabrikantenverein ins Leben gerufene Unfallversicherungsverein wurde infolge der Einführung der Sozialversicherung überflüssig. Erst im Jahre 1887 fand die sozialdemokratische Bewegung den ersten positiven Rückhalt durch Gründung einer Zahlstelle des „Manufakturarbeitervereins", die jedoch schon nach wenigen Wochen von Seiten der Behörde aufgelöst wurde. 1889 entstand ein Lokalverband „Textilarbeiterverein von Forst und Umgegend", der im Jahre 1896 mit etwa 700 Mitgliedern zum „Zentralverband der deutschen Textilarbeiter" überging und sich weiterhin rasch entwickelte, wie die folgenden Zahlen zeigen:

Im Jahre	1896	. . . ca.	700 Mitglieder,
„ „	1899	. . . „	3300 „
„ „	1907	. . . „	3000 „
„ „	1910	. . . „	3565 „
„ „	1911	. . . „	3180 „
„ „	1914	. . . „	3108 „
„ „	1919	. . . „	7143 „

Demgegenüber hatte die Ortsgruppe des „Zentralverbandes der christlichen Textilarbeiter", die am 27. April 1902 in Forst gegründet wurde, vor dem Kriege nur etwa 700 Mitglieder.

Größere Arbeiterbewegungen fanden im Laufe der Jahre 1899 bis 1906 zwecks Erlangung des Zehnstunden-Tages sowie einer Mittagspause von 1½ Stunden statt, die jedoch nur teilweise von Erfolg waren. Im Jahre 1911 wurde auf Veranlassung der Filialleiter des „Verbandes deutscher Textilarbeiter" und der „Ortsgruppe des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter" eine umfangreiche Streikbewegung durchgeführt, die in drei größeren Forster Betrieben ausbrach. Der Streik ging von den Spinnereiarbeitern aus, die eine Lohnerhöhung bis zu 25 % verlangten. Erst als der „Arbeitgeberverband der Niederlausitzer Textilindustrie' den rund 27 000 Arbeitern seiner Mitglieder gegenüber die Kündigung aussprach, nahmen die streikenden Arbeiter nach Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit bedingungslos wieder auf. Der Zehnstundentag für männliche Arbeiter wurde in der Niederlausitz erst im Jahre 1911 allgemein durchgeführt. Zusammenfassend ist zu bemerken, daß die Streikbewegungen der Forster Arbeiterschaft niemals schroffe Formen annahmen, weil das Überwiegen der mittleren und kleinen Betriebe den sozialen Ausgleich förderte.

In gleicher Weise wie die Arbeiter schlossen sich auch die Forster Arbeitgeber kurz vor Beginn des Krieges 1870/71 zu einer Gemeinschaft der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammen. Den Anlaß dazu bot der bereits erwähnte Streik der Tuchweber. Am 3. März 1870 entstand zunächst der „Forster Fabrikantenverein E. V."[1], der im Jahre 1914 eine Mitgliederzahl von 130 Fabrikanten umfaßte. Aus ihm ging dann im Jahre 1899 der „Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Forst (Lausitz) E. V." hervor, der im Jahre 1914 225 Mitglieder hatte. Er übernahm vom Fabrikanten-Verein das Gebiet der Lohnfragen und tritt vor allem ungerechtfertigten Maßnahmen der in der Industrie beschäftigten Arbeiter entgegen. Weiterhin hat er Streitigkeiten zwischen einzelnen Mitgliedern und deren Arbeitern zu schlichten und Abhilfe zu schaffen. Der Verband unterhielt auch seit dem Jahre 1900 einen Arbeitsnachweis für die Forster Textilarbeiter, von dem auf Seite 24 besonders die Rede ist. Der Verband ist dem „Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie" angeschlossen und gehört der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände", dem „Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie" und dem „Reichsverband deutscher Industrie" an. Die Geschäftsführung des Forster Arbeitgeberverbands und des Fabrikantenvereins, sowie mehrerer Tochtervereine liegt seit 1911 in der Hand des „Zentralbüros der Forster Industrieverbände". Zu diesen Tochtervereinen gehören der „Forster Kohleneinkaufsverein", die „Forst-Triebeler Kohlenwerke G. m. b. H." und der „Gläubiger-Schutzverband der Niederlausitz E. V.", die sämtlich aus der Mitte der Forster Tuchfabrikanten hervorgegangen sind.

Für die Löhne in der Forster Wollindustrie vor dem Kriege waren lediglich Ortsverhältnisse ohne jegliche tarifliche Regelung maßgebend; die Löhne waren wegen der Verschiedenheit des zu verarbeitenden Materials, sowie des einzelnen technischen Betriebes großen Schwankungen unterworfen. Bei günstiger Konjunktur und bei guter Kette konnten die Arbeiter durch Akkordlohn die Verdienste erheblich steigern (Weber 25 M. pro Woche, Spinner 30 M. pro Woche). Nach den Angaben des Deutschen Textilarbeiterverbandes für 1908—1909 bestanden für Forst im Vergleich zur Niederlausitz folgende Löhne[2]:

1) Vergl. a. a. O. Festschrift des Fabrikantenvereins.

2) Diese Aufstellung vom Jahre 1908 wurde von der Forster Arbeiterschaft beim Walkerstreik im Jahre 1914 (vergl. S. 35) zu agitatorischen Zwecken benutzt; vergl. Verband Deutscher Textilarbeiter Lohn und Arbeitsbedingungen in der Niederlausitzer Tuchindustrie. 1908 u. 1909. (Verlag Kotzke, Berlin, vergl. „Märkische Volksstimme" 1914 Nr. 160.)

	Durchschnittsverdienst in der Woche in M. Forst	Niederlausitz
Weber und Weberinnen . . .	17.18 M.	16.71 M.
Schußspulerinnen	12.21 „	12.72 „
Kettenspulerinnen	14.— „	12.55 „
Zwirnerinnen	11.32 „	12.11 „
Kettenscherer und Schererinnen	20.27 „	19.29 „
Spinnereiarbeiter	15.90 „	13.75 „
Walkereiarbeiter	18.91 „	15.21 „
Färbereiarbeiter	16.51 „	14.39 „
Appreturarbeiter	16.62 „	13.25 „
Knoterinnen	12.37 „	11.— „
Stopferinnen	13.85 „	15.02 „
Leimer	18.— „	17.60 „
Sortierer	—.— „	9.50 „
Im Durchschnitt	15.49 M.	15.18 M.

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die in Forst gezahlten Löhne den Durchschnitt der Lausitzer Löhne übertrafen, was um so glaubwürdiger erscheint, als die Zahlen von der Arbeiterschaft aufgestellt sind. Die billigen Buckskinwaren verlangen, wie vorher schon erwähnt, eine scharfe Kalkulation der Produktionskosten und damit auch eine genaue Festlegung der Löhne. Gleichmäßige Löhne für die einzelnen Kategorien waren aus dem Grunde nicht möglich, weil allgemein die in den einzelnen Fabriken hergestellten Qualitäten großen Schwankungen unterworfen sind. In der Weberei erfolgt meistens Akkord-Lohnberechnung nach tausend Schuß. Zu diesem Zweck sind an den modernen Webstühlen sogenannte Schußuhren zur genauen Kontrolle des Arbeiters angebracht, während die Bezahlung früher stückweise erfolgte. Der Durchschnittslohn für je 1000 Schuß betrug vor dem Kriege auf Grund einer vom Deutschen Textilarbeiterverband im Jahre 1908 aufgestellten Enquete:

für	Cottbus	in	40	Webereien	$12^3/_4$ Pfg.,
„	Forst	„	36	„	$11^4/_9$ „
„	Spremberg	„	22	„	$10^1/_7$ „
„	Finsterwalde	„	1	„	$10^1/_2$ „
„	Guben	„	4	„	$11^1/_4$ „

Im Durchschnitt wurden in diesen 105 Webereien $11^1/_2$ Pf. pro 1000 Schuß bezahlt. Demnach entsprach der Lohn in Forst im Gegensatz zu Cottbus im Jahre 1908 nur gerade dem Durchschnitt der in der

Niederlausitz gezahlten Löhne[1]. Infolge der technischen Verbesserung der Webstühle erhöht sich ihre Tourenzahl. Da aber in einzelnen Fabriken alte und neue Systeme nebeneinander stehen, so ergibt sich kein einheitliches Bild für die Lohnzahlungen. Die Rückständigkeit zeigt sich besonders in kleineren Betrieben, die sich nur in viel geringerem Maße den neuen Systemen anzupassen vermögen. Außerdem haben die Arbeiter bei der Verarbeitung von schlechtem Material unter großen Unzuträglichkeiten hinsichtlich des leichten Zerreißens der Fäden zu leiden[2], sodaß dadurch die Akkordlöhne erhebliche Senkungen erfahren.

Die Kündigungsfrist der Arbeiter besteht für die Weber in sog. „Stückkündigung", d. h. jeder Arbeiter darf die Fabrik erst verlassen, wenn das in Arbeit gewesene Stück Tuch fertiggewebt ist. In der Spinnerei ist siebentägige Kündigung üblich, während für die übrigen Kategorien keine besonderen Vorschriften gelten. Diese Kündigungsfristen wurden in der Arbeitsordnung seit dem 1. Juli 1906 einheitlich festgelegt.

Für die Forster Industrie ist die Fluktuation der Arbeitskräfte innerhalb des Ortes charakteristisch. Der Wechsel der Arbeitsplätze ist den Arbeitern dadurch erleichtert, daß die technischen Einrichtungen der einzelnen Fabriken nicht wesentlich voneinander abweichen, sodaß sich der Arbeiter ohne Zeitverlust an dem neuen Arbeitsplatze sofort zurechtfinden kann. Es ist deutlich ein Zug der Arbeiter von den schlechtbezahlten zu den besserbezahlten Arbeitsstellen zu beobachten, der sich damals in der Tuchindustrie umsomehr geltend machte, als es noch keine Tarifverträge gab. Bei diesem Wechsel aber war nicht allein das günstigere Lohnverhältnis ausschlaggebend, sondern es richtete sich, wie dem Verfasser verschiedentlich versichert wurde, auch nach der Güte des zu verarbeitenden Materials, wie nach der Art des persönlichen Verhältnisses der Arbeitgeber oder Meister zu den Arbeitern, oder gar nach der Anordnung der Arbeitsteilung in den einzelnen Betrieben betr. Heranschaffung von Spinnmaterial oder Spulen zu den Maschinen.

1) Manche Fabrikanten lassen höhere Bezahlung beim Mustern der Tuche eintreten. In einer Forster Weberei wurden 1908 beim Mustern 30 Pf. pro Stunde oder 2 Pf. mehr pro 1000 Schuß, in einer andern 35 Pf. oder $2^1/_2$ Pf. mehr bezahlt.

2) Vergl. Levenstein „Arbeiterfrage" (München 1912) S. 73. Interessant ist aus den Arbeiterbriefen folgende Stelle, die die Klage eines Forster Webers über seine Fabriktätigkeit zum Ausdruck bringt: „Jeder Faden muß einzeln eingezogen werden, sonst wird die Ware schlecht, und ich bekomme die Fehler vom Lohne abgezogen. Ich verarbeite ein so furchtbar schlechtes Material. Von Wolle ist keine große Rede. Manchmal 5 Pfund Wolle auf 100 Pfund. Hier werden Lumpen aus allen Erdteilen verarbeitet in einer Maschine, die Wolf heißt, da wird der Dreck hineingesteckt . . ." Diese und ähnliche Bemerkungen finden sich noch in anderen Arbeiterbriefen.

Das ständige Hin und Her der Arbeitskräfte geht aus den Ausweisen des Arbeitsnachweises hervor, der im Jahre 1900 vom „Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Forst“ ins Leben gerufen wurde[1]. Durchschnittlich wurden vor dem Kriege etwa 12 000 Stellen jährlich bei etwa 11 000 Arbeitern überhaupt vermittelt — eine sehr große Zahl, die darauf schließen läßt, daß gerade bei gutem Geschäftsgange den Arbeitern Gelegenheit geboten war, durch Wechsel der Arbeitsstätte ein höheres Einkommen zu erzielen. Die näheren Bestimmungen des Arbeitsnachweises ergeben sich aus den Statuten[2].

Im Folgenden seien kurz das Krankenkassenwesen sowie die gesundheitlichen Schädigungen der Forster Fabrikarbeit gestreift. Für die Textilarbeiter war die „Ortskrankenkasse der Textilbranche“ die wichtigste Kasse, die bis zum Weltkriege folgende Mitgliederzahlen aufwies:

	Männlich	Weiblich	Zusammen
1899	2184	4254	6438
1900	2242	4349	6590
1904	2401	4659	7060
1906	2541	5189	7730
1910	2519	5413	7598
1912	2882	5831	8713
1913	2898	5741	8631

Diese Zahlen zeigen das starke Überwiegen der weiblichen Arbeitskräfte. Der Geschäftsbericht vom Jahre 1913 hebt hervor, daß der hohe Prozentsatz der weiblichen Mitglieder sehr ungünstig auf die finanziellen Verhältnisse der Kasse einwirkte, infolge der höheren Aufwendungen, die der Kasse durch die häufigen Erkrankungen der Frauen entstanden. Neben dieser Kasse bestand die „Ortskrankenkasse der Tuchmacher und Walkergesellen“ für die in der Weberei und Walkerei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit etwa 2500 Mitgliedern. Außerdem gab es eine „Tuchmachergesellen-Krankenkasse“ mit etwa 100 Mitgliedern und eine unwesentliche „Walker-“ und „Tuchscher-Innungskrankenkasse“. Vom 1. Januar 1914 ab wurden auf Grund eines Gesetzes sämtliche Forster Krankenkassen vereinigt, und zwar geschah dies dadurch, daß die „Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter der Tuchbranche“ unter der Bezeichnung „All-

1) Beispielsweise fanden sich in der Zeit vom 1. September 1901 bis zum 3. August 1902 5200 Arbeiter ein — in 8041 Fällen erhielten 4855 Arbeiter Arbeit nachgewiesen, während sich die Arbeiter in 2103 Fällen selbst einstellten.

2) Vergl. Statuten des Arbeitsnachweises der Forster Textilindustrie.

gemeine Ortskrankenkasse des Stadtkreises Forst (Lausitz)“ ausgebaut wurde und die übrigen Kassen darin Aufnahme fanden. Diejenigen Kassen, die ihr Fortbestehen sichern wollten, hatten einen Antrag auf Zulassung als Ortskrankenkasse zu stellen. Infolge der Zusammenfassung der wichtigsten Forster Krankenkassen war dem unerquicklichen Zustande ein Ende gemacht, daß an einem Orte für denselben Erwerbszweig verschiedene Krankenkassen existierten.

Die für die Textilindustrie im allgemeinen als typisch zu bezeichnenden Krankheitserscheinungen der Atmungswerkzeuge und des Nervenapparates treffen auch für Forst zu. Sie zeigen sich vor allem bei den Frauen, wie aus der Statistik über die Verteilung der einzelnen Krankheitsarten hervorgeht[1]. Diese Erkrankungen stehen im engen Zusammenhange mit der Beschäftigung der Textilarbeiter, denn der Aufenthalt in dem Staub, der durch das Schlagen und Reißen der Wolle, sowie bei der weiteren Verarbeitung entsteht, trägt in nicht unerheblichem Umfange zu den Erkrankungen der Atmungsorgane bei. Dazu kommen die Empfindlichkeit des bei der Arbeit wenig bekleideten und erhitzten Arbeiters gegen frische Luft und die Temperaturunterschiede, die zwischen dem Verarbeitungsraume und der Außenluft bei verschiedenen Arbeiten bestehen. Die Neigung der Arbeiter zu Nervenkrankheiten rührt zum großen Teil von dem ohrenbetäubenden Lärm der Webstühle und der Selfaktoren her. Die Gefahr der Krankheitserregung ist in den vielen alten in Forst vorherrschenden Fabriken erheblich, da sie in hygienischer Hinsicht viel zu wünschen übrig lassen. Außer den üblichen Fabrikkrankheiten machte sich vor dem Kriege unter den Forster Walkereiarbeitern

1) Vergl. Geschäftsbericht von 1913 der „Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter der Tuchbranche“ (Auszug):

	Männlich	Weiblich	Zus.	im Verhältnis zur Gesamtzahl d. Krankheitsfälle
1. Krankheiten der Sinnesorgane	18	23	41	1,3 %
2. Nervenkrankheiten	39	317	356	11,4 „
3. Erkrankungen der Blut- und Lymphgefäße	27	102	129	4,1 „
4. Hautkrankheiten	87	117	204	6,5 „
5. Erkrankungen der Atmungsorgane	117	255	342	10,9 „
6. Erkrankungen der Verdauungsorgane	94	208	332	10,6 „
7. Erkrankungen der Harn- und Geschlechtsorgane	18	276	294	9,4 „
8. Erkrankungen des Bewegungsapparats	118	186	304	9,7 „
9. Störungen des Stoffwechsels	29	290	310	10,2 „
10. Infektionskrankheiten	132	313	445	14,2 „
11. Verletzungen	219	128	347	11,1 „
12. Vergiftungserscheinungen	14	8	22	0,7 „
	912	2223	3135	100 %

Diese Tabelle bestätigt die überragende Zahl an Frauenerkrankungen. Die Infektionskrankheiten, die die höchste Zahl darstellen, bilden keine Besonderheit für die Forster industriellen Verhältnisse.

eine Hautkrankheit[1] bemerkbar, die sich durch das Auftreten von juckenden Knötchen und Pusteln an Armen und Händen des Arbeiters kennzeichnete. Im Jahre 1903 erkrankten insgesamt über 200 Walkereiarbeiter. Die Heilung dieser Geschwüre stieß auf solche Schwierigkeiten, daß der betreffende Walker manchmal seinen Beruf aufgeben mußte. In späteren Jahren trat die Walkerkrankheit seltener auf, obwohl kein absolutes Abwehrmittel gefunden wurde. Das Walken, Spülen und Naßrauhen der Wollstoffe geschieht in feuchten Räumen, so daß die darin beschäftigten Arbeiter schon in verhältnismäßig jungen Jahren sterben.

Neben den Krankheitserscheinungen spielen die Betriebsunfälle bei den Webereiarbeitern durch das Herausgleiten des „Schützen" aus dem Webstuhl eine gewisse Rolle. Die Schutzvorrichtung, der sog. „Schützenfänger", gibt der Gewerbeinspektion zu öfterer Beanstandung Anlaß[2]. Eine ständige Kontrolle dieser technischen Einrichtungen erfolgt durch die „Norddeutsche Textilberufsgenossenschaft",

Als Ausgleich für die anstrengende Fabriktätigkeit der Arbeiter begünstigte die Stadt die Anlegung von Gartenkolonien, der sog. Schrebergärten, die rings um die Stadt entstanden. Die Gärten werden von den Arbeitern nach Fabrikschluß gern aufgesucht und liefern willkommene Erträge. Zur Erholung der leichterkrankten Arbeiter wurde im Jahre 1908 inmitten des die Stadt Forst umschließenden Kiefernwaldes eine „Walderholungsstätte". errichtet[3]. Zur geistigen Anregung der Arbeiterschaft dient eine umfangreiche „Volksbücherhalle", deren Bändezahl durch Stiftungen von Seiten einzelner Fabrikanten stetig zunahm[4].

1) Auf diese Erkrankung wurde bereits im Jahre 1878 von L. Hirt in „Krankheiten der Arbeiter" aufmerksam gemacht. — Der Kreisarzt für Forst äußerte sich über die dortigen Fälle dahin, daß die ständige Berührung der Hände und Unterarme mit warmen und heißen Flüssigkeiten oder Dämpfen zu einer starken Verweichlichung der Haut führe, infolgedessen sich an solchen Stellen leicht Risse und Schrunden bilden, die desto erheblicher werden, je mehr die Haut bei ferneren Arbeiten in Seifenlaugen chemisch oder mechanisch gereizt wird. Die von der Krankheit befallenen Arbeiter behaupteten, daß die Gefahr der Krankheit beim Bluten der Tuche am größten wäre, d. h. wenn die Tuche Farbstoffe an die Walkflüssigkeit abgaben. — Vergl. Berichte der Preuß. Regierung und der Gewerberäte von 1903, S. 45 ff.

2) Die Schutzvorrichtungen waren den Arbeitern bei ihrer Arbeit lästig und wurden teilweise von ihnen zurückgeschoben, verbogen oder zerbrochen. Die durchschnittliche Zahl der eintretenden Unfälle betrug jährlich 45 vor dem Kriege.

3) Diese Einrichtung bezweckt nach § 2 der Statuten: „Körperlich schwachen, insbesondere leichtlungenkranken, blutarmen usw. Personen die Möglichkeit zum Aufenthalt im Walde zu gewähren." Zur Errichtung trugen die Ortskrankenkasse, die Stadtgemeinde, das Zentralkomitee des Roten Kreuzes sowie wohltätige Forster Bürger bei. (Bis zum 24. Oktober 1908 wurden 82 Personen verpflegt.)

4) Im Jahre 1904, z. Zt. der Eröffnung, betrug die Zahl der vorhandenen Bände 2900. Im Jahre 1913 erhöhte sich der Bestand auf 7607 Bände, davon 64 Prozent unterhaltende Literatur. Etwa 30 Prozent der Leser sind Fabrikarbeiter.

Kurz vor Kriegsbeginn wurde das sog. „Jugendheim" gegründet, das der Arbeiterbevölkerung Lese- und Unterhaltungsräume und eine Gartenanlage zur Verfügung stellt.

Zur Förderung des Forster Arbeiterwohnungswesens wurde zu Anfang der 80er Jahre eine gemeinnützige „Baugenossenschaft e. G. m. b. H." ins Leben gerufen, die jedoch nach der Errichtung mehrerer Mietshäuser einige Jahre später in Liquidation trat. Der Mangel an großindustriellen Unternehmungen verhinderte eine großzügige Arbeiterbesiedelungspolitik. Ihre Aufgaben wurden teils von der Kommune, teils durch einige wirtschaftliche Zweckverbände übernommen. Von diesen letzteren ist der Bau- und Sparverein „Selbsthilfe" zu nennen, der seit 1903 im Laufe einiger Jahre mehrere Arbeiterhäuser erbaute. Im Jahre 1913 errichtete die Landgesellschaft „Eigene Scholle" 16 Einfamilienhäuser und gab sie für 7—8000 Mark[1] einschließlich ½ Morgen Gartenland ab. An der Finanzierung dieses Unternehmens waren verschiedene Forster Fabrikanten beteiligt. Die Wohnung des Forster Arbeiters besteht gewöhnlich aus zwei Stuben, davon eine sog. „Wohnküche", die gleichzeitig als Wohn- und Kochgelegenheit dient, um auf diese Weise besonders in den Wintermonaten Heizung und Licht zu sparen. Der jährliche Mietspreis einer solchen Arbeiterwohnung betrug vor dem Kriege 120 bis 150 Mark.

---

1) Diese Summe wurde zu 75 % durch 4 %ige Rentenbriefe (davon ½ % Amortisation), zu 5 % durch Anzahlung und zu 20 % durch 5 % städtische Gelder aufgebracht (¾ % davon Amortisation).

3. Der Einfluß der Kriegswirtschaft auf die deutsche Wollindustrie.

Der Weltkrieg zerriß die im letzten Jahrhundert historisch entstandene, ineinander verkettete Weltorganisation, einen Zustand ungeheuren Arbeitsbetriebes, der der Vermehrung von Gütern zu wachsendem, feinerem Genusse diente. Seit Beginn des Krieges wurden hauptsächlich nur solche Güter produziert, die zur Vernichtung dienten und selber wieder vernichtet wurden. Während in früheren Kriegen die Versorgung des Heeres im Wesentlichen eine Geldfrage war, die durch den Markt im Inlande und im neutralen Auslande gedeckt werden konnte, brachte der Weltkrieg mit seiner Entfaltung gigantischer Massenkräfte ein ganz neues Bild und stand damit in keinem Vergleich zu dem Bedarf an Rohmaterial für eine frühere Kriegführung[1].

Deutschland ward mit einem Schlage von seiner Hauptzufuhr von Übersee abgeschnitten, die besonders für die Textilindustrie Lebensnotwendigkeit war[2]. Das Ausbleiben dieser ungeheuren Mengen hätte eine unglaubliche Verwirrung zur Folge gehabt, wenn nicht relativ große Bestände im Lande gewesen wären, und man nicht sofort eine zentrale Bewirtschaftung der Rohmaterialien in Angriff genommen hätte. Allerdings ergaben sich bei der Umsetzung der Probleme der Kriegswirtschaft in die Praxis große Schwierigkeiten, da die unserem Vaterlande binnen kürzester Frist aufgezwungene Kriegswirtschaft nur in härtester Bedrängnis geschaffen wurde. Die neugeforderte Umstellung der deutschen Volkswirtschaft bestand darin, daß die freihändige, kampfmäßige Aneignung der Pro-

1) Otto Brandt „Die deutsche Industrie“ (1914/1915), S. 10. Krieg von 1870/71.

2) Zusammenstellung der Einfuhrzahlen der Rohmaterialien für die Textilindustrie Deutschlands vom Jahre 1913 (vergl. Arndt a. a. O.):

Rohbaumwolle . . .	486000 t,
Wolle	182000 t,
Jute	154000 t,
Flachs	51000 t,
Seide	4000 t.

Diesen Einfuhrmengen gegenüber standen folgende geringe Posten der jährl. Inlandsproduktion:

Wolle	11600 t,
Flachs	3000 t.

duktion und der Verteilung der Güter durch eine planmäßige, zwangsmäßige Zuteilung ersetzt werden mußte. Für den Umfang und die Leistungsfähigkeit der deutschen Wollindustrie waren die Sachverständigen auf die Gewerbezählung von 1907 und einige unzulängliche Produktionsstatistiken angewiesen, die nur einen veralteten und völlig ungenügenden Einblick in die inneren Verhältnisse der Wollindustrie zuließen. Von den bereits im Frieden vorhandenen Organisationen der Bekleidungsindustrie waren die Militärbekleidungsämter der verschiedenen Armeekorps[1] die einzigen, und daher erwies sich die Gründung von Selbstverwaltungskörpern als notwendig. Als sich der Hauptsturm der Militärlieferung gelegt hatte, bestand daher die Aufgabe, die bisherige dezentralisierte Art der Beschaffung durch das im November 1914 entstandene preußische Beschaffungsamt (B.B.A.) in eine Hand zu fassen. Die langsam aufdämmernde Erkenntnis von der langen Kriegsdauer zwang weiterhin zur Beschlagnahme und Streckung aller vorhandenen Wollvorräte für Heereszwecke, und nur sie allein ermöglichten eine gleichmäßige Beschäftigung der Wollindustrie. Der Zivilbedarf wurde zugunsten des Heeres und der Flotte eingeschränkt, deren Bedarf hauptsächlich in Militärtuchen und Decken bestand, wie noch aus den weiteren Ausführungen hervorgehen wird.

Zur Bewältigung dieses Aufgabenkomplexes entstanden folgende Organe[2]:

1. Die „Kriegsrohstoffabteilung“ des preußischen Kriegsministeriums (K. R. A.) zur Nachprüfung des angemeldeten Heeresbedarfs, der Beschaffung und Zuweisung der Rohstoffe und zur Leitung der daran geknüpften Aufgaben;
2. besondere Beschaffungsstellen für Rohmaterialien zur Ermittlung des Bedarfs, zum Erteilen der Aufträge und zum Abnehmen der Fertigwaren;
3. halbamtliche Kriegsgesellschaften und Abrechnungsstellen als Treuhänder der Kriegsrohstoffabteilung bei der Durchführung ihrer Aufgaben;
4. Kriegsausschüsse als Vertreter der Kriegstuchhersteller der beteiligten Gruppen und zur Vertretung der eigenen Interessen.

1) Vergl. Vincke, die Bekleidungsämter des deutschen Heeres, Dortmund 1912.

2) Als Grundlage für die Bearbeitung des Abschnitts über die Bewirtschaftung der wollenen Spinnstoffe während des Krieges dienten dem Verfasser die Arbeiten von Dr. Göbel, Mitglied der wissenschaftlichen Kommission des Kriegsamts. (Bisher unveröffentlicht.)

Bis zu einem gewissen Grade wurde die anfangs sehr schwierig erscheinende Lösung der Rohstoffrage durch die Praxis des Krieges selbst erleichtert, — denn die Besitzergreifung der großen Wollzentren Belgiens, Nordfrankreichs sowie Polens ließ einen gewaltigen Strom vollwertigen Spinnmaterials in die Kanäle der deutschen Wollindustrie fließen.

Im Anfang des Jahres 1915 wurden umfassende Bestandsaufnahmen und Beschlagnahmen zur Sicherung gegen eine drohende Rohstoffknappheit vorgenommen. Der Bedarf an Wolle für Oberkleidung für Heer und Marine wurde im

August	1914	auf	18	Millionen	kg
September	1914	„	28	„	„
September	1915	„	36	„	„
Ende	1915	„	48	„	„

geschätzt. Das ruckweise Aufschnellen der Bedarfsziffern in den beiden ersten Kriegsjahren bestätigt das vorher Gesagte über die anfangs recht unsicheren Unterlagen der Rohstoffbewirtschaftung, sodaß die amtlichen Stellen erst von Anfang 1916 ab, als die großen Heere ausgestattet waren, die Rohstoffversorgung vollkommen beherrschten. Obwohl eine alljährliche Auffüllung der Wollbestände durch die deutschen Schafschuren und durch zeitweise Käufe aus dem neutralen Auslande erfolgte, war eine Streckung des vorhandenen Materials durch Wollabfälle, Kämmlinge, Fäden und Kunstwolle nötig. Im Mai 1915 wurde deshalb die Beimischung von 25 % Kunstwolle auf die Gesamtschußmenge beschlossen, sodaß im Oktober 1915 die ersten Kunstwollieferungen für Heeresbedarf begannen [1].

Das Prinzip der Rationierung der Produktion wurde durch das Hilfsdienstgesetz vom 6. Dezember 1916 erhöht: Zur Ersparnis von Kohlen und Arbeitern sowie der Verkehrseinrichtungen erfolgte Anfang 1917 die Zusammenlegung der Textilbetriebe, jedoch das unglückliche Ende des Krieges mit der sich daran knüpfenden Lockerung der Moral im Geschäftsleben bewirkte schließlich einen raschen Zerfall des mit vieler Mühe aufgebauten wirtschaftlichen Kriegsapparates.

1) Es wurde ein Militärtuch hergestellt, das aus einem gezwirnten Faden bestand, dessen Einzelfäden ein Streichgarn- und ein Kammgarnfaden waren, die aus einer Mischung von 50 % wollener Spinnstoffe und 50 % Kunstwolle bestanden. Die Militärdecken waren, mit Ausnahme der Woylachs, fast ausschließlich aus Kunstwolle und Surrogaten zusammengesetzt.

Nach dieser kurzen Übersicht kehren wir wieder zu Forst zurück, um diese Industriestadt aus der Friedens- in die Kriegs- und weiter in die Übergangswirtschaft zu begleiten. Es gilt nunmehr, einesteils die rasche und ergiebige Umstellung einer im Frieden für bürgerlichen Bedarf arbeitenden Tuchfabrikstadt auf Kriegsbedarf zu zeigen, andererseits ein Beispiel von der Anpassungsfähigkeit der dortigen Kleinindustrie an alle neu entstehenden und einschneidenden Kriegsmaßnahmen zu geben, die die lange Dauer und der Ausgang des Krieges mit sich brachte. Gerade die Forster Industrie, die, wie dargelegt, bereits in Friedenszeiten hauptsächlich Abfall- und Kunstwollmaterialien verarbeitete, konnte die Heeresleitung im besonderen Maße bei ihrem Bestreben unterstützen, die Bestände an vollwertiger Wolle durch Ersatzmaterialien aller Art zu strecken, und die amtlichen Stellen von der Brauchbarkeit der letzteren für die Herstellung haltbarer Militärtuche überzeugen.

II. Hauptteil.

Die Forster Wollindustrie während des Weltkrieges.

a) Vom Kriegsausbruch bis zum Einsetzen der Heeresaufträge.

1. Die Konjunkturperiode der freien Wirtschaft.

Der plötzliche Ausbruch des Krieges führte zunächst zu einer Lähmung des geschäftlichen Verkehrs. Infolge der ungeheuren Truppen- und Gütertransporte war die Eisenbahn überaus stark belastet, so daß der Import und Export ins Stocken geriet. Dazu kam die Unsicherheit der politischen und militärischen Lage, die einen gewaltigen Einfluß auf die industrielle Initiative ausübte. Das war besonders für Forst der Fall, da sich allerlei Gerüchte über den Anmarsch der Russen verbreitet hatten. Diese Gefahr war bei der geringen Entfernung von der russischen Grenze und den Mitteilungen über die umfangreiche russische Mobilmachung nicht unbedenklich für Forst. Die Fabriken waren durch die plötzlichen Einberufungen zum Teil ihrer tüchtigsten Beamten und Arbeiter beraubt, so daß in der ersten Zeit ein normaler Geschäftsgang unmöglich war. Endlich ließ auch die Nachfrage nach Zivilstoffen augenblicklich nach, da die Abnehmerkreise erst eine Stabilisierung des Marktes abwarteten.

Eine Ausnahme machten die sog. Militärtuchfabrikanten[1], d. h. diejenigen Tuchhersteller, die schon in Friedenszeiten der Heeresverwaltung Militärtuche geliefert hatten und im Falle einer Mobil-

1) Vergl. Vincke a. a. O. S. 50. Die Beschaffung von Militärtuchen erfolgte im Frieden im Allgemeinen direkt bei den Fabrikanten unter Umgehung des Zwischenhandels, wobei kleinere Fabrikanten und Verbände bevorzugt wurden. Die Erteilung von Aufträgen erfolgte auf dem Wege der beschränkten Ausschreibung, und zwar forderten die Bekleidungsämter die bezeichneten Fabrikanten zur Einsendung von festen Angeboten auf, die dann dem Kriegsministerium eingereicht wurden. Von allen eingeforderten Durchschnittspreisen wurde wiederum der Durchschnitt ermittelt und als Grundlage bei der Lieferung angenommen. Der Zwischenhandel wurde aus dem Grunde ausgeschieden, weil es im Interesse der Heeresverwaltung lag, in möglichst enger Fühlungnahme mit der Industrie zu bleiben.

machung durch die Bekleidungsämter der einzelnen Armeekorps verpflichtet waren, für die ersten sechs Kriegsmonate in gesteigerten Mengen Militärtuche zu liefern. Von der Forster Industrie hatten nur ganz wenige Betriebe schon in Friedenszeiten für die Heeresverwaltung gearbeitet, da die Verträge mit gewissen Bedingungen in der Fabrikation verknüpft waren und dabei größere Gewinne ausschlossen[1]. Allerdings hatten jene Fabriken den Vorteil einer gleichmäßigen Beschäftigung ihrer Betriebe und waren dadurch von den jeweiligen Konjunkturschwankungen unabhängig.

In den ersten Kriegswochen konnte aus den oben dargelegten Gründen nur in ganz beschränktem Umfange produziert werden, und erst ganz allmählich, als eine Einigung mit der Kundschaft bezüglich Abnahme der bestellten Waren erzielt wurde, kam das Geschäft wieder in Gang.

Inzwischen suchte der Forster Fabrikanten-Verein für seine Mitglieder Aufträge für Militärbedarf sowohl in Decken als auch in Tuchen als Ausgleich für den teilweisen Fortfall des bürgerlichen Bedarfs zu erhalten. Sechs Wochen lang dauerte der Zustand der Ungewißheit an, bis die Bekleidungsämter sich schließlich dazu entschlossen, über das Angebot der Militärtuchlieferanten hinaus größte Mengen von Militärstoffen anzufordern. Die Heeresverwaltung kaufte nun mit einem Male jeden vorhandenen Posten an Tuchen ohne Rücksicht auf Qualität und Aussehen. Aus dieser Hilflosigkeit der Bekleidungsämter ist zu ersehen, daß auf diesem Gebiete keinerlei Vorbereitungen für einen Krieg getroffen waren. Die Heeresstellen sahen sich genötigt, von ihren strengen Vertragsbestimmungen Abstand zu nehmen, um in möglichst kurzer Zeit ein Höchstmaß an Bekleidungsstücken zu erlangen. Neben der Durchbrechung der üblichen Friedenspreise bedeutete diese plötzlich veränderte Marktlage eine Umstoßung sämtlicher Begriffe über die Vorschriftsmäßigkeit der Gewebe[2]. Eine gute Handhabe für eine Massenbeschaffung von Militärstoffen bot sich der Militärverwaltung nunmehr durch die Einschaltung des Zwischenhandels.

1) Nach Quandt a. a. O. S. 49 bestanden für 1870/71 scheinbar dieselben Verhältnisse. Er sagt, daß damals „Geschäfte mit den Militärbehörden wegen ihrer rigorosen Bedingungen nicht leicht waren, und daß es sich nur große Fabrikanten leisten konnten, den bedeutenden Kostenaufwand für die hierzu erforderliche besondere Webstuhleinstellung nicht zu scheuen, solche Lieferungen zu übernehmen".

2) Während die Militärverwaltung in Friedenszeiten reinwollene Stoffe für Militärtuche verlangte, begnügte sie sich jetzt anstatt mit Streichgarn aus reiner Wolle auch mit Kammgarn- sowie Kunstwoll- und sogar baumwollhaltigen Garnen — kurzum mit den unglaublichsten, Mischungen, die keinen Anspruch auf Haltbarkeit hatten.

Die Forster Fabrikanten lieferten vielfach wieder an ihre Friedensabnehmer, die ihrerseits die Waren kommissionsweise an die Bekleidungsämter absetzten. Daneben aber erschienen auch Vertreter des Bekleidungsamts des Gardekorps in Forst, um jeden greifbaren Posten von Tuchen zu übernehmen, und suchten noch weitere Abschlüsse zu machen, indem sie den Fabrikanten die erforderlichen Rohstoffe zur Verfügung stellten.

Der große Bedarf an Militärstoffen brachte den Geschäftsgang der Forster Industrie langsam wieder in Gang, sodaß von Mitte September ab große Aufträge in Decken und Militärtuchen zu hohen Preisen aufgenommen wurden. Viele Fabrikanten waren so erheblich mit Aufträgen versehen, daß sie für Monate hinaus beschäftigt waren. Da aber die Stockung in der Kohlenzufuhr und die seit Anfang des Krieges geltenden Schwierigkeiten des Abtransports fortbestanden, war eine rasche Erledigung der Aufträge unmöglich.

Da aber Deutschland vom Weltmarkte abgesperrt war, machte sich rasch eine Materialknappheit fühlbar, deren Folge sich in einer ungewöhnlichen Preiserhöhung für sämtliche Rohmaterialien ausdrückte, die es den Fabrikanten erschwerte, bei den bereits für längere Zeit übernommenen Aufträgen auf ihre Rechnung zu kommen. Die hohen Inlandspreise für Rohstoffe standen in auffallendem Mißverhältnis zu den in den ausländischen Produktionsgebieten geltenden Notierungen.

Die Beschäftigung der Forster Tuchfabriken wuchs in kurzer Zeit lawinenartig an, weil vor allen Dingen der Zwischenhandel umfangreiche Aufträge in Decken gab, die der Forster Industrie dank ihrer maschinellen Einstellung besonders willkommen waren. Durch die Herstellung der zu Anfang des Jahres 1915 aufgenommenen Militärersatztuche erhöhte sich die Beschäftigung der in Betrieb befindlichen Fabriken derart, daß sogar Überstunden eingeführt wurden.

Die stufenweise Erhöhung der Produktion an Tuchen in der ersten Kriegszeit wird durch den damaligen Bahnversand an Tuchen dargestellt. Der Bahnversand betrug:

Im Juni	1914	. . .	1 000 000 kg
„ Juli	1914	. . .	800 000 „
„ August	1914	. . .	76 000 „
„ September	1914	. . .	470 000 „
„ Oktober	1914	. . .	900 000 „
„ November	1914	. . .	1 000 000 „
„ Dezember	1914	. . .	1 400 000 „

Von Januar bis April 1915 wurden etwa 1 300 000 kg monatlich versandt. Der Höhepunkt des Beschäftigungsgrades wurde im Dezember 1914 erreicht und übertraf bei weitem die Friedensproduktion. (Vergl. oben die Ziffern S. 8 u. 9.) Seit Beginn des Jahres 1915 setzten die ersten Kriegsverordnungen ein, die vom Mai 1915 ab eine gleichmäßige Produktion bewirkten.

Die ungeheure Nachfrage der Heeresverwaltung zu Beginn des Krieges hatte die gesamte deutsche Streichgarnindustrie in den Dienst der Heeresverwaltung gestellt. Sie genoß am längsten den Vorteil, ohne kriegswirtschaftliche Einschränkung zu arbeiten, da man sie im Gegensatz zur Kammgarnindustrie schon von Anfang des Krieges an ausschließlich für Heeresbedarf tätig glaubte.

Diese erste wirtschaftliche Epoche des Krieges zeigt die große Elastizität der Forster Tuchfabrikation. Eine genaue Zeitangabe für ihren Abschluß ist nicht möglich, da er nicht etwa auf den Punkt festzusetzen ist, wo die Kriegsgesellschaften entstanden[1]. Vielmehr ist das tatsächliche Einsetzen der Kriegsgesellschaften erst in die Mitte des Jahres 1915 zu verlegen.

2. Die Arbeiterverhältnisse zu Kriegsbeginn.

Zu Anfang des Jahres 1914 hatte die Forster Industrie unter dem Zeichen der bekannten weltwirtschaftlichen Krisis von 1913 gestanden, von der ganz zu Anfang (S. 3) die Rede war. Vom Monat März an besserte sich die Lage, sodaß in mehreren Fabriken mit Überstunden gearbeitet wurde. Ende Juni hatte sich der Geschäftsgang soweit gehoben und befestigt, daß die Hoffnung auf ein längeres Anhalten der guten Konjunktur in der Tuchbranche bestand.

Diese günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse benützten 60 Walkereiarbeiter[2] mitten in der Zeit der Fertigstellung neuer Musterkollektionen zur Geltendmachung neuer Lohnforderungen. — Die Walkereiarbeit ist, wie früher gezeigt, eine der ungesündesten Tätigkeiten des Textilgewerbes, und die bisher gezahlten Löhne waren großen Schwankungen unterworfen, da von den Lohnwalkereien

1) Durch Umfragen bei den Forster Fabriken war feststellbar, daß die ersten Aufträge des „Kriegstuchverbandes“ (vergl. S. 43) im Januar 1915 erfolgten. Zur Verteilung kam ausschließlich Wolle.

2) Damals gab es in Forst im ganzen 126 Walkereiarbeiter, die zahlenmäßig nur etwa $1\frac{1}{2}$ % der gesamten Forster Textilarbeiter ausmachten (darunter waren 60 % gelernte, 40 % ungelernte Walker). Die Lahmlegung dieses Teiles des Produktionsprozesses brachte die gesamte Fabrikation ins Stocken, was selbstverständlich die Absicht der Streikorganisation war.

höhere Löhne als von einigen größeren Vollbetrieben (mit eigener Walkerei) bezahlt wurden. — Die Forderungen bestanden in einer Erhöhung des Wochenlohnes für Arbeiter an der Lochwalke auf 25 Mark und für alle übrigen Walkereiarbeiter auf 24 Mark. Außerdem wurden Zuschläge für etwaige Überstunden (pro Stunde 60 Pf.) verlangt. Die neuen Löhne sollten als Minimalgrenze gelten. Da die Verhandlungen über eine Festsetzung des Mindestlohns zu keinem Ergebnis führten, kündigten am 3. Juli 1914 30 Walkereiarbeiter ihren Arbeitgebern. Die Organisationen der Arbeiter lehnten jegliche Vermittlung ab, sodaß der „Arbeitgeberverband der Niederlausitzer Tuchindustrie" keinen anderen Ausweg sah, als sämtliche Arbeiter vor die Alternative zu stellen, sich entweder den Bedingungen der Arbeitgeber zu fügen[1], oder von der Arbeit ausgesperrt zu werden. Da die Arbeiter auf ihrem Standpunkt verharrten, erfolgte am 11. Juli die Aussperrung von rund 30 000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Lausitzer Städte (Forst, Cottbus, Spremberg, Guben, Luckenwalde, Sommerfeld, Finsterwalde), sodaß die Fabriken zum Stillstand kamen. In Forst wurden auf diese Weise etwa 8000 Arbeiter arbeitslos. Diese Maßnahme der Arbeitgeber erregte eine so große Erbitterung unter der Arbeiterschaft, daß erst in der zweiten Woche der Aussperrung die ersten Vermittlungsverhandlungen in Frankfurt a. O. angebahnt werden konnten, die jedoch infolge des plötzlichen Kriegsausbruchs ein jähes Ende fanden. Unter dessen Eindruck wurde die Aussperrung aufgehoben und die Wiederaufnahme der Arbeit auf den 3. August festgesetzt. Eine tatsächliche Einstellung von Arbeitern erfolgte jedoch nur soweit, als es sich um die notwendigen Aufräumungsarbeiten handelte.

Die Arbeitslosigkeit nahm solchen Umfang an, daß z. B. beim Deutschen Textilarbeiter-Verband in Forst an einem Tage 1400 Mitgliedsbücher zur Anmeldung von Arbeitslosigkeit entgegengenommen wurden. Die Arbeitslosigkeit in den ersten Kriegswochen geht aus folgender Tabelle des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes (unveröffentlicht) hervor:

1) Vergl. öffentliche Bekanntmachung im „Forster Tageblatt" vom 11. Juli 1914 Nr. 160.

	Zahl der Arbeitslosen			Zahl der Unterstützten	Betrag
	Männl.	Weibl.	Zus.		
Aug. 3.—10.	786	553	1339	1203	2653.50 M.
„ 10.—16.	866	579	1445	1160	4820.60 „
„ 17.—23.	772	559	1329	1002	3641.— „
„ 24.—30.	757	556	1312	910	3487.— „
Sept. 1.—6.	595	482	1077	806	2892.30 „
„ 7.—13.	519	442	961	545	2050.35 „
„ 14.—20.	130	273	408	278	1040.40 „

	Zahl der Arbeitslosen			Zahl der Unterstützten
	Männl.	Weibl.	Zusammen	
3. Quartal	907	825	1732	1464
4. „	178	105	283	465

Wenn diese Zahlen auch keine Gültigkeit für die gesamte Forster Arbeiterschaft haben, so geben sie doch ein Bild von der kritischen ersten Kriegszeit. Die erheblichen Ausgaben, die namentlich dem Deutschen Textilarbeiter-Verband durch die ausgezahlten Unterstützungsgelder erwuchsen, führten zu einer Einschränkung der statutarischen Unterstützungen.

Durch die seit September 1914 einsetzenden Kriegsaufträge in Militärstoffen besserten sich die Verdienstmöglichkeiten der Arbeiter, und es wurden teilweise Doppelschichten und Überstunden eingelegt. Auch von auswärts wurden Hilfskräfte herbeigeholt und die eingezogenen männlichen durch weibliche Arbeitskräfte ersetzt, sodaß z. B. in Forst hunderte von Frauen für die Weberei angelernt wurden. Die Not des Krieges führte zu einer starken Ausnützung der weiblichen Arbeitskraft, die früher nur an den Spinnkrempeln, den Webstühlen und im Wettbewerb mit den Männern (zu etwa 50 %) in der Wollwäscherei, Färberei und Reißerei verwandt wurde. Aus den Gewerbezählungen[1] geht allerdings hervor, daß auch schon in Friedenszeiten die Zahl der Arbeiterinnen in sämtlichen Gewerbegruppen der Textilindustrie ständig zunahm. Wachs[2], dem die letzte Betriebszählung vom Jahre 1907 noch nicht vorlag, sagt, daß „die auf der heutigen Höhe stehenden Maschinen der Textilindustrie leicht zu handhaben sind und nur geringe Ansprüche an Körper und

1) Vergl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 220—221, gewerbliche Betriebsstatistik Abt. VIII, Berlin 1914, S. 107 ff.

2) Vergl. A. Wachs, Volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung der deutschen Wollindustrie (Leipzig 1909, S. 91.)

Geist stellen. Darum liegt es in der Natur der Sache, daß die körperlich schwächere, technisch ungeschultere und billigere Frau den Mann hier immer mehr verdrängt". Das Überhandnehmen der Frauenarbeit in der Wollindustrie ist als ein soziales Übel zu betrachten, da die Frau dem Haushalte und dem Familienleben entfremdet wird. Die Bevorzugung der Frauen, die schon in Friedenszeiten in der Wollindustrie bemerkbar war, nahm infolge der Kriegszeit stark zu, wie aus den Zahlen der in Forst während des Krieges beschäftigten Arbeiter hervorgeht[1] (die spätere Entwicklung ist hier der Einfachheit halber gleich vorweggenommen):

	Zahl d. männl. Arbeiter	Zahl d. weibl. Arbeiter	Zus.	Zahl d. weibl. Arbeitskräfte in Prozenten
1912	5661	5179	10 840	48 %
1913	5379	4850	10 229	47 %
1917	1627	3533	5 160	69 %
1918	1396	3221	4 617	70 %
1919	3397	4193	8 199	51 %

Nach dem Kriege war allerdings infolge des Zwanges zur Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer das Gleichgewicht nahezu wieder hergestellt.

Vom Frühjahr 1915 an wurden in den meisten Fabriken zum Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung Wochenzuschläge zum Lohne gezahlt, und zwar gewöhnlich in festen Monatszuschlägen für Arbeiter von 3 bis 6 Mark, für Meister und Angestellte von 10 bis 13 Mark, zum Teil aber auch in Akkordprämien. Später, infolge der zur Streckung der Rohstoffe verkürzten Arbeitszeit von sechs auf fünf Tage[2], beschlossen sämtliche dem „Arbeitgeberverbande der Lausitzer Tuchindustrie" angehörenden Fabrikanten eine gleichmäßig festgesetzte Kriegszulage für Arbeiter.

---

1) Die Zahlen entstammen unveröffentlichten Berichten der Forster Gewerbeinspektion.

2) Vergl. Bekanntmachung betr. die Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien und Wirkereien (am 13. 8. 1915 in Kraft). R. G. Bl. S. 733.

b) Die Umstellung der Forster Industrie auf Kriegsbetrieb.

Wie bereits dargelegt, wurden in der Friedenszeit hauptsächlich buntgemusterte Streichgarntuche für die Herrenkonfektion in Forst hergestellt. Infolge des Krieges ließ jedoch durch die Einberufung der wehrfähigen Männer die Nachfrage nach bürgerlichen Herrenstoffen erheblich nach, sodaß diejenigen Fabrikanten, die früher für den bürgerlichen Bedarf an Herrenstoffen gearbeitet hatten, zu einer Umstellung ihrer Betriebe genötigt waren, wie dies bei fast allen Forster Betrieben geschah. Die Umstellung bestand in dem Eintausch der früher hergestellten Modeware gegen Stapelware, die von den Kriegsverbänden nach bestimmten technischen Vorschriften angefordert wurden. Somit war, wenn auch nur vorübergehend und durch ein künstliches Moment verursacht, eine Rückbildung der Modeherrschaft erfolgt. Im einzelnen ist bei dieser Anpassung

1. die technische,
2. die qualitative,
3. die quantitative

zu unterscheiden.

1. Von der technischen Umstellung der Betriebe ist nicht viel zu sagen, da die Weberei und Spinnerei im wesentlichen ihre früheren Funktionen beibehielten. Es trat höchstens eine Vereinfachung und ein Zeitgewinn für die Fabrikation darin ein, daß die öftere Einführung neuer Ketten unterblieb, da die Militärtuche typenartig hergestellt wurden, wenn von der ersten Kriegszeit abgesehen wird, wo überhaupt keine Vorschriften über die Beschaffenheit und Zusammensetzung der Gewebe für Militärtuche bestanden. Erst zu Anfang des Jahres 1915, als die strengen Vorschriften des Bekleidungsbeschaffungsamts einsetzten, wurden manche Forster Tuche von den amtlichen Stellen beanstandet und den Fabrikanten zurückgeschickt. Später fielen diese Unebenheiten größtenteils weg. Die technische Umstellung war der Forster Industrie aus dem Grunde erleichtert, weil sie ohne besondere technische Veränderungen den Heeresbedarf befriedigen konnte. Es ergab sich dabei auch kein Verlust an Rohmaterialien, da alle Abfälle und Nebenprodukte der Fabrikation ähnlich wie in Friedenszeiten Verwendung fanden. Gewisse technische Schwierigkeiten bereitete die Erledigung reinwollener Aufträge, die jedoch nur in der ersten Kriegszeit erteilt wurden, als Wolle

noch im Überfluß vorhanden war. Besonders geeignet waren die ungezwirnten Decken, die von denjenigen Fabrikanten bevorzugt wurden, die mit dicken Garnnummern arbeiteten, d. h. bei hauptsächlicher Verwendung von Surrogaten (mehrere Damenmäntelfabrikanten)[1]. Die Fabrikanten mit feineren Garnnummern wurden meistenteils zur Tuchherstellung herangezogen.

Die einzig durchgreifende technische Umstellung der Betriebe bedeutete die im Herbst 1916 von einigen Betrieben aufgenommene Herstellung von P a p i e r g a r n e n und -Geweben. Als Rohstoff dienten große zylinderförmige Papierrollen, die direkt aus den Papierfabriken bezogen wurden. Diese Rollen wurden mittels besonderer Papierschneidemaschinen[2] in Streifen geschnitten, um sie für die Verarbeitung zu Garnen herzurichten. Zum Spinnen der Papierfäden wurde die Zwirnmaschine der Wollindustrie benutzt, die sich für diesen Zweck aus dem Grunde gut eignete, weil es sich um grobe Garne handelte. Die zu reinen Papiergeweben bestimmten Papiergarne, wie z. B. Sandsäcke usw., wurden ungezwirnt verwebt. Andere Garne wurden mit Woll- oder Surrogatfäden verzwirnt, um eine größere Haltbarkeit des Gewebes zu erreichen. Auf diese Weise wurden Zellstoffgewebe hergestellt, die aus 50 % Zellstoff und 50 % Baumwollabfällen bestanden. Andere Gewebe hatten Papierschuß- oder Kettfäden, da das Verweben des bloßen Papiers wegen seiner leichten Auflösbarkeit unvorteilhaft war. Wie noch später dargelegt wird, hatte die Rohstoffnot des Jahres 1916 diese Umstellung erforderlich gemacht, um die Rentabilität der Forster Fabriken zu erhöhen. Die Verarbeitung von Papiergarnen wurde jedoch eingestellt, als wieder günstigere Bedingungen für die Tuchfabrikation eingetreten waren. Daher gaben im Laufe des Jahres 1919 alle Forster Fabrikanten die Herstellung von Papiergeweben auf.

2. Die q u a l i t a t i v e Umstellung der Betriebe bezeichnet Somary[3] treffend, indem er sagt, daß an Stelle der verschiedenartigen Bedürfnisse der Abnehmer die Normalisierung und der Warentyp trat.

---

1) Ein Beispiel für die Erweiterung der Produktion von Decken geben die Els.-Bad. Wollfabriken A.-G., Abt. Deckenweberei. Es waren beschäftigt:

Am Ende des Jahres 1913	 164	Arbeiter,
„ „ „ 1914	 302	„
„ „ „ 1915	 238	„
„ „ „ 1916	 247	„
„ „ „ 1917	 219	„

2) Vergl. Dr. Heinke, Handbuch der Papiergarnspinnerei und Weberei (Fischer. Dresden 1917).

3) Vergl. Philippovich II, 1. S. 220 (Tübingen 1919).

Die Kriegsmaterialbestellungen der Staaten wurden auf Typen eingestellt, und auch auf den wichtigsten Gebieten des täglichen Bedarfs schritt man zur Vereinheitlichung. Unter diesen Umständen verlor die Marken- und Firmenbezeichnung in vielen Industriezweigen alle Bedeutung, ja sie wurde sogar mehrfach verboten. Diese Worte gelten sowohl für die deutsche als auch für die Forster Wollindustrie.

Mit dem Einsetzen der Kriegsaufträge ließ das Konkurrenzstreben nach, soweit es auf Qualitätswechsel beruhte, denn für die qualitative Zusammensetzung der Erzeugnisse war lediglich die schwankende Lage des deutschen Rohstoffmarktes maßgebend. Von Interesse ist die stufenweise Verschlechterung der Qualität der angeforderten Militärtuche, denn das Verhältnis der Wolle zur Kunstwolle wurde immer ungünstiger, wie aus folgenden Zahlen hervorgeht: Anfang 1915 betrug es noch 70:30, Ende 1915 60:40, dagegen seit Juli 1916 50:50, Ende 1916 40:60 und endlich seit 1917 sogar nur noch 30:70 %. Immerhin blieben die Militärtuche, die einer größeren Abnutzung unterworfen waren, auf einer verhältnismäßig hohen qualitativen Stufe, während die Militärdecken schon von Anfang an aus den minderwertigsten Abfallmaterialien zusammengesetzt waren.

Für die Forster Industrie bedeutete die qualitative Umstellung keine Veränderung im Gegensatz zur deutschen Kammgarnindustrie, die in Friedenszeiten lediglich reine Wolle verarbeitet hatte. Die geringsten Beschränkungen in der Qualität waren den Militärdecken auferlegt, die deshalb auch von den meisten Forster Fabrikanten bevorzugt wurden.

Der restlose Übergang zur T y p e n f a b r i k a t i o n erfolgte seit Ende des Jahres 1915: Die Heeresverwaltung setzte seit dieser Zeit für die Qualität des Militärstoffs eine feste Norm fest, sodaß es nicht mehr wie früher auf die Intelligenz und die scharfe Beobachtungsgabe des einzelnen Fabrikanten ankam, aus der Vielseitigkeit aller denkbaren Qualitäten den „richtigen Typ“ zu ziehen. Vielmehr konnte jeder Fabrikant, der die erforderlichen technischen Betriebseinrichtungen besaß, gleichmäßig beschäftigt werden, wenn er sich den Kriegsverbänden anschloß. Diese Schablonisierung der Produktion lähmte den Unternehmungsgeist des tüchtigen Fabrikanten und bewirkte zugleich, daß viele unfähige Elemente im Unternehmertum durch die gemeinwirtschaftliche Produktionsweise künstlich auf Kosten der Allgemeinheit erhalten wurden. Das waren die Folgen der qualitativen

Umstellung auf Kriegsbetrieb, die an dieser Stelle, nur allgemein dargestellt, bereits die Nachteile der aufgezwungenen kriegswirtschaftlichen Produktionsweise erkennen lassen.

3. Ihrer Quantität nach war die Produktion im Kriege nicht derartigen Schwankungen unterworfen wie im Frieden, wo Konjunktur und Modewechsel einen großen Einfluß auf die Warenerzeugung ausübten. In Friedenszeiten hing die Quantität der hergestellten Forster Tuche im wesentlichen von der Modelaune ab, sodaß der Fabriken bei günstigem Geschäftsgange seinen Betrieb Tag und Nacht in Gang setzte, um in möglichst kurzer Zeit recht erhebliche Mengen an Fertigfabrikaten auf den Markt zu bringen. Die Gewinne aus der guten Geschäftsperiode hatten die Verluste auszugleichen, die dem Fabrikanten durch Mißerfolge gegenüber Modeströmungen und durch das Eintreten von wirtschaftlichen Krisen entstanden. Die Fabrikation der Typenwaren im Kriege dagegen kannte keine individuellen Schwankungen in der Produktion[1]. Die Zwangsläufigkeit der Produktionsweise rief trotz des Mangels an Rohstoffen eine relative Kontinuität der Produktion auch der Menge nach hervor, sodaß die einzelnen Betriebe zwar nicht wie im Frieden voll ausgenützt wurden, jedoch für eine gleichmäßige Beschäftigung der Industrie im allgemeinen Sorge getragen wurde.

Zum Schlusse sei noch ein Wort über die Ersparnis an Material erwähnt. Bekanntlich fand in Friedenszeiten eine große Stoffvergeudung für Musterungszwecke statt, und zwar in solchem Maße, daß in einer mittleren Tuchfabrik mit Modearbeit jährlich etwa 1200 Meter für Kupons, Musterstücke usw. verwandt wurden. Hunderttausende von Metern Tuch wurden auf diese Weise teils bei den Fabrikanten zerschnitten oder gingen im Handel durch die Neubemusterung verloren. Während des Krieges hörte diese Verschwendung mit Material auf, da die Kriegsbekleidungsämter infolge der Typisierung nur geringe Stoffproben einforderten. Seit dem unglücklichen Ausgange des Krieges und der damit verknüpften ungünstigen wirtschaftlichen Konstellation[2] erhoben sich viele Stimmen dafür, diesen Weg der Vereinheitlichung der Tuchqualitäten auch für

1) Von den in Arbeit befindlichen etwa 161 Betrieben arbeiteten nur 10 Firmen in beschränktem Umfange für den bürgerlichen Bedarf während der ersten Kriegsjahre.

2) Vergl. Franz Pariser, „Europ. Staats- und Wirtschaftszeitung“, III. Jahrgang Nr. 19 vom 11. Mai 1918, S. 373 ff. Aehnliche Bestrebungen waren vor dem Kriege von Seiten der „Deutschen Tuchkonvention“ ausgegangen.

die Zukunft beizubehalten, wo es bei der ungeheuren Verteuerung der Produktion darauf ankommen wird, viel schärfer als früher das ökonomische Prinzip zum Ausdruck zu bringen. Im sozialen Sinne müßte dieses Bestreben allerseits gefördert werden, um der breiten Masse auch für die Zukunft den Erwerb der nötigsten Bekleidungsstücke zu billigeren Preisen zu ermöglichen.

---

c) Vom Einsetzen der Heeresaufträge bis zum Kriegsende.

1. Die für die Forster Industrie in Betracht kommenden Kriegsverbände.

Da die Selbstverwaltung und Kartellierung im Spinnstoffgewerbe vor dem Kriege nicht genügend ausgebaut war, um während des Krieges die Aufgaben einer zentralgeleiteten Wirtschaftsordnung selbständig zu erfüllen, sah sich die Regierung genötigt, neue Verbände zur Ausführung dieser Aufgaben ins Leben zu rufen. Für die Forster Industrie waren diejenigen Kriegsorganisationen von Bedeutung, die die Militärtuchlieferungen zwischen den Fabrikanten und der Heeresverwaltung vermittelten und den einzelnen Fabriken das ihrer Leistungsfähigkeit entsprechende Rohmaterial zur Verfügung stellten.

Als erster Kriegsverband wurde der sog. „Kriegsweberverband“[1] am 14. November 1914 vom Kriegsministerium (Bekleidungsabteilung) gegründet. Er hatte unter Mitwirkung der industriellen Kreise für die Beschaffung von Heeresaufträgen zu sorgen und bei deren Verteilung die vorhandene Eigenart der betreffenden Fabrikation zu berücksichtigen. Dieser Verband sowie der ihm am 16. Dezember 1914 beigeordnete „Kriegstuchverband“ erteilten auf Anweisung der Kriegsbekleidungsämter und seit Februar 1915 mittels des bereits erwähnten Bekleidungs-Beschaffungsamts Berlin Aufträge in Militär-

1) Vergl. Denkschrift über die Begründung des Kriegsweberverbandes (unveröffentlicht). Das Kriegsministerium hatte ohne tätige Beihilfe der Interessenten nicht die Möglichkeit, die von ihm zu vergebenden Aufträge an die einzelnen Webereien gerecht und nach ihrer im einzelnen nicht bekannten Leistungsfähigkeit zu verteilen.

tuchen[1] an ihre Mitglieder[2]. Die Verpflichtung, welche die Mitglieder der Verbände für die Ausführung der Aufträge übernahmen, waren statutenmäßig genau festgelegt. Als Grundlage für die Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe wurde das letzte Friedensjahr angenommen. Während der Kriegstuchverband die im Frieden üblichen Militäraufträge in reiner Wolle verteilte, gab der Kriegsweberverband die sog. „Ersatzstoffklassen“ heraus: das waren diejenigen Militärtuche, die zur Streckung der Fabrikation eingeführt wurden und in verschiedene Kategorien eingeteilt waren.

Im Dezember 1914 setzte die Tätigkeit der Verbände durch Umfragen über die bisher fertiggestellten Mengen an Militärstreichgarn- und Streichgarnersatzstoffen ein. Es handelte sich um die Feststellung derjenigen Aufträge, die von den deutschen Kriegsbekleidungsämtern oder den Zwischenhändlern in Auftrag genommen waren, um einen festen Boden für ihre nunmehr einsetzende Tätigkeit zu bekommen. Für die Verteilung der Rohstoffe wurden zwei weitere Verbände gegründet, deren einer die Interessen der Streichgarnindustrie und der andere diejenigen der Kammgarnindustrie vertrat. Für Forst kam der erstere Verband in betracht, die „Kriegswollbedarfs-Gesellschaft A.-G.“ (K. W. B.)[3], deren Tätigkeit infolge der zunehmenden Rohstoffknappheit immer komplizierter und umfangreicher wurde. Durch Festsetzung von Höchstpreisen wie durch genaue Preiskalkulationen bei Ausführung von Aufträgen konnte den allenthalben einsetzenden Preissteigerungen Rechnung getragen werden, wie noch später dargelegt wird. Dadurch war dem Unternehmer das Hauptwerkzeug des privatwirtschaftlichen Systems, die Selbständigkeit des Handelns, völlig genommen.

Die zunehmende Rohstoffknappheit führte zu einer Verschmelzung aller an der Militärtuchherstellung beteiligten Industriekreise, die am 15. Juli 1915 durch Gründung des sog. „Kriegs-Garn- und Tuchverbandes“[4] (K. G. T.) stattfand. Dieser Verband, der die Mitglieder des Kriegsweber- und Kriegstuchverbands in sich aufnahm, bildete die Zentralstelle für die Versorgung der gesamten deutschen Wollindustrie mit Heeresaufträgen. Die genauen Vorschriften über die

1) Als Militärtuche kamen 1. Mannschaftstuche (in verschiedenen Schweren), 2. Decken (Mannschaftsdecken und Woylachs), 3. andere Heeresbedarfsartikel aus Wollstoff in betracht.

2. Vergl. Satzung des Kriegsweberverbands § 1.

3) Vergl. Kriegswollbedarfs-Ges. (K. W. B.). Eine Denkschrift über ihre Gründung, Entwicklung und Organisation 1916 (nur in 3 Exemplaren vorhanden) auf Grund eines Vortrags des Direktors der K. W. B. Herrn Franz Pariser.

4) Vergl. Satzung des K. G. T. §§ 3 und 4.

Herstellung der Tuche in den einzelnen Phasen der Verarbeitung waren in dem sog. „Handbuch des Kriegs-Garn- und Tuchverbands“[1] niedergelegt. Jeder dem Verbande angeschlossene Fabrikant war zur genauen Einhaltung der darin angegebenen Richtlinien verpflichtet.

Diejenigen Mitglieder der Kriegsverbände, die sich nicht mit ihrer vollen Zahl von Webstühlen und Spindeln dem genannten Verbande angeschlossen hatten, übernahmen die Herstellung von Kriegsdecken. Die Verteilung dieser Aufträge lag in den Händen des im November 1915 gegründeten „Kriegsdeckenverbandes“[2]

Im folgenden sei kurz auf die Bedeutung der erwähnten Höchstpreise und Preiskalkulationen eingegangen, die für das Wesen des kriegswirtschaftlichen Systems von Bedeutung sind. Die Knappheit an Rohstoffen hatte ungeheuere Preissteigerungen für Rohmaterialien für Halb- und Fertigfabrikate zur Folge gehabt. Da der Staat als Hauptverbraucher am stärksten unter dieser abnormen Preisbildung litt, trat er diesem Treiben durch Höchstpreisbestimmungen[3] entgegen. Der Höchstpreis sollte dem Verkehr die schwindende Sicherheit zurückgeben, Wucher und Zurückhaltung leichter erkennen lassen und ihre wirksame Verfolgung unterstützen. Allgemein bestand nämlich die Ansicht, daß die staatliche Regelung der Preise eine Verbilligung der Marktpreise hervorrufen werde, und das Erstaunen war groß, als gerade das Gegenteil eintrat. Jedenfalls bewirkten die Höchstpreisbestimmungen, daß die Preise der vom Gesetz nicht betroffenen Materialien gewaltig in die Höhe schnellten und zu ungeheuren Preisen in den freien Handel übergingen, sodaß die Heeresverwaltung sie nicht zu erfassen vermochte. Überall wurden die Höchstpreise zu Mindestpreisen gemacht. Als sich schließlich die Unbrauchbarkeit der Höchstpreise herausgestellt hatte, wurden anstelle starrer Gesetze die beweglichen Vernungen der Militärbefehlshaber erlassen, sowie verwaltungsmäßige oder vertragliche Bindungen eingeführt. Obwohl die Höchstpreisverfügungen auf dem Gebiete des Wollengewerbes theoretisch bis zum Kriegsende in Kraft blieben, ermächtigte der Reichskanzler die Kriegswollbedarfsgesellschaft jederzeit zur Überschreitung der Höchstpreise, wenn es

1) Vergl. Handbuch des Kriegs-Garn- und Tuchverbandes (Neuauflage 1916) S. 12.

2) Vergl. Handbuch des Kriegsdeckenverbandes.

3) Die erste Regelung der Preise für Wolle erfolgte durch die Höchstpreisverordnung des Bundesrats vom 24. 12. 1914 (R. G. Bl. S. 545). Diese Verordnung nahm den rund doppelten Friedenspreis als Grundlage ein, während die Käufe auf dem freien Markte damals schon den 2½fachen Friedenspreis erreicht hatten.

den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprach. Die gegen Ende des Krieges bewilligten erheblichen Preisaufbesserungen waren meist ausdrücklich zur Erhöhung der Arbeitslöhne bestimmt, als Ausgleich für die im Laufe des Krieges gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Was die Preiskalkulationen betrifft, so war die erste Maßnahme der neugeschaffenen, zentralen Leitung die Festsetzung einer Norm für Mannschaftstuche, deren Preise nach bestimmten Einheitssätzen reguliert wurden. Dadurch war naturgemäß auch die Berechnung der Verarbeitungskosten für die Militärtuche erleichtert. Auf Grund eines im Laufe der Zeit ausgebauten Kalkulationsschemas wurden bestimmte Durchschnittspreise ermittelt, die den Schwankungen in der Preisbildung angepaßt waren und dem Fabrikanten 5 % Gewinn außer reichlichen Gestehungskosten ließen. Eine Änderung der jeweiligen Kosten kam durch die Verschiebung in der Zusammensetzung der von der „Kriegsrohstoffabteilung" zugeteilten Rohstoffmengen zustande. Auch die Rücksicht auf die wirtschaftliche Gesamtlage, die sich mit der Dauer des Krieges und der damit in Verbindung stehenden Verteuerung der Produktion durch Kohle und Löhne usw. wesentlich verschob, spielte dabei eine große Rolle. Bei jeder Veränderung in der Zusammensetzung der zugeteilten Rohstoffmengen reichten die Fabrikanten ihre Preiskalkulationen ein, die dann durch das Bekleidungsbeschaffungsamt einer Prüfung unterzogen wurden[1].

Zum Schlusse sei eine Darstellung über die Art der Geschäftsverbindungen zwischen den Fabrikanten und den einzelnen Kriegsverbänden angefügt: Die Kriegsbekleidungsämter, die die Versorgung der einzelnen Armeekorps mit Heeresbekleidungsstoffen zu überwachen hatten, wandten sich mit ihrem Bedarfe an ihre Zentralstelle, das „Bekleidungsbeschaffungsamt". Von dieser Stelle aus wurde zunächst der Gesamtbedarf aller preußischen Armeekorps festgestellt und der „Kriegsrohstoffabteilung" die Zusammenstellung der dazu erforderlichen Rohstoffe überlassen. Waren die nötigen Rohstoffe vorhanden, so übertrug die „Kriegsrohstoffabteilung" die Aufträge sofort dem „Kriegs-Garn- und Tuchverband", der die weitere Verteilung an seine Mitglieder in der vorher beschriebenen Weise vornahm. Die beteiligten Fabrikanten erhielten dann auf Veranlassung

1) Ein fingiertes Zahlenbeispiel der Preisberechnung für Militärtuche (Zwirn-, Garnbedarf Streichgarnpreise, Kosten des Zwirngarns und pro Stück Tuch, Fertigstücklänge) gibt Claren a. a. O. S. 52ff.

der „Kriegsrohstoffabteilung" die entsprechenden Rohstoffmengen von der „Kriegswollbedarfsgesellschaft" zugeteilt[1]. Die weitere Regelung der Produktion, also die Vermittlung der Spinnstoffzuteilung, sowie die Anweisungen für Spinnerei und Weberei erfolgten durch den „Kriegs-Garn- und Tuchverband", durch dessen Vermittlung die Halbfabrikate weiterhin von der Spinnerei zur Zwirnerei und schließlich zur Weberei geleitet wurden, falls die einzelnen Produktionsstufen nicht in einer Hand vereinigt waren. Die Fertigfabrikate überwies der „Kriegs-Garn- und Tuchverband" den Bekleidungsämtern, die sie zu Bekleidungsstücken verarbeiten ließen. Die Bezahlung der abgelieferten Tuche erfolgte direkt durch die Kriegsbekleidungsämter.

Dieses Grundschema blieb im wesentlichen während des ganzen Krieges erhalten, außer der gegen Ende 1915 vorgenommenen Abänderung, daß die Verteilung von Deckenaufträgen an Stelle des „Kriegs-Garn- und Tuchverbands" der bereits genannte „Kriegsdeckenverband" übernahm. Diese Verknüpfung der Geschäftsverbindungen zeigt die komplizierte und bürokratische Betriebsweise der Kriegswirtschaft, an die sich der Fabrikant erst gewöhnen mußte und die das sonst so flüssige Geschäftsleben sehr erschwerte.

2. Die Beteiligung der Forster Industrie an Kriegslieferungen, sowie die Lage der Produktion für Zivilbedarf.

Die meisten der Forster Tuchfabrikanten schlossen sich den Kriegsverbänden an, um sich dadurch eine gleichmäßige Beschäftigung ihrer Betriebe zu sichern. Der Forster Fabrikanten-Verein, als Interessenvertretung der Forster Buckskinfabrikation, trat schon im November 1914 für den Anschluß an die Kriegsverbände ein, da nur durch geschlossenes Auftreten der Forster Industrie in den Verbänden technische Vergünstigungen in der Fabrikation erreichbar waren, sodaß eine umfangreiche Teilnahme an den Kriegslieferungen gesichert wurde. Vor allem lag es im Interesse der Forster Industrie, die Kriegsverbände von der Bedeutung der Kunstspinnstoffe für die Herstellung von Militärtuchen zu überzeugen, die, wie wir sahen,

1) Die K. W. B. erwarb von der K. R. A. oder von anderen Bezugsquellen (Vereinigung des Wollhandels Leipzig) die Spinnstoffe, die sie für ihre Garnlieferungsaufträge brauchte, und verkaufte die Spinnstoffe an die betreffenden Spinnereien.

schon in Friedenszeiten das Wesen der Forster Fabrikation darstellten. Dieser Aufgabe wurde besonders der in der deutschen Wollindustrie allgemein bekannte Kommerzienrat Franz Avellis, als Vertreter der Forster Interessen in den Kriegsverbänden, gerecht. Nach langen Bemühungen wurden Militärtuche mit Kammgarnkette und Streichgarnschuß, sowie auch die für die Forster Industrie belangreiche Herstellung von Streichgarnen mit Surrogatschuß zugelassen. Dadurch war auch für die Zukunft eine umfangreiche Beschäftigung der Forster Industrie für Heeresbedarf in die Wege geleitet. Die Listen der Kriegsverbände wurden gegen Ende des Jahres 1916 geschlossen[1] d. h. es wurde kein Militärtuchlieferant mehr als Verbandsmitglied aufgenommen. Durch diese Beschränkung in der Zahl der Heereslieferanten sollte denjenigen Fabrikanten, die bisher für den bürgerlichen Bedarf gearbeitet hatten, die Möglichkeit genommen werden, nach erfolgter Ausnützung der günstigen Konjunktur für den Zivilbedarf auch noch nach dieser Zeit Heereslieferungen zu übernehmen.

Werfen wir daher einen Blick auf die Lage der für bürgerlichen Bedarf arbeitenden Tuchfabrikanten. Die Herstellung von Zivilstoffen war zu Anfang des Krieges sehr gewinnbringend, da infolge der wachsenden Konkurrenz in der Herstellung von Heerestuchen der Zustrom von Waren in die bürgerlichen Abnehmerkreise stark nachgelassen hatte. Das mangelnde Angebot hatte Preiserhöhungen zur Folge gehabt, die sich viele Forster Fabrikanten zu Anfang des Krieges zunutze machten. Während aber zu Beginn des Krieges auch die Heereslieferungen den Fabrikanten große Gewinne einbrachten, hörten diese Aussichten von dem Augenblicke an auf, als die Kriegsverbände genaue Preiskalkulationen einforderten. Inzwischen hatten aber auch die Beschlagnahmebestimmungen einen solchen Umfang angenommen, daß eine Verwendung der besseren Rohmaterialien für die bürgerliche Tuchherstellung immer mehr eingeschränkt wurde und schließlich nur noch ganz minderwertige Materialien zur freien Verarbeitung übrig blieben. Trotz der aus dem neutralen Auslande eingeführten Rohstoffe sowie bestimmter Kunstwoll- und Baumwollgarne, die lange Zeit beschlagnahmefrei blieben, gelang es den Fabrikanten bei weitem nicht, dem Bedarf der Zivilkundschaft gerecht zu werden. Dafür hatten aber die Preise für

1) Bis zu Ende des Jahres 1916 hatten sich 86 Forster Tuchfabrikationsbetriebe den genannten Kriegsverbänden angeschlossen, davon 68 als Mitglieder des K. G. T. Die verhältnismäßig geringe Zahl der beteiligten Fabrikanten erklärt sich daraus, daß die meisten der Übrigen Kriegsteilnehmer waren und ihre Betriebe geschlossen hatten.

solche Tuche rasende Höhen erklommen. Die Friedensabnehmer suchten jeden verfügbaren Posten an Tuchen aufzukaufen, und es kam nicht selten vor, daß die Aufkäufer sich bei den Fabrikanten durch besondere Tauschmittel Bevorzugungen zu verschaffen suchten. Später aber, als die Beschlagnahmebestimmungen fast alle Rohmaterialien erfaßten, war die Herstellung von Zivilstoffen auf rechtmäßigem Wege kaum noch denkbar.

Der zunehmenden Not der Zivilbevölkerung an Kleidungsstoffen begegnete die Heeresverwaltung dadurch, daß sie den Heerestuchfabrikanten Aufträge in Zivilwaren erteilte, und zwar wurden ihnen neben ihren laufenden Kontingenten für Heeresbedarf Rohstoffe für die Herstellung von bürgerlichen Bekleidungsstoffen zugewiesen. Diese von der Heeresverwaltung veranlaßte Herstellung von bürgerlichen Bekleidungsstoffen diente vor allem der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung[1]. Für die stoffliche Zusammensetzung dieser Tuche galten besondere Vorschriften. Ihre Verteilung erfolgte anstatt vom „Bekleidungsbeschaffungsamt" durch die im August 1916 gegründete „Reichsbekleidungsstelle". Alle Firmen, die neben ihren Heeresaufträgen nunmehr Ziviltuchaufträge erhielten, wurden dementsprechend um ihre Aufträge in Mannschaftstuchen gekürzt. Ferner fand eine Verteilung von bürgerlichen Kleidungsstoffen durch Vermittlung der „Deutschen Tuchkonvention" und des „Verbands der Damenkonfektion- und Kostümstoffe" statt, die im Auftrage der Heeresverwaltung die sog. „Beuteware" (aus Nordfrankreich und Rußland) an die einzelnen Fabrikanten verteilten. Diese waren verpflichtet, die Tuche an ihre Friedensabnehmer zu bestimmten Preisen abzugeben, um auch dem bürgerlichen Markte wieder Waren zuzuführen.

Seit dem Jahre 1916 wurden die Materialzuteilungen immer geringer, weil sich in den einzelnen Bekleidungsämtern infolge der bisherigen umfangreichen Lieferungen und des nachlassenden Heeresbedarfs große Tuchbestände angesammelt hatten. Die deutsche Tuchindustrie konnte daher nur noch mit $^{1}/_{5}$ ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt werden. Diese ungenügende Beschäftigung der Betriebe zwang daher manchen Unternehmer zur Beschaffung anderweitiger Heeresaufträge. Aus diesem Grunde gingen seit Oktober 1916

1) Die Musterung dieser Tuche nahm der Fabrikant nach eigenem Geschmack vor; ihr Preis betrug pro Meter 18 bis 25 Mark. Die zur Verteilung kommenden Zivilwaren unterlagen dem Bezugscheinsystem (seit 31. 9. 1916).

mehrere Forster Fabriken zur **Herstellung von Papiergarnen und -Geweben** über. Während zunächst die Rohstoffe dafür im freien Handel zu erhalten waren, wurden die betreffenden Betriebe bald auf die Zuteilung derjenigen Kriegsverbände angewiesen, die die Fabrikation der Papiergewebe in ähnlicher Weise kontingentierten, wie es bei den Tuchen der Fall war. Die in Forst im Laufe der Jahre 1917 bis 1918 zur Verarbeitung gelangten Mengen Papier beliefen sich nach Schätzung eines Fachmanns auf 2 Millionen kg. Die Papiergewebe wurden für Sandsäcke, Segeltuche, Mull, Brotbeutelstoffe verwandt, die in den dortigen Ausrüstungsbetrieben je nach Bedarf gefärbt oder imprägniert wurden. Die Aufträge für den „Kriegsausschuß für Textilersatzstoffe" nahmen keinen erheblichen Umfang an, da die hierzu verwandten Rohstoffe knapp und teuer wurden und anderweitige günstigere Verwendung fanden. Andere Fabriken wurden mit der Herstellung von Zellstoffgeweben beauftragt, die aus Zellstoffmasse und Baumwollabfällen zusammengesetzt waren und zu Trikotagen und Unterkleidung für das Militär und die Arbeiter der Schwerindustrie Verwendung fanden. Mehrere Forster Spinnereien erhielten Spinnaufträge durch den „Strick- und Wirkverband". Außerdem wurden Bouretteseiden[1] versponnen, die teils vom „Kriegs-Garn- und Tuchverband", teils vom „Seidenausschuß" verteilt wurden. Andere Fabrikanten waren von amtlichen Stellen mit der Aufschließung neuer Fasern zu Spinnmaterial betraut. Dazu gehörten vor allem Ginster, Brennessel, Torf, Typha. Die Versuche führten jedoch zu keinem rechten Ergebnis und fanden nur geringe praktische Anwendung[2] für die Tuchindustrie.

Aus diesen Beispielen geht die vielfältige Beschäftigung der Forster Industrie für Heeresbedarf hervor. Die **Größe der Beteiligung an Kriegslieferungen** läßt sich aus den Tuchausgängen auf der Station Forst berechnen. Vom Jahre 1916 ab betrafen fast sämtliche Lieferungen den Heeresbedarf in irgendeiner Form, die Zahlen gestatten daher einen Schluß sowohl auf die verminderte Produktion der Forster Industrie an sich, als auch auf die Beteiligung der Forster Fabrikanten an Kriegslieferungen. Der Tuchausgang betrug auf der Station Forst in den Jahren:

1) d. h. Seidenabfälle, die nicht von den Kokons abgehaspelt wurden, sondern ähnlich wie Lumpen gerissen und gesponnen wurden.

2) Auch die Forster Webeschule machte viele Versuche über die Nutzbarmachung vegetabiler Fasern im Auftrage der Kriegsverbände und stellte aus allen möglichen Mischungen Probemuster her, die auf ihre praktische Verwendung hin geprüft wurden und vielfach als Leinwandersatz brauchbar waren.

1914	10 492 881 kg
1915	12 925 140 „
1916	7 129 449 „
1917	2 829 810 „
1918	1 828 610 „
1919	5 545 165 „

Bis Ende 1915 kamen noch Versendungen nach dem Auslande in betracht, die aber im Jahre 1915 nur noch eine Höhe von 24 570 kg erreichten und von da ab vollständig aufhörten. Die erhebliche Abnahme der Fabrikation vom Jahre 1916 an resultiert aus dem oben besprochenen Aufhören der Fabrikation für Zivilbedarf, sowie aus dem Nachlassen der Heeresaufträge, deren Bedarf mittlerweile gedeckt war. Außerdem hatten viele kleine Fabrikanten ihre Betriebe geschlossen, da sie zum Heeresdienst eingezogen wurden und über kein zur Vertretung geeignetes Personal verfügten. Immerhin gibt die vorstehende Tabelle den Rückgang der Produktion in den schlimmen Jahren 1917/1918, auf die später näher eingegangen wird, insofern allzu stark wieder, als die Militärverwaltung gerade damals, um der Notlage der Fabrikation zu steuern, auch Spinnaufträge abgab, die jedoch nicht in Forst selbst verarbeitet, sondern auf Anweisung der Kriegsstellen nach auswärts versandt wurden. Die Höhe dieser Ausgänge fällt ganz erheblich ins Gewicht, und zwar betrugen sie nach Angaben des „Forster Fabrikanten-Vereins" in den Jahren:

1916	2 598 336 kg
1917	4 536 550 „
1918	3 428 919 „
1919	2 116 970 „

3. Die Gründung einer Abteilung der Kriegswollbedarf-Aktien-Gesellschaft in Forst und deren Betätigung bei der Beschaffung und Verteilung von Kunstwollen.

Wie früher gezeigt, zwang die während des Krieges zunehmende Rohstoffknappheit, die Lumpen in höherem Maße als Streckungsmittel für die Edelrohstoffe zu verwenden. Zu Anfang des Krieges gingen wertvolle Lumpenbestände, die beim Militär anfielen, im Kriegsgebiet und in der Etappe verloren. Später wurde auch dort das Material sorgsam gesammelt. Die im Anfang des Jahres 1916 eingesetzte sog. „Reichswollwoche" hatte den Zweck, alle in den

Privathaushalten entbehrlichen und wertlosen Wollmaterialien der Produktion von neuem zuzuführen. Vor allem aber mußte sich die „Kriegswollbedarfsgesellschaft“ auf den bestehenden Lumpenhandel zu stützen versuchen. Dieser bezog im allgemeinen seine Materialien sowohl aus der Produktion (Sammlung der Reststücke aus der Konfektion und Tuchherstellung) wie aus der Konsumtion (Sammlung der Abfälle aus den Haushalten). Auf die Dauer ließen sich auf diesem Wege allein die nötigen Materialien an Kunstwolle wegen der umfangreichen Preistreibereien nicht beschaffen. Es erfolgte daher die Beschlagnahme einiger Lumpentypen am 1. Dezember 1915, die aber für die übrigen Lumpenarten zu solchen Preissteigerungen führte, daß am 16. Mai 1916 sämtliche Lumpen und Stoffabfälle beschlagnahmt wurden. Zugleich wurde eine Höchstpreisverfügung erlassen, die allen wilden Preisgestaltungen ein Ende machen sollte und den Lumpengroßhandel endgültig in den Dienst der „Kriegswollbedarfsgesellschaft“ stellte.

Für die Herstellung der Kunstwolle bediente sich die „Kriegswollbedarfsgesellschaft“ in den einzelnen Industriegebieten einer Anzahl Reißereien. Ursprünglich war die Gründung einer besonderen modernen Kunstwollfabrik in Forst vorgesehen. Dank der großen Leistungsfähigkeit der Forster Industrie auf dem Gebiete der Kunstwollherstellung begnügte sie sich aber damit, im Februar 1916 eine Abteilung der „Kriegswollbedarfsgesellschaft“ in Forst zu gründen, die die Verteilung der Lumpen an die Reißer und die Abrechnung in selbständiger Weise vornahm.

Die zunächst für die „Kriegswollbedarfsgesellschaft“ mit 16 Maschinen arbeitenden 6 Reißereien standen nunmehr ausschließlich im Dienste dieser Kriegsgesellschaft. Wegen der damals noch bestehenden Freizügigkeit in der Fabrikation für den privaten Bedarf stieß die Militärbehörde beim Anwerben neuer Betriebe auf große Schwierigkeiten. Als aber die Produktion für den Zivilmarkt nachgelassen hatte, gliederten sich immer mehr Reißereien an, da ihnen eine gleichmäßige Arbeitsgelegenheit geboten war. Ihre Höchstzahl betrug 94, daneben gab es noch 6 Lohnschäkereien (Entstaubungsanlagen für Lumpen), 2 Lohnwäschereien und 22 Droussetten (feine Reißmaschinen für die Bouretteseiden) für die Pulverbeutelstofffabrikation.

Auf Antrag der „Kriegsrohstoffabteilung“ wurde ferner am 1. Dezember 1917 in Forst eine amtliche „Lumpensortieranstalt“

mit zunächst 30 Sortiererinnen eingerichtet. Ihre Aufgabe bestand darin, die aus allen Gegenden des Inlands und der besetzten Gebiete stammenden Rohlumpen zunächst von den ihnen anhaftenden Bakterien zu befreien[1], zu entstauben, zu säubern und nach verschiedenen Qualitäten zu sortieren. Die fertig sortierten Lumpen wurden in Säcke verpackt und nach besonderen Angaben an die Reißereien zur Herstellung von Kunstwollen verteilt. In dieser Anstalt wurden bis zu Kriegsende etwa 3 Millionen kg sortiert. Die Zahl der darin beschäftigten Personen betrug 234, darunter 120 Sortiererinnen. Während in der ersten Zeit die fertiggestellten Kunstwollen an auswärtige Kunstwollsammellager überwiesen wurden, gingen diese seit 1917 in das Forster Kunstwollsammellager über. Die Forster Filiale hatte vor allem Kunstwollen für die Deckenfabrikation einzulagern und deren Zuteilung an die Deckenhersteller zu überwachen. Außerdem verwaltete das Lager einen großen Teil beschlagnahmter Wollen und Wollabfälle. Die Verteilung der Bestände blieb im wesentlichen auf den Niederlausitzer Industriekreis beschränkt, weil die Lausitz ganz besonders an der Herstellung von Militärstoffen beteiligt war.

Weiter bestand ein Sacksammellager, wo sämtliche von der Forster Abteilung benützten Säcke aufgestapelt wurden. Dieses Lager umfaßte drei Abteilungen: In der ersten wurden die Säcke bei ihrer Ankunft geprüft und nach ihrer Brauchbarkeit sortiert. Ganz unbrauchbare Säcke wurden zu Jutestücken zerschnitten und in Preßballen dem Lager zugeführt. In der zweiten Abteilung fand eine feinere Sortierung der flickfähigen Säcke statt. Die fertigsortierten, gepreßten und mit Stempelzeichen versehenen gebrauchsfähigen Säcke fanden schließlich in der dritten Abteilung Aufnahme.

Durch die inzwischen eingetretene Beschlagnahme der von der Fabrikation für Zivilbedarf herrührenden sog. „Mischgarne“ wurde im Jahre 1917 ein Garnsammellager erforderlich, um die den Fabrikanten enteigneten Garne zu übernehmen und diese nach besonderen Anweisungen wieder zur Verarbeitung zu bringen. Die aufgestapelten Garne wurden nach eingehender Prüfung der „Woll- und Garnverwertungsstelle“ zur Verfügung gestellt. Das Garnsammellager erhielt dann von dort aus durch Vermittlung des K. G. T. Anweisungen über die Verwendung der Garne.

1) Die Entkeimung und Entstaubung der in großen Massen ankommenden Lumpenmaterialien erfolgte durch fünf Entkeimungsapparate. Zur Entstaubung dienten fünf Lumpenreinigungsmaschinen mit elektrischem Kraftantrieb. Der gesammelte Staub wurde in Ballen gepreßt und fand für die Dachpappenfabrikation und die Düngemittelbereitung Verwendung.

Der umfangreiche Aufbau der in Forst gegründeten Abteilung der „Kriegswollbedarfsgesellschaft“ zeigt, wie sehr die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen in das innere Gefüge der Industrie eingriffen. Dadurch erlangte die Heeresverwaltung eine gute Übersicht über ihre Teilaufgaben und wurde in die Lage versetzt, je nach Bedarf den Betrieb einzuschränken oder zu vergrößern. Die Unterbringung der neuen Stellen stieß in Forst auf große Schwierigkeiten, da sich die Eigentümer mit der Abgabe von Räumen nicht immer einverstanden erklärten. Ferner bedurfte der Beamtenapparat, der sich zum großen Teil aus Tuchfabrikanten, Handelsagenten und anderen Fachleuten der Wollindustrie zusammensetzte, erst einer gewissen Zeit des Einarbeitens. Als die Heereslieferungen nachließen und ein Teil der Forster Betriebe wirtschaftlich nicht mehr genügend ausgenützt werden konnte, erwies sich diese kriegswirtschaftliche Einrichtung als ein großer Segen für die Aufrechterhaltung des gewerblichen Lebens der Stadt. Viele Arbeiter, die infolge der ungünstigen Geschäftslage veranlaßt waren, auswärts eine neue Arbeitsmöglichkeit zu suchen, fanden in den Betrieben der „Kriegswollbedarfsgesellschaft“ gleichmäßige und lohnende Beschäftigung. Dadurch nahm die Abteilung an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit teil, die sich in Forst seit der Stillegung der Betriebe stark bemerkbar machte.

Die Aufzählung der einzelnen Teilgebiete gestattet ferner einen Einblick in das fein zergliederte Reich der während des Krieges geübten Abfallverwertung und Sparsamkeitspolitik. Die hier beschrittenen Aushilfswege, gleichsam als Grundlage für eine neue deutsche Textilersatzindustrie, die seit 1916 immer mehr in den Vordergrund trat, zeigen, daß die deutsche Volkswirtschaft während des Krieges auch auf diesem Gebiete Hervorragendes geleistet hat.

4. Die Textilarbeiterfürsorge sowie die Forster Wohlfahrtseinrichtungen.

Zu Anfang des Krieges hatten viele arbeitslose Weber durch Vermittlung des Arbeitsnachweises in auswärtigen Fabriken bei Herstellung von Militärtuch Beschäftigung gefunden, während ein anderer Teil bei den Befestigungsarbeiten in der Provinz Posen unterkam. Um eine weitere Abwanderung von Arbeitern zu verhindern, hatte der Arbeitgeberverband der Lausitzer Textilindustrie zu Anfang des Jahres 1915 seinen Arbeitern folgende Kriegszulagen gewährt:

bei	6tägiger	Beschäftigung	5 %
„	5 „	„	10 %
„	4 „	„	15 %
„	3 „	„	20 %
„	2 „	„	30 %

Diese Lohnerhöhung für die minderbeschäftigten Arbeiter bewährte sich aber nicht auf die Dauer, denn sie galt nur für erwachsene Personen und genügte umso weniger, je geringer die Beschäftigung der Industrie und je ungünstiger die Lebenshaltung für alle daran beteiligten Arbeiter wurde. Diese Unzulänglichkeit war der Grund für die völlige Umgestaltung des Fürsorgewesens.

Die Notwendigkeit einer besonderen Unterstützung der Textilarbeiter stellte sich von dem Augenblicke an heraus, als die Arbeitszeit allgemein herabgesetzt wurde. Aus diesem Grunde beschloß der Bundesrat am 18. November 1915 die Einrichtung einer „Textilarbeiterfürsorge“, an der sich Reich und Bundesstaat mit $^{10}/_{12}$, Kommune und Arbeitgeber mit je $^{1}/_{12}$ Anteilen beteiligten. Der Grund für diese Trennung des Unterstützungswesens von anderen Erwerbszweigen lag einmal in der höheren Bezahlung der Textilarbeiter als qualifizierte Arbeiter, andererseits sollten die kleinen Handels- und Gewerbetreibenden von einer Beitragszahlung verschont bleiben. Da aber die Forster Arbeitgeber aus der Tuchindustrie möglichst umfangreich an den finanziellen Lasten der Textilarbeiterfürsorge beteiligt werden sollten, wurde bestimmt, daß kein Arbeiter aus Mangel an Arbeit entlassen werden durfte. Vielmehr wurde der betreffende Arbeiter so lange in den Arbeiterlisten seines alten Arbeitsplatzes weitergeführt, bis er von selbst oder durch Vermittlung des Arbeitsnachweises anderweitige Beschäftigung fand. Die Einzelheiten der Fürsorgebestimmungen regelte eine Satzung[1]. Die Unterstützungen hatten nicht etwa den Zweck, dem Arbeiter den entgangenen Arbeitslohn voll zu ersetzen, sondern sie waren nur so bemessen, daß dem Arbeiter der Anreiz zu fernerer Arbeit blieb. Die Verteilung der Unterstützungssummen auf die beteiligten Organe geht aus folgenden Zahlen hervor, die dem Fürsorgeetat der Stadtverwaltung entnommen sind. Es betrugen die Gesamtaufwendungen:

1) Als Grundlage für die Bemessung der Sätze diente die Zahl der ausfallenden Lohnstunden, wobei die Arbeitswoche gleichmäßig zu 60 Stunden berechnet wurde. Die Leistungen der Sonderfürsorge betrugen (nach § 6 der Textilarbeiterfürsorgebestimmungen) bei einem Alter von 14–16 Jahren 7 Pf., von 14–21 Jahren 12 und 10 Pf.

			Davon Reich u. Staat	Stadt	Arbeitgeber
		M	M	M	M
im Juni	1916	76849.09	64040.—	6845.59	5963.50
„ April	1917	86100.16	78925.—	932.56	6242.60
„ September	1918	105811.91	96994.20	2376.71	6441.—
		oder			
„ Juli	1916	69801.47	58167.—	6239.35	5395.12
„ „	1917	94193.01	86344.—	1002.05	6846.96
„ „	1918	141876.41	130053.—	3598.45	8224.96

Diese Zahlen zeigen, daß die Aufwendungen im Jahre 1918 im Gegensatz zu früheren Jahren erheblich größer waren und hauptsächlich vom Reiche und Staat getragen wurden, während die Zuschüsse der Arbeitgeber viel langsamer stiegen.

Seit Ende 1918 wurden die Sätze öfters revidiert, um die Unterstützungen den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Gerade in der Übergangszeit, als die Heeresmassen zurückströmten und keine sofortige Arbeitsgelegenheit fanden, wurde die Erwerbslosenfürsorge von den Forster Arbeitern als eine segensreiche Einrichtung empfunden. Bei der verhältnismäßig hohen Bemessung der Sätze war jedoch bemerkbar, daß die Unterstützungen als Prämie auf das Faulenzertum wirkten und dem Arbeiter ein leidliches Auskommen gestatteten, ohne daß er sich ernstlich um eine weitere Verdienstmöglichkeit zu bemühen brauchte.

Vom Staat und der Kommune wurden weiterhin auch Vorkehrungen zur Beschaffung von Bekleidungsstoffen und Lebensmitteln getroffen. Die Knappheit an den notwendigsten Gebrauchsgegenständen nötigte zur scharfen Rationierung aller vorhandenen Vorräte. Zu diesem Zwecke schuf die Stadt Forst kommunale Verwaltungsstellen, die die unteren Schichten der Bevölkerung mit Bekleidungsstoffen versehen sollten. Die Zuweisung von Stoffen durch die „Reichsbekleidungsstelle“ erfolgte an die von der Stadt gegründete „Stadtbekleidungsstelle“, die die empfangenen Gegenstände gleichmäßig an die Forster Detailhändler unter genau festgesetzten Preisen verteilte. Die Bekleidungsstoffe durften jedoch nur gegen Aushändigung eines Bezugsscheins an die Zivilkundschaft abgegeben werden.

Als die Zufuhr von Bekleidungsstücken knapper wurde, griff die Stadtverwaltung im Jahre 1918 auf die Altkleidersammlung zurück und beschlagnahmte alle bei den Althändlern befindlichen Bekleidungsstücke (Röcke, Hosen, Hemden, Strümpfe, Stiefel usw.) und übernahm die weitere Bewirtschaftung.

Die Zwangsbewirtschaftung der Näh-, Strick-, Häkelgarne und Zwirne, die ebenfalls im Sommer 1918 durchgeführt wurde, erwies sich aus dem Grunde als einschneidend, da der ärmeren Bevölkerung nunmehr auch das Flicken der alten Sachen unmöglich gemacht wurde. Der dringende Bedarf des Feldheeres hatte jedoch die Ausschaltung des bürgerlichen Bedarfs auch auf diesem Gebiete notwendig gemacht.

Den letzten Teil der Zwangswirtschaft von Zivilwaren bildete das Leder[1], das der Stadtbekleidungsstelle in beschränktem Umfange von der „Reichsstelle für Schuhversorgung“ zur Verfügung gestellt wurde und unter denselben Bedingungen wie die Kleidungsstücke an die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben wurde.

Eine Übersicht über die im Laufe der letzten Kriegsjahre in Forst zur Verteilung gelangten Mengen geben die Tabellen auf S. 58. Die darin aufgeführten Zahlen zeigen, daß im Laufe des Jahres 1917 die größten Mengen zur Verteilung kamen, während schon im Jahre 1918 die Zuteilung stark zurückging. Da gerade diese Jahre die stärkste Einschränkung des freien Handels bedeuteten, war die Zivilbevölkerung während dieser Zeit fast ausschließlich auf diese Zufuhren angewiesen. Es braucht kaum hinzugefügt zu werden, daß die Menge der verteilten Gegenstände im Verhältnis zur Bevölkerungszahl der Stadt sehr gering war.

Zum Schluß sei eine soziale Maßnahme der Stadtverwaltung erwähnt, die gleich zu Anfang des Krieges eingeführt wurde, als sich die Lebensmittelknappheit bemerkbar machte: das war die Einrichtung der sog. „Kriegsküchen“, die wie in Forst auch in den meisten deutschen Städten entstanden und sich gut bewährten. Es wurden deren vier, und zwar „Volksküchen“ angelegt, die derart in der Stadt verteilt waren, daß die darauf angewiesenen Personen keinen allzu weiten Weg hatten. Die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtungen zeigte sich in dem Maße ihrer Beanspruchung. Die Höchstzahl der in einem Monat ausgegebenen Portionen betrug 205 046 (Monat August 1917). Da die Küchen nur Mittagsessen abgaben, bedeutet diese Zahl, daß sie in maximo etwa $^1/_6$ der ganzen Bevölkerung benutzte

1) Vergl. Bekanntmachung über die Sonderzuteilung von Bodenleder an öffentliche Behörden (18. 4. 1918).

oder 1/4 aller Arbeiter. Dadurch wurde zugleich die Einsetzung besonderer Fabrikküchen erspart.

Zusammenstellung der durch die Stadtbekleidungsstelle Forst zur Verteilung gelangten Stoffe:

Jahr	Stoffe zur Oberkleidung in Meter	Wäsche und Futterstoffe in Meter	Fertige Oberkleidung für Männer und Knaben in Stück	Fertige Oberkleidung für Frauen und Mädchen in Stück	Fertiges Unterzeug in Stücke	Strümpfe und Socken in Paar
1916	4122.60	4545.07	2683	2655	5082	2991
1917	14862.68	13987.22	8756	9819	12483	8129
1918	10708.23	2633.05	3438	5973	7685	7039
1919	7565 80	635.80	677	203	1790	—
	37261.31	21801.14	15554	18650	27040	18159

Baumwollnähfäden in Rollen zu je 200 m
Zugewiesen sind 22 940 Rollen.

Strickgarne in Lagen zu je 50 gr
Zugewiesen sind 420 Lagen zu je 50 gr.

Strickgarn in Docken zu je 20 gr
Zugewiesen sind 650 Docken zu je 20 gr

Stopfgarn in Wickel zu je 5 gr
Zugewiesen sind 4820 Wickel zu je 5 gr

Leinen-Nähzwirn in Wickel zu 20/25
Zugewiesen sind 1040 Wickel

Nähgarn 4000 Kärtchen

Sohlenleder für Unbemittelte

1. Rate	124	kg
2. „	126	„
3. „	122	„
4. „	62	„
5. „	74	„
	508	kg

5. Die Zusammenlegung der Betriebe (Anfang 1917).

a) Die allgemeinen Grundsätze der Zusammenlegung und der Entschädigung.

Gegen Ende des Jahres 1916 war der Beschäftigungsgrad der meisten Fabriken in der Weberei zum Teil bis auf 10—15%, in der Spinnerei bis auf 25% ihrer Leistungsfähigkeit gesunken. Diese ungenügende Ausnützung der Betriebe hatte eine unzureichende Beschäftigung der Arbeiter sowie eine unzweckmäßige Verwendung der Maschinen, der Kohlen und der Transportmittel zur Folge. Daher erschien eine möglichst durchgreifende Einschränkung und Zusammenfassung aller Kräfte geboten. Diese Gedanken suchte das am 6. Dezember 1916 geschaffene „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" zu verwirklichen, das neben einer zweckmäßigen Verteilung der Arbeitskräfte auf eine wirtschaftliche Ausnützung der Betriebe hinwirkte. Zu diesem Zwecke sollte nur eine beschränkte Anzahl sog. „Höchstleistungsbetriebe" in Gang erhalten bleiben, während man die größte Zahl der übrigen Werke stillzulegen gedachte.

Die ersten Vorarbeiten zu dieser folgenschweren Auslese von Betrieben rührten vom „Kriegs-Garn- und Tuchverband" her. An der Ausarbeitung des von der Regierung vorgeschlagenen Programms für die Zusammenlegung und Entschädigung der Textilbetriebe, sowie an den weiteren Ausführungsarbeiten nahm der bereits erwähnte Kommerzienrat Avellis aus Forst regen Anteil. Er zeichnete sich vor allem dadurch aus, daß er die persönlichen und lokalen Rücksichten den vaterländischen Interessen unterordnete. Die dabei beobachteten Grundsätze sind folgende[1]: Die Verteilung der Heeresaufträge fand von nun an in der Weise statt, daß prinzipiell nur noch sog. Voll- oder Höchstleistungsbetriebe weiter beschäftigt wurden: das waren diejenigen Firmen, die sämtliche Produktionsstufen, also Spinnerei, Weberei, Walkerei, Färberei und Appretur umfaßten. Unter diesen Vollbetrieben wurden solche bevorzugt, die außerdem noch Zwirnerei und Reißerei hatten und eine möglichst große Zahl aller Abteilungen ihrer Fabrikation in einem zusammenhängenden Fabrikgebäude beherbergten.

Nur in zweiter Linie und bei besonderem Bedarfe sollten sog. „Aushilfsbetriebe" zur Weiterarbeit herangezogen werden. Zu diesen Betrieben wurden diejenigen gerechnet, die den Vollbetrieben

1) Eine ausführliche Darstellung der hier skizzierten Organisationsfragen behandelt die erwähnte Schrift von Dr. Claren, der als Fachmann eine klare Uebersicht über die einzelnen, hier nur gestreiften Punkte gibt.

entsprechend eine nächstgroße Zahl von Produktionsstufen in einer Hand vereinigten und besonders solche, die die ihnen fehlenden Glieder der Produktion aus der Nachbarschaft heranziehen konnten. Wenn z. B. Aufträge nur einem von mehreren gleichwertigen Betrieben gegeben werden konnten, so wurde der Leistungsfähigste bevorzugt, d. h. derjenige, der mit verhältnismäßig billigen Energiekräften arbeitete oder bei dem besondere Kohlenersparnis möglich war. Allen Fabrikanten wurde ferner durch Rundschreiben und besondere Anweisungen der sparsame Verbrauch an allen Produktionsmitteln, sowie an Licht und Heizung dringend ans Herz gelegt.

Für die Übergangszeit wurden außer den 120 zunächst vorgesehenen Vollbetrieben weitere 94 Vollbetriebe aushilfsweise zur vorläufigen Weiterbeschäftigung zugelassen, bis sämtliche Hochleistungsbetriebe in der Lage waren, ihre Tätigkeit im geforderten Umfange aufzunehmen. Die Mitglieder, deren Betriebe von der Zusammenlegungskommission stillgelegt wurden, durften noch ihre laufenden Aufträge erledigen.

Die den stillgelegten Betrieben zugebilligten Entschädigungssummen wurden von den weiterarbeitenden Betrieben aufgebracht. Diese erhielten neben dem ihnen schon vor der Zusammenlegung gewährten Kontingent ein sog. „Zusatzkontingent", das etwa den Aufträgen entsprach, die der einzelne Hochleistungsbetrieb gewissermaßen von den stillgelegten Betrieben übernahm. Die aus der Zusatzmenge sich berechnenden Mehrverdienste wurden an eine Entschädigungskasse abgeführt, aus deren Erlös die stillgelegten Betriebe schadlos gehalten wurden. Als Grundlage für die Entschädigungssätze diente das Auftragsjahr 1916.

Anspruch auf eine Entschädigungssumme hatten nur solche Mitglieder des „Kriegs-Garn- und Tuchverbands", die bereits vor der Stillegung Heeresaufträge gehabt hatten. Späterhin wurde noch eine Gruppe von Kriegsteilnehmern in den Ring der Entschädigungsberechtigten aufgenommen, deren Werke seit Kriegsbeginn stillgelegen hatten. Die Höhe der gezahlten Entschädigung richtete sich nach der friedensmäßigen, technischen Einrichtung der Betriebe. Wenn ein Betrieb von anderen Kriegsverbänden Heeresaufträge übernommen hatte, so erfolgte die Berechnung nach einem bestimmten Schlüssel, der auf Grund der halbamtlichen Meldungen festgelegt war, die sämtliche Mitglieder dem K. G. T. monatlich über ihre anderweitige Beschäftigung zu erstatten hatten.

Die Interessen der stillgelegten Betriebe fanden durch den im März 1918 in Dresden gegründeten „Verband der stillgelegten Betriebe für Wolle und Halbwolle" Vertretung, der aber wegen seines späten Entstehens wenig Einfluß auf die Notlage der stillgelegten Betriebe auszuüben vermochte.

Bemerkenswert ist, daß es nicht gelang, den Kreis der Höchstleistungsbetriebe auf die Zahl derer zu beschränken, die anfänglich dafür vorgesehen waren. Die Beschäftigung der sog. „Aushilfsbetriebe" wurde auch weiterhin beibehalten, da man allzu umfangreiche Arbeiterabwanderungen vermeiden wollte. Da die Zahl dieser weiterarbeitenden Betriebe ganz erheblich war, sank der Beschäftigungsgrad der Höchstleistungsbetriebe in solcher Weise, daß deren programmäßige Ausnützung hinfällig wurde. Außerdem wurde die rationelle Verwendung der vorhandenen Kräfte dadurch illusorisch gemacht, daß viele Fabrikanten zur Herstellung von Ersatzwebstoffen übergingen. Auch eine Ersparnis an Transportmitteln konnte nicht erreicht werden, weil überall die Umständlichkeit des zentralen Verwaltungsapparates hervortrat. Das Mißglücken der erstrebten Ziele ist außer den angegebenen Faktoren auf die Verschiedenheit der Betriebsformen innerhalb der deutschen Wollindustrie zurückzuführen. Selten zeigt ein Industriezweig in der Art der Arbeitsteilung und der Verteilung der Produzenten auf die einzelnen Stufen der Verarbeitung solche Unterschiede wie die Wollindustrie[1].

Daher ist es begreiflich, daß für diejenigen Zweige der Wollindustrie, in denen der integrierte Großbetrieb vorherrscht (Kammgarnindustrie), die Schädigungen der Zusammenlegung geringer waren als für solche Teile der Industrie, bei denen wie in Forst die Unternehmungen sich größtenteils auf einzelne Produktionsstufen beschränken.

1) Diese Eigenart der Wollindustrie hebt Schwiedland durch folgende Worte hervor (vergl. Soz.-Oekonom. Bd. VI, S. 33): „So kaufen Wollweber Schafwolle und lassen sie durch Spinnereien zu Garn der gewünschten Art bereiten . . . . Färbereien, Druckereien und Appreturen besorgen das Färben, Bedrucken und Ausrüsten der Gewebe im Auftrage der Weber. Diese Teilung der Produktion ermöglicht auch kleineren Webereien die Entstehung." Diese Zeilen beleuchten treffend die Differenzierung innerhalb der Wollindustrie, die es auch erklärlich macht, daß die Kartellierungsbestrebungen auf diesem Gebiete vor dem Kriege zu keinem befriedigenden Ergebnis kamen.

b) Die besonderen Wirkungen in Forst

aa) Für die Fabrikation.

Die erzwungene Zusammenlegung der Textilbetriebe bildet in der Geschichte der Forster Industrie eine Zeit trübster Erinnerung. Die strenge Durchführung der Zusammenlegung, deren Idee im wesentlichen auf die Groß- und Vollbetriebe zugeschnitten war, rief für die dortigen kleinindustriellen Teile der Industrie schwere wirtschaftliche Schädigungen hervor. Da aber die Forster Kleinindustrie im Verhältnis zur gesamten deutschen Wollindustrie eine Ausnahmestellung einnahm, bedeutete es für die Regierung eine schwere Aufgabe, innerhalb ihres Programmes den Wünschen der kleinindustriellen Kreise gerecht zu werden. Selbstverständlich hatte die Regierung andererseits bei der in der Stunde der Not gebotenen Durchführung dieses neuen Sparsystems die Pflicht, den benachteiligten Kreisen nach bestem Können zu helfen.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Lage der Forster Industrie zu Beginn der Stillegung: Dem „Kriegs-Garn- und Tuchverband", der die Verteilung der Aufträge für Kriegstuchlieferungen vornahm, hatten sich bekanntlich 68 Forster Fabrikanten angeschlossen, von denen nur 34 Fabrikanten Tuche vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat unter einer Firma herstellten, und zwar im ganzen mit etwa 1376 Webstühlen. Die übrigen Mitglieder waren teils auf Weberei und Spinnerei, teils auf Weberei und Zwirnerei oder auch nur auf eine dieser Stufen eingerichtet (vergl. Tabelle der Anm.[2] auf S.63). Aus den angeführten Grundsätzen der Zusammenlegung geht hervor, daß von diesen Mitgliedern nur die 34 vollstufigen Betriebe als Höchstleistungsbetriebe zur Weiterarbeit herangezogen werden konnten. Die übrige Kleinindustrie dagegen war nur in zweiter Linie verwendbar, da infolge der Zersplitterung in der Produktion eine rationelle Massenherstellung von Fertigfabrikaten vereitelt wurde. Es fragte sich nur, ob der Nutzen, der durch die künstliche Zusammenfassung der Produktion auf der einen Seite erzielt wurde, den Schaden aufwog, der der deutschen Volkswirtschaft andererseits durch die Stillegung der Kleinindustrie entstand. Nach einer Aufstellung des Forster Fabrikanten-Vereins[1] waren z. Zt. der Stillegung etwa

1) Von den 161 Tuchfabrikationsbetrieben waren 86 den Kriegsverbänden (davon 68 dem K. G. T., die anderen dem Kriegsdeckenverband) angeschlossen, während die übrigen keinem Verbande angehörten. Die Zahl der dem Kriegsdeckenverband angeschlossenen Mitglieder betrug in Wirklickeit 45, aber die meisten dieser Mitglieder gehörten gleichzeitig dem K. G. T. an.

Der Ausdruck „Tuchfabrikationsbetrieb" soll nur zum Ausdruck bringen, daß der Betrieb eine Weberei besaß, der bald mehr, bald weniger Zwischenglieder der Produktion angeschlossen waren.

161 Tuchfabrikationsbetriebe im Gange. Außerdem gab es etwa 37 Lohnspinnereien, von denen nur ein geringer Prozentsatz (8) dem „Kriegs-Garn- und Tuchverband" angeschlossen war, da die Spinnereien bis zur Stillegung durch Spinnaufträge verschiedener anderer Kriegsverbände reichliche Beschäftigung hatten. Die 58 Reißereien und 10 Färbereien standen, wie schon oben erwähnt, (vergl. S. 52 ff.) zum großen Teil im Dienste der „Kriegswollbedarfsgesellschaft" und waren auch weiterhin genügend beschäftigt. Desgleichen war die Lage der Lohnausrüstungsbetriebe (20 Appreturen, 22 Walkereien) bis zum Einsetzen der Stillegung zufriedenstellend, da deren „Kundenbetriebe"[1] ebenfalls gute Beschäftigung hatten.

Als die Stillegung durchgeführt wurde, erkannte die Kommission von den 161 Tuchfabrikationsbetrieben tatsächlich nur die 34 bereits genannten Betriebe[2] als Höchstleistungsbetriebe an, während den übrigen keine weiteren Heeresaufträge gegeben wurden. Am schwersten litten unter der Stillegung die „Tuchfabrikanten in Pachtbetrieben", weil sie die größte Zahl der Forster Fabrikanten (125) ausmachten. Diese für Forst typische Art der Unternehmer hatte keine Berücksichtigung in den Zusammenlegungsbestimmungen gefunden, weil nirgends an anderer Stelle das Pachtwesen so stark vorkommt, wie gerade in Forst. Die 37 Pachtfabriken hätten den Anspruch auf eine Berücksichtigung als Vollbetriebe gehabt, wenn die Zusammenlegung mit Rücksicht auf die Objekte (Fabrikgebäude), anstatt der Subjekte (Fabrikanten) erfolgt wäre. Ein großer Teil der als „kriegswichtig" für Heeresbedarf weiterarbeitenden Unternehmungen, die einzelne Räumlichkeiten an sog. Pächter abgegeben hatten, konnten daher ihren Betrieb von dem Augenblick an nicht mehr voll ausnützen, als die Pächter gezwungen waren, ihren Betrieb einzustellen. Ferner besaßen mehrere Höchstleistungsbetriebe außer ihren eigenen Fabriken noch einzelne Betriebsabteilungen in fremden Fabrikgebäuden, die ihnen pachtweise

1) Das sind diejenigen kleinen Fabrikanten, deren Fabrikationseinrichtungen keine eigene Ausrüstungabteilung enthalten und die ihre rohen Fertigfabrikate den Lohnausrüstern übergeben.

2) Nach Durchführung der Zusammenlegung gestaltete sich die Beschäftigung der dem K. G. T. angeschlossenen Mitglieder (68) folgendermaßen:

	Zahl	Stuhlzahl	Zwirnspindeln	Spinnereispindeln
Es waren beschäftigt	34	1376	34000	79088
stillgelegt	34	841	19499	30678
Gesamtzahl	68	2217	53499	109766

Demnach wurden bei den Mitgliedern des K. G. T. etwa 62 % der Stühle, 63 % der Zwirnspindeln, 72 % der Spinnereispindeln weiter beschäftigt.

überlassen waren. Diese rechneten selbstverständlich als Teile des betreffenden „Höchstleistungsbetriebes“ und durften in jener „Pachtfabrik“ die nötige Antriebskraft beanspruchen, während andere Pächter, die in derselben Fabrik ihre Maschinen aufgestellt hatten, aber nicht als „höchstleistend“ bezeichnet waren, keinen Anspruch auf fernere Beschäftigung hatten.

Diese beiden Arten von Fälle bestätigen die Schwächen der kriegswirtschaftlichen Schematisierung, die keinerlei Rücksicht auf lokale Eigenarten der Industrie nehmen konnte. Daher war wohl eine große Zahl Forster Betriebe mit ihren Kraftquellen in Gang, aber wirtschaftlich in durchaus unzureichender Weise ausgenützt. Diese Tatsache stand im Widerspruch mit dem eigentlichen Zwecke der Zusammenlegung, denn während man einerseits der Vergeudung von Rohmaterial vorzubeugen glaubte, erwuchs auf der anderen Seite ein erheblicher Mangel, der alle Ziele illusorisch machte. Die Kriegsmaßnahmen griffen so tief in die innere Struktur der Industrie ein, daß sich überall Schädigungen bemerkbar machten.

Die unglückliche Lage der Forster Industrie während des ersten Jahres der Zusammenlegung wird noch augenscheinlicher, wenn der übrige Lausitzer Textilindustriebezirk dazu in Beziehung gesetzt wird. Ein Teil der Nachbarplätze von Forst war ganz im Gegensatz zu den soeben dargelegten Verhältnissen reichlich mit Heeresaufträgen versehen, da im Gegensatze zu Forst die Mehrzahl der dortigen Unternehmungen aus Vollbetrieben bestand. Die Beschäftigung mancher Fabriken war so erheblich, daß sie darauf angewiesen waren, mangels hinreichender Spinnerei am eigenen Orte Spinnaufträge nach auswärts zu vergeben. Für diese Zwecke eignete sich in diesem Falle Forst, weil viele Spinnereien durch die Maßnahmen der Zusammenlegung arbeitslos geworden waren. Zwar hatte die neue Arbeitsmöglichkeit den Vorteil, daß mehrere Forster Lohnspinnereien lohnende Beschäftigung fanden, doch verhinderte dies nicht, daß die wirtschaftliche Gesamtlage der Lohnspinnereien sehr traurig war.

Wie umständlich und unrationell sich die Kohlen- und Transportverhältnisse während der Zusammenlegung gestalteten, geht aus folgendem praktischen Falle hervor: Ein Forster Tuchfabrikant, der neben 70 eigenen noch 30 Pachtstühle beschäftigte und eine Zwirnerei von 2200 Spindeln besaß, lieferte an eine auswärtige Firma nach Anweisung des „Kriegs-Garn- und Tuchverbands“ selbstgesponnenes Streichgarn zum Zwirnen, um nach Rücksendung des

Garnes im Auftrage des Verbandes daraus Tuche herzustellen. Der Tuchfabrikant, der seiner Weberei entsprechend eine viel größere Zwirnerei hatte, durfte also auf Grund der kriegswirtschaftlichen Anweisungen das Streichgarn nicht einmal selber zwirnen[1]. Dadurch entstand einesteils eine Vergeudung an Zeit, Geld und an Transportmitteln, die letzthin der Staat infolge der umständlichen Verfrachtung tragen mußte. Außerdem wurde durch die auswärtige Zwirnarbeit eine große Zahl von Arbeitern in der Forster Zwirnerei beschäftigungslos. Diese aufgezwungene Arbeitsteilung hatte ferner eine unzureichende Ausnützung der Betriebe für beide Teile zur Folge und trug dazu bei, daß die betroffenen industriellen Kreise in ihrer Unternehmertätigkeit völlig lahmgelegt waren[2].

Die angeführten Fälle sind nicht etwa als Ausnahmen zu betrachten, sondern sie traten sehr häufig und in ganz verschiedenen Formen auf und kennzeichnen die unwirtschaftliche Betriebsweise der Kriegswirtschaft trotz des so glänzend angelegten Planes der Zusammenlegung. Es gelten daher auch hier die Schillerschen Worte:

Leicht beieinander wohnen die Gedanken,
doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Die Eingaben, die der Forster Fabrikanten-Verein wegen der in Forst herrschenden Mißstände an die amtlichen Stellen richtete, fanden zunächst keine genügende Beachtung. Um ihrer wirtschaftlichen Notlage kräftigeren Ausdruck zu geben, fanden sich die in der Zwangslage befindlichen Fabrikanten zu Interessengemeinschaften, durch deren Einwirken schließlich eine Mehrbeschäftigung erreicht wurde. Der für das ganze Reich geltende „Verband der stillgelegten Betriebe für Wolle und Halbwolle“ konnte wegen seines späten Zusammentretens auf die besonderen Verhältnisse der stillgelegten Forster Betriebe keinen Einfluß ausüben, sodaß diese lediglich auf ihre lokalen Vertretungen angewiesen waren. Unter diesen war es vor allem die „Vereinigung der Tuchfabrikanten in Pachtbetrieben“, die in der Mitte des Jahres 1917 entstand. Außerdem bildete sich eine „Vereinigung der Walker und Appreteure“, der „Lohnspinner“ sowie der „Reißereibetriebe“. Die letztgenannten

1) Diesen Mißständen wurde erst durch ein Rundschreiben vom 20. 9. 1918 Rechnung getragen.

2) Somary bestätigt diese Tatsache mit den Worten: „Wo Rohstoffe, Verkehrsmittel und Arbeiter zugewiesen wurden und ein einziger Auftraggeber (der Staat) in Frage kam, kann von Unternehmertätigkeit kaum noch gesprochen werden.“ (Vergl. Philippovich II, 1, S. 220.)

„Lohngruppen“ der Forster Industrie schlossen sich mit den Pächtern zu einem „Wirtschaftsausschuß der Forster Lohn- und Pachtbetriebe“ zusammen, dem die Aufgabe zufiel, alle gemeinsamen Fragen wirtschaftlicher Natur den Kriegsverbänden gegenüber zu vertreten. Die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Zusammenfassung der Betriebe in der angegebenen Weise stellte sich heraus, als es galt, die Kleinindustrie mit allen Mitteln vor dem völligen Untergange zu bewahren. Die Zahl der Lohnbetriebe, die der Wirtschaftsausschuß umfaßte, betrug 100, von denen 75 Betriebe stillgelegt waren.

Wenden wir uns nunmehr den Erfolgen der Maßregel zu, die eine Verbesserung des Beschäftigungsgrades der Forster Industrie bezweckte. Nach langen Bemühungen gelang es, das Augenmerk der Regierung besonders auf 21 Pachtfabriken zu lenken. Die in diesen Fabriken befindlichen Spinnereien (mit 18 888 Spinnspindeln und 11 639 Zwirnspindeln), sowie 7 Walken, 4 Appreturen und 1 Färberei wären ausreichend gewesen, um die in den genannten Fabriken außerdem noch befindlichen 50 Tuchfabrikationsbetriebe mit Garnen zu versehen und die Veredelungsarbeiten vorzunehmen. Statt dessen war eine Stillegung der aufgeführten Spinnereien und Veredelungsbetriebe verfügt und somit die Produktion der gesamten Betriebe unrationell gestaltet worden. Erst im Mai 1918 wurden innerhalb der 21 Pachtfabriken 12 weitere Pachtbetriebe und 6 Ausrüstungsbetriebe als sog. Aushilfsbetriebe wieder in Gang gesetzt, sodaß der ärgsten Not der Forster Kleinindustrie vorgebeugt war. Eine Reihe anderer kleiner Ausrüstungsbetriebe, die weiterhin beschäftigungslos blieben, brachte eine Verständigung mit ihrer früheren Kundschaft in der Weise zustande, daß jeder Lohnbetrieb Veredelungsaufträge auf eigene Rechnung übernahm. Die Ausrüstungsarbeiten wurden jedoch anstelle des stillgelegten Lohnbetriebes von einem als „Höchstleistungsbetrieb“ bezeichneten „Ausrüster“ vorgenommen. Die Verrechnung geschah durch den sog. „Kriegslohnveredelungsverband“[1] (K. Lo. V.), der am 29. Juni 1917 in Berlin ins Leben gerufen wurde, um die Beschäftigung der Lohnausrüstungsbetriebe zu regeln.

---

[1] Der K. Lo. V. nahm unter Aufsicht und Unterweisung des B. B. A. sowie der sonstigen beschaffenden Stellen die Verteilung der Heeres- und Marineaufträge zur Veredelung vor. Ferner hatte er die gesamte Beschäftigung der Lohnausrüstungsbetriebe einschl. aller Privataufträge zu Ausgleichsabgaben heranzuziehen. Er war außerdem für die Entschädigungsfrage zuständig.

Bei völliger Durchführung der Zusammenlegung der Betriebe ergab sich für die Beschäftigung der Forster Industrie folgendes Bild: Es waren (nach einer unveröffentlichten Statistik des Forster Fabrikanten-Vereins) im Verhältnis zu der Zeit vor der Zusammenlegung in Betrieb:

von Tuchfabrikationsbetrieben	30 %	aller	Betriebe
„ Lohnspinnereien . . .	58 %	„	„
„ Webereien	48 %	„	„
„ Spinnereien	63 %	„	„
„ Reißereien	40 %	„	„
„ Färbereien	30 %	„	„
„ Walkereien	40 %	„	„
„ Appreturen	35 %	„	„
„ Zwirnereien	40 %	„	„

Die Verminderung des Beschäftigungsgrades der Forster Betriebe während der letzten Kriegsjahre ist auch aus dem auf S. 51 angegebenen Rückgang der Produktion an Tuchen ersichtlich.

Es bleiben noch einige Bemerkungen über die Entschädigung der stillgelegten Betriebe übrig. Wie bereits erwähnt, hatten sich die meisten der Forster Lohnspinnereien keinen Kriegsverbänden angeschlossen, obwohl ihnen dazu Gelegenheit geboten war. Da sich die ausgezahlten Entschädigungssummen jedoch nur auf Mitglieder der Kriegsverbände bezogen, so gingen diese nunmehr, als ihre Stillegung erfolgte, völlig leer aus. Die Notlage veranlaßte viele, ihre selbständige Stellung aufzugeben und die Spinnereimaschinen, die in damaliger Zeit schon einen ansehnlichen Preis einbrachten, zu verkaufen. Nach Angabe eines kompetenten Forster Fabrikanten wurden im Laufe des Jahres 1917 40 Sätze Spinnerei verkauft, davon der größte Teil nach auswärts. Für die Entschädigung der Veredelungsbetriebe waren vom „Kriegslohnveredelungsverband“ bestimmte Sätze für Färber, Walker und Appreteure aufgestellt. Der Anspruch eines stillgelegten Lohnbetriebes kam in Fortfall, wenn der „Kunde“ des Lohnbetriebes z. B. an Stelle der entzogenen Militärtuche Aufträge in Bouretteseide erhielt, da die Pulverbeutelstoffe keinen Ausrüstungsarbeiten unterworfen wurden. Somit kam es vor, daß weder der betreffende Fabrikant noch der Ausrüstungsbetrieb eine Entschädigung erhielt. Die größte Zahl der Pachtbetriebe erhielt als Mitglied des „Kriegs-Garn- und Tuchverbands“ eine Entschädigung von dieser Seite aus, während die Reißereien, wie bereits

dargelegt, von Seiten der „Kriegswollbedarfsgesellschaft“ bis zum Kriegsende beschäftigt waren.

Die den stillgelegten Betrieben gezahlten Entschädigungssätze wogen bei weitem nicht den Schaden auf, den ihre Inhaber durch den Stillstand der Fabriken hatten. Die wirtschaftliche und finanzielle Not veranlaßte daher viele kleine Fabrikanten, in den Dienst von Kriegsgesellschaften zu treten, um eine neue lohnende Erwerbsmöglichkeit zu erlangen. Große Unkosten erwuchsen den Tuchfabrikanten in Pachtbetrieben dadurch, daß ihre Pachtzahlungen trotz des Stillstandes ihrer Maschinen weiterliefen. Erst im Mai 1918 erfolgten Vermittlungsverhandlungen zwischen dem Vermieter- und Mieterverein, die zu Vereinbarungen[1)] über gewisse Pachtnachlässe führten. Sie erlangten jedoch keine umfangreiche praktische Anwendung, da sie erst sehr spät zur Durchführung kamen, sodaß sich in der Zwischenzeit die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Betriebe im günstigen Sinne verändert hatten.

Die Ausführungen über die Forster Zeit der Stillegung mögen genügen, um die Not der Forster Kleinindustrie verständlich zu machen. Einen Einblick in die während der kritischen Jahre 1917/1918 erfolgten Betriebseinschränkungen gibt die auf S. 69/70 eingefügte Tabelle. Daß im Jahre 1917 die stillgelegten Betriebe noch mit wenig verminderter Arbeiterzahl tätig waren, erklärt sich daraus, daß sie z. Zt. der Betriebszählung durch die Gewerbeinspektion (zweites Quartal) mit der Erledigung von Aufträgen aus der Zeit vor der Stillegung beschäftigt waren. Der Minderbeschäftigung der Kleinbetriebe steht eine teilweise Mehreinstellung von Arbeitern bei den größeren Betrieben gegenüber. Mancher der von der Produktion ausgeschalteten Fabrikanten hatte sich in der Zeit seiner Ausschaltung eine unrechtmäßige Beschäftigung seiner Maschinen zu verschaffen

1) Die Staffelung der einzelnen in Frage kommenden Betriebsabteilungen wurde folgendermaßen vorgenommen:
Gruppe A: wirtschaftlich arbeitende Betriebe,
„ B: mäßig wirtschaftlich arbeitende Betriebe,
„ C: unwirtschaftlich arbeitende Betriebe.
Nach dieser Einteilung setzte der Fabrikanten-Verein als Schlichtungsinstanz die Pachtnachlässe für die einzelnen Produktionsstufen derart fest, daß

	Gruppe A	Gruppe B	Gruppe C
für Webereien und Vorarbeiten . . .	20 %	25 %	30 %
„ Spinnerei und Zwirnerei	25 „	30 „	35 „
„ Walken, Appreturen, Färbereien .	35 „	40 „	45 „
„ Reißereien	45 „	50 „	55 „

zu bezahlen waren. Bei völliger Stillegung des Vermieterbetriebes wurde den Pächtern auf den auf 50% ermäßigten Durchschnitts-Mietzins der Jahre 1912/14 ein Pachtnachlaß von 12½% gewährt.

gesucht. Die Abschnürung vieler lebensfähiger Betriebe hatte daher zur Folge, daß der Unmoral im Geschäftsleben die Wege geebnet wurden. Die Kontrolle über die aus den umliegenden Braunkohlengebieten stammenden Heizstoffe konnte nicht in genügendem Umfange durchgeführt werden, sodaß die Gelegenheit zur Beschaffung dieser Materialien auf dem Schleichhandelswege häufig ausgenutzt wurde. Als Spinnmaterial diente solchen Fabrikanten Auslandsware sowie auch inländische Spinnstoffe aller Art, die der Schleichhandel anbot. Ihre Verarbeitung geschah zwar nicht öffentlich, aber die Fabrikanten wußten sich den Revisionen der amtlichen Stellen durch allerlei Schliche zu entziehen. Dieser unlauteren Fabrikation verdankten viele der Industrie bisher fernstehende Geschäftsleute, die sog. „Kriegsschieber“, ihre Existenz. Da sich derartige Elemente auch nicht durch Freiheitsstrafen von ihrem unsauberen Gewerbe abbringen ließen, war ihnen kaum beizukommen, wie auch die späteren Darlegungen noch zeigen werden.

Aufstellung über die beschäftigten Arbeiter während der einzelnen Jahre.

a) Für die 11 größten Fabrikationsbetriebe (über 100 Arbeiter)

1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
91	92	109	96	118	122	117	136	144	107
303	375	396	384	350	253	206	399	439	253
248	245	256	194	235	191	208	214	220	193
271	292	309	311	181	242	204	258	214	201
161	156	135	164	302	238	247	219	234	120
226	221	224	237	228	138	174	218	212	165
161	161	207	213	221	168	143	99	90	109
175	194	198	175	173	135	116	100	7*	161
102	109	122	108	105	125	115	71	—*	79
192	147	166	139	169	158	155	173	199	152
85	83	103	118	120	112	105	75	—*	89
2115	2075	2505	2139	2202	1872	1790	1967	1759	1629

* 1917/18 stillgelegt.

b) Für einige Forster Kleinbetriebe (unter 100 Arbeiter)

1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
46	44	41	42	40	45	40	8	—*	24
64	89	102	84	88	94	81	68	44	95
45	35	31	28	30	31	23	59	—*	25
50	32	47	47	27	44	41	43	—*	46
44	50	49	34	34	26	10	25	—*	22
60	72	89	54	36	43	4	13	2*	10
9	10	10	14	17	18	17	22	1*	30
31	30	31	28	32	24	26	11	—*	25
7	7	12	15	16	15	15	15	—*	19
27	32	38	32	35	39	37	14	—*	39
8	8	7	15	15	16	15	15	—*	17
48	36	35	35	43	14	40	28	33	40
438	445	372	438'	413	409	349	321	80	392

* 1917/18 stillgelegt.

bb) Für die Arbeiterschaft.

Die Umbildung der Produktionsverhältnisse war mit einschneidenden Folgen für die Beschäftigung der Arbeiter verknüpft. Neben der Zusammenfassung der Produktion fand nämlich auch eine weitgehende Konzentration entbehrlicher Arbeitskräfte zur Auffüllung der militärischen Stellen und der Rüstungsindustrie statt. Andere infolge der Zusammenlegung freiwerdende Arbeitskräfte wurden in der Landwirtschaft untergebracht, die wegen des Ausfalls an ausländischen Saisonarbeitern und der Kriegsteilnehmer während der Erntemonate unter großem Arbeitermangel litt. Jedoch war zu beobachten, daß der Abzug der Industriearbeiter nach dem Lande gegenüber dem nach der Rüstungsindustrie und den sonstigen Hilfsdienststellen unerheblich blieb. Der Industriearbeiter war der anstrengenden Arbeit auf dem Lande körperlich nicht gewachsen, und andererseits lockte ihn der hohe Verdienst in der Kriegsindustrie.

In der Forster Wollindustrie war die Arbeiterschaft zur Aufgabe ihrer alten Arbeitsplätze schwer zu bewegen, da sie durch Tradition an die Eigenart des Industriestandorts verknüpft war. Außer den Textilunternehmungen gab es zwar in Forst mehrere Maschinenfabriken, die auf Kriegsindustrie umgestellt waren, die jedoch die in

der Textilindustrie überflüssigen Arbeiter nicht aufzunehmen vermochten. Die Not der Zeit machte es daher erforderlich, daß Hunderte von Forster Textilarbeitern vom Jahre 1917 ab in der Berliner Metallindustrie zur Granatenherstellung verwandt wurden. Trotz dieser Arbeitsmöglichkeit blieben noch etwa 1000 Arbeiter arbeitslos, deren Not aus den Mitteilungen eines gewerkschaftlichen Blattes hervorgeht[1]. Es handelte sich dabei meist um unverheiratete männliche und weibliche Arbeiter, die in Forst der Textilarbeiterfürsorge zur Last fielen, während der größte Teil der Verheirateten und besonders die Kriegerfrauen durch einige Forster Wohlfahrtseinrichtungen Beschäftigung fanden. Auf diese Weise war es möglich, der Forster Industrie wenigstens den größten Teil ihrer Arbeiterfamilien zu erhalten und sie vor einer kostspieligen Übersiedlung nach auswärtigen Arbeitsplätzen zu bewahren. Die Arbeiterabwanderung wäre aus dem Grunde sehr bedenklich gewesen, weil ein großer Teil dieses Arbeiterstammes der Forster Industrie sicherlich dauernd verlorengegangen wäre.

Für die Beschäftigung der Kriegerfrauen kam der sogenannte „Bekleidungsausschuß“ in Betracht. Die Gründung dieses Ausschusses erfolgte schon im Dezember 1914, als die Heeresverwaltung vielseitige Hilfsarbeiten brauchte, um den ungeheuren Heeresbedarf zu decken und die Fronttruppen mit Woll- und Baumwollsachen zu versorgen. Seine Errichtung ging von den Mitgliedern des Vereins „Frauenwohl“ sowie der übrigen Forster Frauenvereine unter Hinzuziehung des Magistrats aus unter der Begründung der „Bildung einer Zentralstelle für Bekleidungs- und Näharbeiten für das Feld und die Heimat“. Die Tätigkeit während des Krieges ergibt sich aus den Beschäftigungszahlen der einzelnen Jahre[2]:

Im Jahre 1914 waren 75 Arbeiterinnen
„ „ 1915 „ 141 „
„ „ 1916 „ 500 „
„ „ 1917 „ 600 „
„ „ 1918 „ 1500—1000 (in abnehmender Zahl) eingestellt. Am 11. 10. 1919 erfolgte die Auflösung.

1) Vergl. Zeitungsbericht aus dem „Vorwärts“ (16. 3. 1918): „Mehr als wo anders sind die in der Forster Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von der Stillegung der Betriebe in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeitslosigkeit wirkte nachhaltig auf die Arbeiterschaft, weil am Ort eine Möglichkeit, an anderen Betrieben unterzukommen, nicht vorhanden war. Die Höhe der Arbeitslosigkeit geht aus den vom Deutschen Textilarbeiterverband gezahlten Arbeitslosen-Unterstützungen hervor: Von 162939 M. gezahlter Arbeitslosen-Unterstützung im Gau Brandenburg entfielen 41305 M. auf Forst. Während in Forst große Arbeitslosigkeit war, wurde an anderen Orten, wie Pritzwalk (M. B.) 10—12 Stunden gearbeitet.

2) Vergl. Protokolle der Ausschußsitzungen des Bekleidungsausschusses (unveröffentlicht).

Die große Aufnahmefähigkeit des Unternehmens um die Wende des Jahres 1917 zeigt, wie der Bekleidungsausschuß gerade während der Zeit der Stillegung als eine Art Puffer wirken konnte. Seine Tätigkeit im Einzelnen bestand in der Herstellung von Näharbeiten aller Art, wie z. B. Unterzeug, Handschuhe, Pulversäcke, Patronengürtel, Sandsäcke, Pferdedecken usw.

Die Gelder, die dem Bekleidungsausschuß zu Anfang des Krieges durch freiwillige Spenden aus der Bürgerschaft reichlich zuflossen, wurden zum Ankauf von Stoffen bei den Forster Kleinhändlern verwandt, die dann dem Ausschuß zur Verarbeitung dienten. Die Schwierigkeiten bei der Durchführung der einzelnen Aufgaben lagen vor allem in der Beschaffung von genügender Näharbeit, sowie in dem Anlernen der zum großen Teil ungeübten Fabrikarbeiterinnen, die sich an die feine und wechselnde Handnäharbeit schwer gewöhnen konnten. Außerdem war eine Auffindung und sachgemäße Ausnützung von Räumlichkeiten für die Flick- und Nähwerkstätten, sowie eine zuverlässige Überwachung der Arbeiten nötig, damit diese den Anforderungen der auftraggebenden Stellen entsprachen[1]. Die Bedeutung dieser Notstandsarbeiten lag darin, daß auch Heimarbeit vergeben werden konnte. Diese gestatteten dem Ausschuß große Ersparnisse an Unkosten und bewirkten außerdem, daß die Mütter ihrem Haushalte nicht entzogen zu werden brauchten. Außerdem war der Vorteil damit verknüpft, daß viele junge Mädchen eine gute Vorbildung für eine spätere Erwerbstätigkeit erhielten. Aus diesen Gründen wurde bei der Übernahme von Aufträgen auf möglichst umfangreiche Heimarbeiten Wert gelegt. Im Laufe des Jahres 1917 waren 150 Heimarbeiterinnen für die Bekleidungsämter und 300 mit Sandsackarbeiten beschäftigt. Einen guten Verdienst brachte das Nähen von Pferdedecken ein, von denen im ganzen ca. 67000 Stück angefertigt wurden.

Die Löhne, die in den Nähstuben gezahlt wurden, betrugen zu Anfang 25 Pfennig die Stunde. Es gelang jedoch den leitenden Stellen, in der späteren Zeit eine bessere Bezahlung der Stücke zu ermöglichen, sodaß seit dem Jahre 1918 ein Durchschnitts-Stundenlohn von ca. 1.05 M. bezahlt wurde. Den geringeren Verdiensten der Heimarbeiterinnen konnte nicht ohne weiteres Rechnung getragen werden, da die von den Auftragstellen gewährten Löhne in einem bestimmten

1) Auf diesem Gebiete erwarben sich durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit mehrere Forster Damen große Verdienste.

Verhältnis zu den Vergütungen stehen mußten und teilweise so gering bemessen waren, daß auf die verteuerten Lebensbedingungen der Kriegszeit keine besondere Rücksicht genommen war. Für die Nähwerkstätten erreichten die leitenden Stellen durch Einführung von Akkordarbeit und Ausgabe von Zeitzetteln, daß jede Näherin auf ihre Leistungsfähigkeit geprüft wurde und eine entsprechend bessere Bezahlung erhielt. Ferner suchte die Leitung durch möglichst umfangreiche Maschinenarbeit, sowie durch sonstige Maßnahmen einer straffen inneren Organisation die Rentabilität des Unternehmens zu erhöhen. Das Mißverhältnis zwischen Lohn und Arbeitserfolg erklärte sich anfänglich daraus, daß 90 % aller Arbeiterinnen zur Näharbeit angelernt werden mußten und daher erst im Laufe der Zeit einen Anspruch auf qualifizierte Arbeiter erheben konnten. Im Jahre 1918 betrug die Höchstzahl der beschäftigten Personen einschl. der Heimarbeiterinnen 1485. Diese Zahl zeigt die große Aufnahmefähigkeit der getroffenen Einrichtungen während der Zeit des Beschäftigungsmangels in der Forster Textilindustrie.

Infolge der Demobilmachung hörten die wichtigsten Aufträge der Bekleidungsämter auf, sodaß dadurch die Beschäftigungsziffer in der oben zahlenmäßig angegebenen Weise sank. Die entlassenen Arbeiterinnen fanden zumeist in der wieder auflebenden Wollindustrie Aufnahme.

Neben dieser Einrichtung entstand im April 1916 eine „Instandsetzungswerkstätte", die vom Bekleidungsamt des 3. Armeekorps für Ausbesserungsarbeiten eingerichtet wurde und in eine Schneiderei- und Sattlerei-Abteilung zerfiel: In der ersteren wurden alte Uniformen ausgebessert und aufgebügelt, während sich die andere Werkstätte mit der Reparatur und Wiederverwendung von Tornistern und sonstiger Lederteile für den Heeresbedarf befaßte. Die Höchstzahl der in der Schneiderei beschäftigten Personen betrug (im März 1917) 295, während in derselben Zeit die Sattlerei 265 Personen beschäftigte, zu deren Beaufsichtigung noch 22 Militärpersonen vorhanden waren. Durch diese Einrichtung wurde ebenfalls während der Stillegungsperiode eine neue Arbeitsgelegenheit für durchschnittlich 500 Personen geschaffen.

In der Schneiderei galten zu Anfang der Errichtung der Werkstätten folgende Stundenlöhne:

Für Kriegerfrauen	30 Pfg.
„ sonstige Frauen	25 „
„ junge Mädchen	20 „
„ Büglerinnen	15 „

Seit dem Jahre 1916 fand der nachstehende Tarif Anwendung, und zwar wurde an 5 Tagen in der Woche zu je 9 Stunden gearbeitet. Der Tagelohn betrug

für weibliche Arbeiter unter 16 Jahren	1.40—1.60	M.
für weibliche Arbeiter über 16 Jahre	1.60—2.80	„
für männliche Arbeiter unter 16 Jahren	1.40—2.00	„
für männliche Arbeiter über 16 Jahre	3.00—4.60	„

In der letzten Kriegszeit hatten sich die Löhne durch Aufbesserung der Grundlöhne, Familienkriegsbeihilfe und der allgemeinen Teuerungszulage derart erhöht, daß

ein junges Mädchen	ca. 24.50	M.
eine Kriegerfrau mit 3 Kindern	„ 35.—	„

pro Woche außer der dazukommenden staatlichen Kriegsunterstützung verdiente.

Endlich sei noch ein Blick auf die wirtschaftliche Lage der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter geworfen: Die Erhöhung der Lohnsätze erfolgte mehrmals auf Grund kollektiver Abmachungen zwischen dem „Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie“ und den drei vorhandenen Arbeiterorganisationen. Das Endergebnis der vom Juli 1914 bis Ende Dezember 1918 zustandegekommenen Lohnsteigerungen wird in den Berichten der preußischen Regierungs- und Gewerberäte folgendermaßen zusammengefaßt: Die Erhöhung betrug

für die Färberei	180—200 %
„ „ Spinnerei	180—200 „
„ jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen	170—190 „
„ die Weberei	150—170 „
„ „ Zwirnerei	190—210 „
„ „ Spulerei	100—140 „
„ „ Walkerei	170—190 „
„ „ Appretur	180—200 „
„ „ Heizer	200—230 „
„ „ Kohlenfahrer	200—230 „

Die Richtigkeit dieser Erhöhungen geht aus der Gegenüberstellung der Stundenlöhne hervor, die z. B. in einer mittleren Tuchfabrik im Jahre 1914 und in der Zeit bis zur Revolution bezahlt wurden:

	1914 ℳ	1918 ℳ
Färbereiarbeiter . . .	0,28	0,78
Kremplerinnen . . .	0,20	0,62
Feinspinnerinnen . . .	0,32	0,58—0,77
Zwirnerinnen	0,18—0,26	0,58—0,88
Appretur	0,22	0,61
Walke	0,27	0,68—0,80
Reißer	0,30	0,70

Die Arbeitgeber gewährten in der letzten Kriegszeit ihrer Arbeiterschaft sog. „Lebensmittelbeschaffungszuschüsse“, die in manchen Betrieben bis zu 40 000 Mark jährlich anstiegen. Die Fürsorge der Arbeitgeber erstreckte sich vor allen Dingen auf solche Familien, deren Angehörige im Heeresdienst waren. Bemerkenswert war die zunehmende Verschlechterung des zu verarbeitenden Materials und die unregelmäßige Arbeitszeit, die die Ursache geringerer Erzeugung und niedrigeren Verdienstes waren. In der Weberei kam es vor, daß mancher Arbeiter, der in der einen Woche mit seinem Akkordlohn an erster Stelle stand, sich in der nächsten Woche unter Umständen mit dem geringsten Verdienste begnügen mußte[1]. War die Kette gut geleimt, oder — wie der Weber sich ausdrückt — „lief die Kette“, so konnte der Arbeiter hingegen einen hohen Verdienst erzielen. Da diese Vorbedingung in der letzten Kriegszeit wegen der im Übermaße verwandten Kunstwolle fehlte, so erreichte der Arbeiter trotz der Aufbesserung der Stundenlöhne keine wesentlich höheren Akkordlöhne.

1) Die Schwankungen in der Arbeitszeit während der letzten Kriegszeit und der damit in Verbindung stehenden Veränderung der Löhne gehen aus folgender Statistik (vergl. Lohnfeststellungen in der Textilindustrie im Frühjahr 1918, Berlin 1918, S. 29 ff.) hervor, die sich auf Angaben aus verschiedenen Forster Betrieben stützt.

	Niedrigster Lohn in M.	Höchster Lohn in M.	Durchschnitt	Arbeitsstunden pro Woche
Weber	18.24	31.—	27.66	34
	19.35	38.60	28.18	55½
	27.—	37.—	32.52	58
	12.09	43.28	29.20	45
Weberinnen	9.	46.—	26.39	30
	24.—	39.50	31.41	58
	18.—	36.—	26.31	54¼
	6.05	38.	25.50	48
Spinner			5.50	10
	29.87	65.—	41.57	53¾
	—	—	40.54	58
Walker	—	—	41.42	52
	31.36	38.50	34.93	50

6. Der Waffenstillstand und sein Einfluß auf die industriellen Verhältnisse.

Die Versorgung der Wollindustrie mit Rohstoffen und die Beschäftigung der Betriebe erlitt durch die überstürzte Beendigung der Feindseligkeiten und den Waffenstillstand wesentliche Veränderungen, da die gleichzeitig eintretenden politischen Umwälzungen eine völlige Lockerung des kriegswirtschaftlichen Gefüges bewirkt hatten. Soldatenräte griffen ein und verfügten selbständig die Freigabe von Materialien, die sie nicht verantworten konnten. In derselben Weise verfuhren einzelne Oberkommandos, indem sie von sich aus eine Verteilung von Rohstoffen vornahmen. Auf diese Weise ging zunächst jegliche Übersicht über die vorhandenen Vorräte verloren. Außerdem wurden große Materialvorräte der Kriegsrohstoffabteilung bei dem Rückzuge auf dem linken Rheinufer zurückgelassen, sodaß die Vorräte der Kriegsverbände stark zusammenschmolzen.

Als sich der erste Sturm der Aufregung gelegt hatte und die aufgelösten Heeresmassen in die Heimat zurückkehrten, erwuchs der Regierung die Aufgabe, die heimgekehrten Krieger mit Entlassungsanzügen auszustatten und für eine möglichst umfangreiche Beschäftigung aller industriellen Kreise zu sorgen, um einer umfangreichen Arbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten.

Da infolge des unglücklichen Kriegsendes eine weitere Herstellung von Militärtuchen nicht mehr angebracht war, ordneten die Kriegsverbände die Anfertigung sog. „Männerbekleidungsstoffe" an. Während die bis dahin schon fertiggestellten Militärtuche durch Umfärben den neuentstandenen Aufgaben angepaßt wurden, gaben die Kriegsverbände den einzelnen Fabrikanten durch Rundschreiben genaue Anweisungen über die angeordnete Umstellung in der Fabrikation[1]. Die Verteilung der Rohstoffe sowie die übrigen kriegswirtschaftlichen Anordnungen wurden in der während des Krieges üblichen Weise aufrecht erhalten und auf sämtliche Fabrikanten der deutschen Wollindustrie ausgedehnt. Die Schranken bezüglich der Technik in der Fabrikation wurden jedoch erst später aufgehoben (vergl. S. 81/82). Jeder Fabrikant stellte auch für die folgende Zeit bestimmte Typenwaren her, die je nach Art der Zusammensetzung der Rohstoffe in den einzelnen Industriebezirken verschieden

1) Vergl. Bedingungen für die Umarbeitung fertiger bezw. roher Stücke von Rock-, Hosen- und Manteltuch zu Männerbekleidungsstoffen. (Anl. z. Rundschreiben Nr. 46 des K. G. T.)

waren. Für die Forster Industrie kamen vor allem die sogenannten Qualitäten „U" und „E" in Betracht.

Eine große Zahl der seit Beendigung des Krieges hergestellten Tuche wurde der „Reichsbekleidungsstelle" überlassen, die die Weiterverteilung an die bürgerlichen Verbraucher durch Vermittlung der Stadtbekleidungsstellen vornahm. Die Beibehaltung der kriegswirtschaftlichen Verteilungsstellen war aus dem Grunde notwendig, da unter allen Umständen vermieden werden sollte, daß eine einseitige Ausnützung der Marktlage durch das Großkapital erfolgte, deren verhängnisvolle Nachwirkungen für die Preisbildung und den Vertrieb der Waren rechtzeitig erkannt wurden.

Die Revolution bewirkte ferner große Zerrüttungen auf dem Gebiete der Lumpenbewirtschaftung, die in der letzten Kriegszeit das Schwergewicht der Rohstoffversorgung darstellte: Das Empfinden für geschäftlichen Anstand hatte in gewissen Kreisen des Handels und der Industrie derart gelitten, daß allmählich immer mehr Händler und Unternehmer Schleichhandelsware für ihre Fabrikation verwandten. Der Schleichhandel hatte sich mit der Dauer des Krieges immer stärker entwickelt und konnte infolge der durch die Revolution verschobenen Machtverhältnisse nicht genügend bekämpft werden. Auf dem Lumpenmarkte fanden trotz aller Beschlagnahmeverfügungen öffentliche und freie Verkäufe statt. Selbst die Zeitungen enthielten derartige Angebote öffentlicher Ausbietungen. Bei dieser Erscheinung handelte es sich aber nicht nur um einige gewissenlose Lumpenhändler, die den Kriegsverordnungen widerstrebten, sondern fast der gesamte Lumpenhandel ließ es darauf ankommen, in welcher Weise die Regierung gegen ihr unrechtmäßiges Treiben vorging. Da die für solche Vergehen verhängten Strafen in keinem Verhältnis zu der Höhe der erreichbaren Gewinne standen, so nahm der Schleichhandel immer schroffere Formen an. Zur Unterdrückung des Schleichhandels wandte die Regierung versuchsweise ein sog. Zeitkontingent für die Fabrikation an, d. h. eine Beschränkung der Arbeitszeit auf eine bestimmte Zahl von Stunden, damit denjenigen Fabrikanten, die sich Schleichhandelswaren angeeignet hatten, die Möglichkeit zu deren Verarbeitung fehlte. Dieses Mittel wie auch die Erhöhung der Preise der Schafschur und Lumpen verfehlte jedoch ihre Wirkung.

Ganz besonders die Niederlausitz bildete als Mittelpunkt des Lumpenhandels einen Herd zunehmender Korruption und wirtschaft-

lichen Parasitentums. Das geht daraus hervor, daß mehrere kleine Forster Fabrikanten sich gegen die Verordnungen der Heeresleitung und deren Beschlagnahmebestimmungen öffentlich auflehnten. Besonders bei der in Forst vorhandenen großen Zahl kleiner Fabrikanten war eine Beaufsichtigung ganz unmöglich, da manche unter ihnen sich nicht an die Tradition des „soliden“ Geschäftsmannes gebunden fühlten, sondern ihr Augenmerk lediglich auf eine hohe Verdienstmöglichkeit richteten ohne Rücksicht auf die Art der dabei verwandten Mittel. Man kann sich daher eine Vorstellung von der schwierigen Aufgabe der in solchen Wirtschaftsgebieten staatlich angestellten Revisoren machen, die diesem Treiben völlig machtlos gegenüberstanden. Große Mengen von Lumpen, die den Beschlagnahmebestimmungen unterworfen waren, wurden zu maßlos hohen Preisen nach Forst „verschoben“. Als für solche Güter eine Verschärfung der Bahnkontrolle eintrat, wurde die Schleichhandelsware bei Nacht und Nebel auf Lastautomobilen herbeigeschafft und heimlich in Reißereien zu Kunstwolle verarbeitet. Obwohl eine große Zahl dieser strafbaren Handlungen aufgedeckt und kriminalistisch verfolgt wurde, gelang es der Regierung nicht, diesem Spiele ein Ende zu machen. Der Drang des Geschäftsmannes nach freier wirtschaftlicher Betätigung war nach den vier bitteren Kriegsjahren so stark geworden, daß sein Unternehmungsgeist durch Zwangsmaßnahmen nicht mehr zurückzuhalten war.

Schluß.

Blick in die Probleme der Übergangswirtschaft.

a) Die Organisation der Übergangswirtschaft für die Wollindustrie.

Die Bewirtschaftung der wollenen Spinnstoffe war in der aus der Kriegszeit übernommenen Form nicht mehr durchführbar. Während im Kriege der größte Teil des deutschen Wollgefälles in einer Höhe von etwa 8 Millionen Kilogramm erfaßt werden konnte, kamen in den Monaten seit dem Waffenstillstande nur noch 2 Millionen Kilogramm in die Hände der Kriegsrohstoffabteilung[1]. Für das Lumpengefälle galt dasselbe, da die Kriegsverbände nirgends die genaue Beachtung ihrer Vorschriften erreichten. So blieb denn überhaupt keine andere Wahl, als die Kriegswirtschaft in einer für alle Kreise der Bevölkerung zweckmäßigen Weise abzubauen.

Schon mitten im Kriege hatten Beratungen über die Ziele einer Übergangswirtschaft für die Textilindustrie stattgefunden. Im Sommer 1916 war das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft gegründet worden. Der „Ausschuß für Handel und Gewerbe“[2] führte im Verein mit Vertretern der Industrie und des Handels umfangreiche Vorarbeiten, deren Resultate in der Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 zusammengefaßt wurden. Für die verschiedenen Zweige der Textilindustrie wurden 8 Reichswirtschaftsstellen geschaffen, die nach Beendigung des Krieges als Selbstverwaltungskörper die Bewirtschaftung der einzelnen Rohstoffe von der Kriegsrohstoffabteilung übernehmen sollten[3]. Die Organe der Reichswirtschaftsstellen waren die Vertreterversammlungen, die aus den beteiligten Kreisen der Industrie zusammengesetzt waren. An der Spitze aller

1) Die Zahlen entstammen unveröffentlichten Berichten von Regierungsvertretern.

2) Vergl. Reichstagssitzungen vom 17. bis 25. April 1918 „Ausschuß für Handel und Gewerbe“ (7. Teilbericht).

3) Es wurden solche für Baumwolle, Wolle, Seide, Kunstspinn-stoffe, Flachs, Hanf, Jute, Hartfaser gebildet.

Wirtschaftsstellen stand die „Reichsstelle für Textilwirtschaft“, die dem Reichswirtschaftsministerium unterstand. Bei der damaligen Festsetzung von Richtlinien für die Übergangszeit war der unglückliche Ausgang des Krieges nicht berücksichtigt worden, und daher fehlten die wichtigsten Voraussetzungen für eine nunmehr einzusetzende Organisation.

Bei der augenblicklichen Lage der Rohstoffverhältnisse handelte es sich nur um die Frage, die Kriegswirtschaft entweder sofort durch die freie Wirtschaft zu ersetzen, oder die zentrale Bewirtschaftung bei langsamem Abbau so lange aufrecht zu erhalten, bis durch die Einfuhr ausländischer Rohstoffe eine endgültige Liquidation der Kriegswirtschaft erfolgen konnte. Die sofortige Einführung der freien Wirtschaft hätte zwar die Moral im Geschäftsleben gehoben, da die freie Konkurrenz zweifellos die Qualität der Waren gebessert und für eine gesündere Preisbildung gesorgt hätte. Demgegenüber war zu bedenken, daß das Interesse der Arbeitnehmer auf eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung gerichtet war, unter Vermeidung jeglicher Geschäftskrisen, die das plötzliche Aufhören der gebundenen Wirtschaft zur Folge gehabt hätte. Als wichtigstes Argument für die Beibehaltung der gebundenen Wirtschaft erschien den leitenden Stellen die schon vorher erwähnte Gefahr einseitiger Ausnützung der Marktlage durch das Großkapital. Außerdem hatte der Staat für die Kriegsteilnehmer und die stillgelegten Betriebe einzutreten, um ihnen ihre alte Konkurrenzfähigkeit wiederzugeben. Das geschah durch eine Anzahl wichtiger Bestimmungen[1].

Die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft rief in industriellen Kreisen große Mißstimmung hervor, da jeder Fabrikant angesichts des Wiederauflebens des internationalen Wirtschaftsverkehrs die kriegswirtschaftliche Zwangsjacke restlos abstreifen wollte. Die Antipathie gegen das kriegswirtschaftliche System gründete sich vor allem auf die Wirtschaftsweise der Kriegsgesellschaften: Die zentrale Rohstoffzuteilung verschaffte den Kriegsgesellschaften eine

---

1) Als stillgelegter Betrieb war diejenige Firma zu betrachten, deren Betrieb als Mitglied des K. G. T. vom 1. Juli 1917 an oder als Mitglied des Kriegsdeckenverbandes vom 1. Oktober 1917 an bis zur Demobilmachung stillgelegen hatte.

Als Kriegsteilnehmer kam derjenige Inhaber eines Betriebes in Betracht, der seit Ende 1914 eingezogen und frühestens an dem Demobilmachungstage entlassen war.

Die Bevorzugung, die diesen soeben näher bezeichneten Fabrikanten zuteil wurde, bestand aus:
1. zeitlicher Bevorzugung bei der Materialzuweisung,
2. Erleichterungen bei der Bezahlung der Spinnstoffe,
3. Freigabe der letzten Kontingente an Rohmaterialien,
4. Erhöhung der zugeteilten Spinnstoffmengen um 15%.

immer unliebsamer empfundene Autorität auf wirtschaftlichem Gebiete und belastete die Industrie mit dem Schwergewicht schematischer, bürokratischer Instruktionen, während die Unternehmer sich im Gegensatz dazu nach der im Geschäftsleben üblichen Freizügigkeit und Beweglichkeit sehnten. Manche Kriegsgesellschaften wurden infolge der Länge des Krieges durch das aufkommende Schiebertum in Mitleidenschaft gezogen, und es kam vor, daß manche Beamte sogar den Fabrikanten Rohstoffe unter der Begründung anboten, daß es sich um beschlagnahmefreies Material handele. Das Ansehen der Kriegsgesellschaften hatte jedenfalls zu Ende des Krieges und den darauffolgenden Monaten derart gelitten, daß sie allgemein diskreditiert wurden.

Die Überführung der Kriegswirtschaft in das geplante Übergangsstadium fand Anfang März 1919 statt. Damit traten die erwähnten Reichswirtschaftsstellen in Kraft, deren Aufgabe darin bestand, die freie Wirtschaft stufenweise wieder einzuführen. Zur weiteren Versorgung der Industrie mit Rohstoffen verfügte die „Reichswirtschaftsstelle für Kunstspinnstoffe“ eine Erfassung des Neugefälles von Lumpen, während die „Reichswirtschaftsstelle für Wolle“ in derselben Weise die Erfassung der deutschen Frühjahrsschur von 1919 veranlaßte. Letztere hatte außerdem einen Plan für die Übergangszeit festgelegt, der in folgenden Punkten gipfelte:

1. Die Typenfabrikation kam in Wegfall, deren Fortsetzung als unerwünscht und unpraktisch angesehen wurde. Weiterhin wurde
2. die Zuteilung der Streichgarnspinnstoffe an die Weber vorgenommen, im Gegensatz zur Kriegszeit, wo die Verteilung der Spinnstoffe an die Spinner erfolgte. Eine fernere Änderung betraf
3. die Zuteilung der Kammgarnspinnstoffe an die Kammgarnspinner.
4. Die Freigabe der Fabrikation, d. h. die Berechtigung des Webers, die Fabrikate nach seinem Belieben herzustellen, bedeutete einen wesentlichen Schritt zur freien Wirtschaft.
5. Freigabe des Verkaufs, d. h. die Berechtigung des Webers, seine Tuche nach Belieben zu verkaufen.

Im Laufe des Jahres 1919 wurden von der „Reichswirtschaftsstelle für Wolle“ im ganzen noch drei Restkontingente abgegeben.

Während die Verarbeitung und der Absatz des ersten ausschließlich zu Zwecken der Heeresverwaltung erfolgte, wurden die letzten Mengen freigegeben. Die Aufhebung sämtlicher Beschlagnahmebestimmungen vollzog sich erst am 29. August 1919 auf Grund eines Beschlusses der „Reichswirtschaftsstelle für Wolle". Durch diese Verfügung fielen auch die letzten Schranken der Zwangswirtschaft.

b) Die Lage der Forster Kleinindustrie.

Die Übergangsbestimmungen wirkten besonders ungünstig auf die wirtschaftliche Lage der Forster Kleinindustrie ein, weil die Fabrikanten dadurch in der rationellen Ausnützung ihrer Betriebe gehemmt waren. Der Unwillen darüber kam in einer Versammlung zum Ausdruck, die im März 1919 in Forst von dem Vorsitzenden der „Reichswirtschaftsstelle für Wolle", Herrn Kommerzienrat Avellis, zwecks Bekanntgabe der Richtlinien für die Übergangszeit auf dem Gebiete der Wollwirtschaft einberufen war. Die „Vereinigung der Tuchfabrikanten in Pachtbetrieben" sowie die „Lohnbetriebe" wandten sich gegen jegliche weitere Zwangsmaßnahme in der Fabrikation, indem sie ihre Ansicht in einer schriftlichen Resolution[1] zum Ausdruck brachten. Obwohl diese Schrift keine Berücksichtigung finden konnte, kennzeichnet ihr Inhalt die damalige bedrückte Stimmung unter den kleinen Fabrikanten.

Die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft schaltete ferner das Gewerbe der Handelsagenten aus, die sich schon während des Krieges infolge der Aufhebung des freien Handels aus Notbehelf eine andere Beschäftigung gesucht hatten. In einer Eingabe an das „Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung" wurde ihre wirtschaftliche Notlage zur Geltung gebracht und als Ausweg vorgeschlagen, daß die Kriegsgesellschaften angewiesen werden sollten, den Handelsvertretern eine Entschädigung zu zahlen. Die Nichtberücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Not führte die Forster Handelsvertreter zu einer Interessengemeinschaft, dem „Verein der Textilhandelsvertreter zu Forst"[2], um durch geschlossenes Auftreten ihrer unglücklichen Wirtschaftslage kräftigeren Ausdruck zu geben. Erst durch die Aufhebung der Beschlagnahmebestimmungen und die Wiedereinführung der freien Wirtschaft kam auch der Großhandel und damit auch die Betätigung

1) Vergl. „Forster Tageblatt" vom 13. März 1919.

2) Der Verein war Mitglied des Zentralverbands deutscher Handelsvertretervereine. Vergl. Satzung vom 10. April 1919.

der Handelsvertreter wieder zur Geltung. Seine reichen Erfahrungen im Einkauf geeigneter Rohmaterialien, wie die Gewährung größerer Privatkredite verhalfen auch der Forster Industrie wieder zu neuem Aufschwung.

Während die Geschäftslage der Fabrikanten bis dahin sehr ungünstig war, eröffnete sich bei Aufhebung der Zwangswirtschaft eine neue Ära. Rohstoffe waren in genügendem Umfange erhältlich, obwohl der Anteil an Edelrohstoffen wegen des ungünstigen Valutastandes sehr gering war. Die Nachfrage nach Tuchen war infolge der fünf Jahre langen Absperrung des Zivilmarktes so lebhaft geworden, daß die Fabrikanten den nunmehr einsetzenden riesenhaften Bedarf der bürgerlichen Kreise in keiner Weise zu decken vermochten. Für die Zeit des Wiederauflebens der Forster Industrie nach dem Kriege ist charakteristisch, daß im Laufe der letzten Hälfte des Jahres 1919 etwa hundert neue Tuchfabrikanten entstanden, die meistens anderen Gewerben und Berufen angehörten. Vielfach beschäftigten sie nur drei oder vier Webstühle, die sie in die Pachtfabriken einstellten, sodaß sie auch noch ihrer früheren Erwerbstätigkeit nachgehen konnten. Die Verdienste, die der Forster Industrie damals zuflossen, zeigen sich darin, daß die Abnehmer alle hergestellten Fertigfabrikate ohne Rücksicht auf Qualität und Preise übernahmen. Während zu Anfang des Jahres 1919 ein Meter „Forster Buckskinware" mit 30 bis 40 Mark bezahlt wurde, stiegen die Preise für diese und noch schlechtere Qualität bis zu Ende des Jahres auf 200 Mark und darüber. Durch solche Phantasiepreise zeichneten sich vor allem die jüngeren Elemente unter den Forster Unternehmern aus, die die günstige „Nachkriegskonjunktur" rücksichtslos ausnützten. Oftmals wurden aber die Gewinne auch für den Ankauf der erheblich verteuerten Rohmaterialien, wie für die gestiegenen Löhne der Arbeiter verwandt[1]. Der Warenhunger, der

1) Vor dem Kriege betrug der Preis für 1 kg Wolle etwa 3.50 bis 4.50 M., während nach dem Kriege dafür 200 bis 250 M. bezahlt wurde.

Die Löhne der Arbeiter erfuhren nach dem Kriege eine wesentliche Erhöhung durch Einführung der Tarifverträge, die seit dem 4. April 1919 in Kraft traten. Die amtliche Lohnstatistik vom Februar 1920 (10. Heft, Reichsarbeitsgemeinschaft der Textil- und Bekleidungsindustrie S. 2) veröffentlicht eine Uebersicht über die seit dem Frieden erfolgten Lohnerhöhungen. Für Forst ist feststellbar, daß die im Frieden gezahlten Akkordlöhne bis zum 20. Februar 1920

für Weber etwa um das $9^{3}/_{4}$fache
„ Weberinnen „ „ „ 11 „
„ Spinner „ „ „ $9^{1}/_{4}$ „

gestiegen sind.

Auch die Kohlenpreise hatten sich durch Einführung der Kohlensteuer und der Achtstunden-Schicht im Bergbau verteuert. Während 1913/14 die Großhandelspreise des Niederlausitzer Gebiets ab Werk für 10 t Förderkohle bis zu 25 M. betrugen, erhöhten sie sich für dieselbe Menge vom 15. 10. 1919 bis 1. 1. 1920 von 207 M. auf 290 M. (Vergl. „Frankf. Ztg." vom 29. Juni 1920.)

sich bis in das Jahr 1920 erstreckte, brachte einen flotten Geschäftsgang in der Forster Industrie zustande. Erst in den jüngsten Wochen (April, Mai 1920) ist auch in Forst eine allgemeine Stockung der Geschäftstätigkeit eingetreten, sodaß sich langsam wieder eine natürliche Auswahl der Tüchtigen anzubahnen beginnt.

Zusammenfassung und Ausblick.

Die vorliegende Abhandlung zeigt die Wirkungen des kriegswirtschaftlichen Systems auf ein umgrenztes Anwendungsgebiet aus der deutschen Wollindustrie. Neben der Erkenntnis des Allgemeinen suchte die Darstellung auf eine Erfassung des Besonderen durch Berücksichtigung der geschichtlichen Wirklichkeit und Mannigfaltigkeit Wert zu legen.

Ihre Aufgabe im einzelnen war die Feststellung der Veränderungen, die die Forster Kleinindustrie infolge der Zwangsmaßnahmen der Kriegswirtschaft im Laufe des Krieges gezeigt hat. Zu diesem Zwecke war eine eingehende Darstellung der Eigenarten der Forster Industrie voranzuschicken. Die Wirkung des Krieges war bei jedem deutschen Industriezweig verschieden, denn es kamen dafür allgemeine und besondere Umstände in Betracht. Je individueller und abgeschlossener aber ein Industriegebiet entwickelt war, desto schwerer hatte es unter dem Prinzip der Gleichmachung und Mechanisierung der Kriegswirtschaft zu leiden. Das zeigt unser Beispiel aus der Wollindustrie zur Genüge. Es war jedoch nicht nur das konkrete System der Kriegswirtschaft, das die Veranlassung zu diesen Mißständen gab, sondern unsere wirtschaftliche Gesamtlage, die eine Kontingentierung aller vorhandenen Vorräte mit den schärfsten Mitteln forderte. Der Mangel an den notwendigsten Rohstoffen lenkte aber zugleich alle Energien auf neue industrielle Möglichkeiten. Das bewies die Heranziehung von Ersatz für die ausländischen Spinnstoffe, für deren Sammlung und Anwendung die Forster Industrie schon in Friedenszeiten vorbildlich gewesen war. Diese Elastizität in der Technik der Fabrikation sicherte erst eine reichliche Versorgung des Feldheeres mit Kleidungsstücken während des ganzen langen Feldzuges. Trotz dieser Erweiterung des Spinn-

stoffbereichs gestaltete sich aber die Lage der Industrie infolge der umfangreichen Betriebseinschränkungen sehr ungünstig. Die Ausführungen zeigen, wie besonders die Kleinindustrie davon betroffen wurde, daß aber die Hochkonjunktur nach dem Kriege, die dem Zivilmarkte zur Auffüllung seiner Bestände diente, manchen Schaden wieder ausglich. Gleichwohl bleibt eine Reihe bedauerlicher Nachwirkungen des Krieges bestehen, und diese werden auch in Zukunft die Forster Industrie ungünstig beeinflussen: Die Stillegung der Betriebe hatte einen Verlust an Lohnspinnereien hervorgerufen, deren Mangel sich auch für die Zukunft bemerkbar machen wird, da die Lohnspinnerei in der Arbeitsteilung der Forster Kleinindustrie eine bedeutende Rolle spielt. Außerdem werden die hohen Gestehungskosten in der Fabrikation sowie die starke steuerliche Belastung einem Aufschwung der Tüchtigen schwere Hemmnisse entgegensetzen, falls nicht alte oder neue Kreditorganisationen für die Finanzierung der kleinen Unternehmungen zu billigen Bedingungen sorgen.

Erst die Zukunft unserer deutschen Industrie überhaupt wird darüber entscheiden, ob die Kleinindustrie imstande sein wird, den drohenden Stürmen um ihre Existenz standzuhalten.

Lebenslauf.

Am 4. Januar 1895 wurde ich, Wolfgang Wilhelm Hammer, preußischer Staatsangehörigkeit, evangelischer Konfession, als Sohn des früheren Tuchfabrikanten und Fabrikbesitzers, jetzigen Rentiers Wilhelm Hammer zu Forst in der Lausitz geboren, besuchte die Realschule meiner Vaterstadt und bestand im Jahre 1914 an der Oberrealschule zu Weißenfels (Saale) die Reifeprüfung.

Zu Kriegsbeginn trat ich als Kriegsfreiwilliger in das Mansfelder Feldartillerie-Regiment Nr. 40 ein und wurde nach einjähriger Felddiensttätigkeit am 8. Oktober 1915 durch einen Granatsplitter in der rechten Brustseite schwer verwundet.

Ich verbrachte die Zeit bis September 1916 in Lazaretten und suchte zwecks Ausheilung meiner Verletzung im Winter 1916 das Sanatorium St. Blasien im Schwarzwald auf.

Vom Sommersemester 1917 an nahm ich meine juristischen Studien an der Universität Freiburg i. B. auf. Seit dem Sommersemester 1918 studierte ich an der Universität Marburg Nationalökonomie und Rechtswissenschaft. Ich besuchte dort die volkswirtschaftlichen Seminare der Herren Geheimrat Prof. Dr. Troeltsch und Prof. Dr. Koeppe.

Im Herbst-Zwischensemester 1919 bezog ich die Universität Berlin und nahm an dem staatswissenschaftlichen Seminar von Herrn Geheimrat Prof. Dr. Sering sowie in der Handelshochschule Berlin an dem Seminar von Herrn Prof. Leitner teil. Im Zwischensemester 1920 siedelte ich wieder nach Marburg über und promovierte dort am 4. August 1920.

Zur Zeit bin ich beim „Arbeitgeber-Verband der Textilindustrie" meiner Vaterstadt beschäftigt.



END OF
TITLE